Schleswig-Holsteinischer Landtag **Plenarprotokoll 12/93**
12. Wahlperiode 12.12.91

93. Sitzung

Kiel, Donnerstag, 12. Dezember 1991

Gemeinsame Beratung

a) Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung der Landeshaushaltsordnung
Gesetzentwurf der Fraktion der SPD
Drucksache 12/1593
Bericht und Beschlußempfehlung des Finanzausschusses
Drucksache 12/1726
Änderungsantrag der Fraktion der CDU
Drucksache 12/1732

b) Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplanes für das Haushaltsjahr 1992 (Haushaltsgesetz 1992)
Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 12/1570
Bericht und Beschlußempfehlung des Finanzausschusses
Drucksache 12/1725
Änderungsanträge der Fraktion der SPD
Drucksachen 12/1761, 12/1762 und 12/1763
Änderungsanträge der Fraktion der CDU
Drucksache 12/1764

Wilhelm Marschner (SPD), Berichterstatter 5516
Klaus Kribben (CDU) 5519, 5541
Gert Börnsen (SPD) 5524
Karl Otto Meyer (SSW) 5531
Björn Engholm, Ministerpräsident . 5535, 5544

Zur Landeshaushaltsordnung

Ursula Kähler (SPD) 5545
Karl Eduard Claussen (CDU) 5546
Heide Simonis, Finanzministerin 5547

Zum Einzelplan 03

Gudrun Hunecke (CDU) 5548
Ute Erdsiek-Rave (SPD) 5550
Karl Otto Meyer (SSW) 5552
Gisela Böhrk, Frauenministerin 5552

Zum Einzelplan 04

Herbert Paschen (CDU) 5554
Rolf Selzer (SPD) 5558
Karl Otto Meyer (SSW) 5559
Peter Zahn (SPD) 5561
Karl Eduard Claussen (CDU) 5562
Marliese Alfken (SPD) 5564
Dr. Hans Peter Bull, Innenminister 5566, 5571
Meinhard Füllner (CDU) 5569

Zum Einzelplan 06

Bertold Sprenger (CDU) 5572
Jens Vollert (SPD) 5575
Karl Otto Meyer (SSW) 5578
Dr. Franz Froschmaier, Minister für Wirtschaft, Technik und Verkehr 5580

Regierungsbank:

Björn Engholm, Ministerpräsident

Eva Rühmkorf, Stellvertreterin des Ministerpräsidenten und Ministerin für Bundesangelegenheiten

Gisela Böhrk, Frauenministerin

Dr. Hans Peter Bull, Innenminister

Dr. Klaus Klingner, Justizminister

Heide Simonis, Finanzministerin

Dr. Franz Froschmaier, Minister für Wirtschaft, Technik und Verkehr

Hans Wiesen, Minister für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Fischerei

Dr. Berndt Heydemann, Minister für Natur, Umwelt und Landesentwicklung

Günther Jansen, Minister für Soziales, Gesundheit und Energie

Beginn: 10.01 Uhr

Vizepräsident Alfred Schulz:

Guten Morgen, meine Damen und Herren!

(Zurufe: Guten Morgen, Herr Präsident!)

Ich eröffne die heutige Sitzung der 45. Tagung.

Erkrankt sind nach Angaben ihrer Fraktionen Frau Landtagspräsidentin Paulina-Mürl, Frau Abgeordnete Heyenn und Herr Abgeordneter Lumma. Entschuldigt ist Frau Ministerin Tidick. – Mir wird gerade mitgeteilt, daß Herr Abgeordneter Johna ebenfalls erkrankt ist.

Meine Damen und Herren, ich rufe die Tagesordnungspunkte 2 und 3 zur gemeinsamen Beratung auf.

Gemeinsame Beratung

a) **Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung der Landeshaushaltsordnung**

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD
Drucksache 12/1593

Bericht und Beschlußempfehlung des Finanzausschusses
Drucksache 12/1726

Änderungsantrag der Fraktion der CDU
Drucksache 12/1732

b) **Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplanes für das Haushaltsjahr 1992 (Haushaltsgesetz 1992)**

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 12/1570

Bericht und Beschlußempfehlung des Finanzausschusses
Drucksache 12/1725

Änderungsanträge der Fraktion der SPD
Drucksachen 12/1761, 12/1762, 12/1763

Änderungsanträge der Fraktion der CDU
Drucksache 12/1764

Das Wort erteile ich dem Berichterstatter des Finanzausschusses, Herrn Abgeordneten Marschner.

Wilhelm Marschner [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich erstatte zunächst den Bericht über die Beratung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung der **Landeshaushaltsordnung**. Mit der Drucksache 12/1726 legt der Finanzausschuß den Bericht über die Beratung des von der Fraktion der SPD vorgelegten Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung der Landeshaushaltsordnung und eine Beschlußempfehlung vor.

In der Drucksache wird zunächst daran erinnert, daß der Gesetzentwurf in der 83. Sitzung des Landtages am 28. August 1991 dem Finanzausschuß – federführend – und dem Innen- und Rechtsausschuß – mitberatend – überwiesen worden ist. Berichtet wird anschließend, daß der Gesetzentwurf vom Innen- und Rechtsausschuß am 12. September, vom Finanzausschuß in fünf Sitzungen, zuletzt am 28. November 1991, beraten worden ist. Dieser Bericht entspricht in seiner schon fast schmerzlichen Kürze durchaus den Gepflogenheiten des Hauses und bedarf deshalb – wie wohl die meisten anderen Ausschußberichte – der Interpretation und Ergänzung.

Der Bericht ist zunächst interpretationsbedürftig im Hinblick auf die Aussage, daß der Gesetzentwurf vom Finanzausschuß in fünf Sitzungen beraten wurde. Diese Aussage, die suggeriert, daß er auch tatsächlich in fünf Sitzungen zur inhaltlichen Beratung anstand, muß relativiert werden: Dreimal stand der Gesetzentwurf auf der Tagesordnung des Finanzausschusses zur Abgleichung von Verfahrensfragen, und das war nicht immer leicht. Die Fraktion der SPD hatte ursprünglich die Absicht, den Gesetzentwurf in der für den 11. Oktober 1991 anberaumten Plenartagung in zweiter Lesung zu verabschieden; sie gab jedoch dem Drängen der Fraktion der CDU nach und erklärte sich mit der Verabschiedung in der Dezember-Tagung, verbunden mit dem Haushaltsgesetz 1992, einverstanden. Auf jeden Fall sollte nach den Vorstellungen der Mehrheitsfraktion sichergestellt sein, daß das Gesetz am 1. Januar 1992 in Kraft tritt.

In einer weiteren Verfahrensfrage ist der Bericht ergänzungsbedürftig. Die Fraktion der CDU beantragte

(Wilhelm Marschner)

– allerdings in einem recht späten Stadium der Beratungen –, sowohl einen Verfassungsrechtler als auch einen Finanzwissenschaftler zu dem Entwurf zu hören. Die Fraktion der SPD hat den Antrag abgelehnt mit der Begründung, daß dem Anliegen inhaltlich bereits entsprochen worden sei: Zur verfassungsrechtlichen Seite habe sich Professor Dr. von Mutius in der Enquete-Kommission „Verfassungs- und Parlamentsreform" geäußert, und unter finanzwissenschaftlichen Aspekten habe Professor Dr. Kitterer als Mitverfasser der Stellungnahme des Bundes der Steuerzahler die Problematik hinreichend ausgeleuchtet. Es sei nicht anzunehmen – so argumentierte die Mehrheit –, daß einer der beiden Wissenschaftler von seiner Stellungnahme abrücken oder sie um wesentliche Aspekte ergänzen würde.

Neben der bereits erwähnten Stellungnahme des Bundes der Steuerzahler lagen dem Aussschuß schriftliche Äußerungen der kommunalen Landesverbände, des Landesrechnungshofs, der Landesregierung und des Wissenschaftlichen Dienstes des Landtages vor. Der Wissenschaftliche Dienst entsprach mit seiner Stellungnahme im wesentlichen einem Votum des Innen- und Rechtsausschusses, der – in schönstem Juristendeutsch – empfohlen hatte, „den Entwurf auf seine rechtsförmliche Einwandfreiheit hin zu überarbeiten".

(Heiterkeit)

– Wir haben jedenfalls begriffen, was das heißt.

Noch eine Anmerkung zu diesem Thema: Der Ausschuß hat einen neuen Artikel 3 eingefügt: Änderung des Landesverwaltungsgesetzes. Folgerichtig muß die Überschrift des Gesetzes nunmehr lauten: Gesetz zur Änderung der Landeshaushaltsordnung und des Landesverwaltungsgesetzes. – Diese Anmerkung kommt vom Finanzausschußvorsitzenden, der entsprechende Antrag, diese Änderung zu berücksichtigen, kommt vom Abgeordneten Wilhelm Marschner; denn auch ich bin ja antragsberechtigt.

(Beifall bei der SPD)

Ich will mit der Tradition, in die ich mich als Berichterstatter gestellt sehe, nicht brechen und in meinem Bericht nichts zum Inhaltlichen ausführen., Soweit Bestimmungen einvernehmlich verabschiedet worden sind, sprechen sie entweder für sich oder werden zur Sprache gebracht nach dem Motto: Tue Gutes und rede darüber! Soweit Bestimmungen jedoch kontrovers diskutiert worden sind und lediglich mit Mehrheit zustande gekommen sind, werden sie Gegenstand der dem Bericht folgenden Aussprache sein, und der möchte ich nicht vorgreifen. Allerdings deutet schon die Beschlußempfehlung darauf hin, wie die sich meinem Bericht anschießende Debatte voraussichtlich verlaufen wird: Der Finanzausschuß empfiehlt mit Mehrheit, den Gesetzentwurf in der Fassung der rechten Spalte der Drucksache 12/1726 anzunehmen.

Herr Präsident, ich darf Ihnen diesen Änderungsantrag überreichen.

(Peter Aniol [CDU]: Das ist eine sehr unkonventionelle Methode!)

– Bitte?

(Peter Aiol [CDU]: Das ist eine sehr unkonventionelle Methode!)

– Nein, nein, ich habe den Antrag „ausgelichtet" und dem Präsidenten überreicht.

(Rolf Selzer [SPD]: Nicht verumdruckt! – Ursula Kähler [SPD]: Nicht verdunkelt! – Karl Eduard Claussen [CDU]: Warum beantragen Sie nicht die Überweisung an den Ausschuß? – Heiterkeit)

– Nein!

(Heiterkeit – Peter Aniol [CDU]: Das ist dein letzter Bericht, Wilhelm, nicht wahr?)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich darf den zweiten Bericht über den **Haushaltsentwurf 1992** jetzt gleich anschließend geben.

(Rolf Selzer [SPD]: Aber erst zu Wort melden! – Heiterkeit)

Der Landtag hat den Haushaltsentwurf 1992 am 13. September 1991 dem Finanzausschuß und den Fachausschüssen zur Beratung überwiesen. Der Finanzausschuß hat ihn in zehn überwiegend ganztägigen Sitzungen beraten, obwohl uns nach der Vorgabe nur sechs Sitzungen zur Verfügung standen. Beratungsgrundlage waren neben dem Haushaltsentwurf die Änderungsvorschläge der Landesregierung, die bis auf wenige Ausnahmen von der SPD-Fraktion als Anträge übernommen worden sind, ein Änderungsvorschlag der Landtagspräsidentin sowie Anträge der Fraktionen der SPD, der CDU und des SSW. Daneben lagen dem Finanzausschuß zahlreiche Erläuterungen der Ministerien zum Haushaltsentwurf vor.

Im folgenden werde ich die Beratungen der Einzelpläne knapp charakterisieren. Im Haushalt der Präsidentin des Landtages wurde insbesondere die Personalsituation diskutiert. Hierbei ging es unter anderem um die Vervollständigung der Stellen im Stenographischen Dienst und Ausschußdienst. Der Änderungsvorschlag der Landtagspräsidentin, der eine Inanspruchnahme von Arbeitsförderungsmittel für eine Aushilfskraft in der Dokumentation vorsieht, wurde vom Ausschuß einstimmig angenommen.

Die Haushaltsentwürfe des Landesrechnungshofs und des Ministerpräsidenten waren unproblematisch. Bei dem Einzelplan 03 war aufgrund der Antwort der Landesregierung auf eine Kleine Anfrage, Drucksache 12/1597, das Fragebedürfnis geringer als in den Vorjahren.

(Fritz Latendorf [CDU]: Ist die richtig gewesen?)

– Das habe ich nachgemessen, darauf kannst du dich verlassen, Fritz!

Umfangreiche Nachfragen wurden zum Einzelplan der Frauenministerin bezüglicher der Mittelverwendung im Zusammenhang mit der Förderung von Frauen- und Mädchenprojekten gestellt. Diese wurden ausführlich schriftlich beantwortet. Im Laufe des Jahres

(Wilhelm Marschner)

gab es dazu mehrere Akteneinsichtverlangen, die jedoch ohne Auswirkung auf die Haushaltsberatungen blieben, was mich erstaunt hat.

(Zuruf der Abgeordneten Ute Erdsiek-Rave [SPD])

Beim Einzelplan 04, Minister für Inneres, beschäftigte sich der Ausschuß besonders mit dem Bereich der Polizei. Das Bauvorhaben in Eutin fand starkes Interesse. Intensiv wurde das Wohnungsbaukapitel beraten. Eine Schwierigkeit ergab sich dadurch, daß unklar blieb, welche Mittel und Programme vom Bund noch beschlossen würden.

Es ist erwähnenswert, daß im Einzelplan der Finanzministerin ein Beförderungsstau erkannt wurde und mit entsprechenden Stellenhebungen begonnen worden ist. Problematisch bleibt die Neuordnung der Landesbauverwaltung.

Der Einzelplan der Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur ist im Vergleich zu den Vorjahren in einer relativ kurzen Zeit, nämlich sieben Stunden, beraten worden. Diesmal blieben kleinliche Auseinandersetzungen um besondere Positionen ausgespart.

Das Kapitel 0803, Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes," im Haushaltsplan des Ministers für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Fischerei wurde entsprechend der Anmeldungen zum Rahmenplan durch die Nachschiebeliste vollständig umgeschrieben und auf den neuesten Stand gebracht. Hier wurde die Ursprungsfassung in der Beratung ausgeklammert. Auch die lebhafte und lange Diskussion des Finanzausschusses schaffte es nicht, die Kormorane aus Schleswig-Holstein zu vergrämen.

(Heiterkeit – Beifall des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD])

Jedenfalls war der Ausschuß bemüht, einen Ausgleich für die betroffenen Fischer zu erreichen, der an objektiven Kriterien gemessen werden kann.

(Fritz Latendorf [CDU]: Wir werden noch viel mehr mit den Kormoranen zu tun haben, wenn es so weitergeht!)

Besondere Bedeutung bei der Beratung des Entwurfs des Justizministers hatte die angestrebte Verkürzung der Asylverfahren.

Der Einzelplan des Ministers für Soziales, Gesundheit und Energie wurde eingehend beraten. Von einem herausragenden Thema kann ich hier nicht berichten.

Die Ergebnisse der Steuerschätzung, die sich im Einzelplan 11, Allgemeine Finanzverwaltung, niederschlagen, liegen Ihnen in der Beschlußempfehlung des Finanzausschusses vor.

Für alle im Einzelplan 12 veranschlagten Baumaßnahmen liegen entsprechende Haushaltsunterlagen vor. Eine längere Diskussion führte der Ausschuß zur einmaligen Kürzung der Bauunterhaltungsmittel. Der Finanzausschuß teilt die vom Landesrechnungshof zu diesem Thema vorgetragenen Bedenken.

Bei den Beratungen des Haushaltsentwurfs des Ministers für Natur, Umwelt und Landesentwicklung wurde das Problem der Unsicherheit der Strukturhilfemittel ausführlich erörtert. Ein anderes Problem war der Aufbau eines Labors zur Untersuchung dioxinhaltiger Substanzen. Der Ausschuß ist der Auffassung, daß zunächst abgewartet werden soll, was aus dem Dioxinlabor der Landwirtschaftskammer wird.

Der Einzelplan der Ministerin für Bundesangelegenheiten war problemlos bis auf eine haushaltsrechtliche Klarstellung, die Sie in der Beschlußempfehlung des Finanzausschusses wiederfinden.

In allen Einzelplänen konnte der Finanzausschuß feststellen, daß es inzwischen weitestgehend gelungen ist, die Planstellen und Stellen gemäß ihrer tatsächlichen Besetzung auszuweisen und die Personalkosten entsprechend zu veranschlagen.

Einzelplanübergreifend wurde der Einsatz von Dienstwagen diskutiert. Die Regierung erhielt den Auftrag zu prüfen, inwieweit Dienstwagen mit Fahrern im innerstädtischen Verkehr durch Verträge mit privaten Personenbeförderungsunternehmen ersetzt werden können.

(Beifall bei der SPD)

Die angekündigten Stellenkürzungen von rund 750 Stellen wurden dem Ausschuß nach Einzelplänen aufgelistet. Detaillierte Angaben waren zum Zeitpunkt der Beratung noch nicht möglich.

Abschließend möchte ich feststellen: Der Haushaltsentwurf 1992 war ein ganz normaler Haushaltsentwurf, obwohl er in der Aufstellung und Beratung mit zahlreichen Unsicherheiten belastet war. Die Ursachen hierfür sind nicht nur in der noch im November erfolgten Steuerschätzung zu suchen, sondern auch in der Entwicklung des Bonner Haushalts. Das Nachschieben auf Bundesebene fand kein Ende.

(Zuruf des Abgeordneten Peter Aniol [CDU])

Parallel zu den Haushaltsberatungen befaßte sich der Ausschuß mit der Änderung der Landeshaushaltsordnung. Diese macht es notwendig, das Haushaltsgesetz entsprechend anzupassen. Hierzu liegt von der SPD-Fraktion ein Änderungsantrag vor, dessen Drucksachennummer ich nicht im Kopf habe.

Die diesjährigen Haushaltsberatungen waren ebenso wie in den Vorjahren durch eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der Landesregierung gekennzeichnet.

(Zuruf von der SPD: Sehr gut!)

Die vielen vom Ausschuß gestellten Fragen wurden umgehend beantwortet.

(Meinhard Füllner [CDU]: Sehr interessant!)

Dies läßt sich in den Protokollen und zahlreichen Umdrucken nachlesen. Für diese gute Zusammenar-

(Wilhelm Marschner)

beit möchte ich mich im Namen des Ausschusses bedanken.

(Beifall bei der SPD – Beifall des Abgeordneten Heiko Hoffmann [CDU])

Ein ganz besonderer Dank gilt der Frau Finanzministerin und ihrem Staatssekretär sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Finanzministeriums.

(Beifall)

Unser Dank gilt auch der Geschäftsführung des Finanzausschusses und dem Stenographischen Dienst.

(Beifall – Thomas Lorenzen [CDU]: Und dem Vorsitzenden!)

Ich erwähne insbesondere Frau Krause, Herrn Breitkopf und Herrn Schmidt.

(Beifall)

So schnell und umfangreich wie in diesem Jahr haben Protokolle noch nie vorgelegen.

(Beifall – Fritz Latendorf [CDU]: Sehr richtig!)

Den Mitgliedern des Finanzausschusses danke ich für die zügige Mitarbeit und die Bereitschaft, oft über sechs, sieben, fast acht Stunden intensiv zu arbeiten.

(Fritz Latendorf [CDU]: Das muß gesagt werden!)

– Das muß gesagt werden!

(Heiterkeit)

Der Finanzausschuß empfiehlt dem Landtag, den Haushaltsgesetzentwurf 1992 mit den in der Beschlußempfehlung vorgeschlagenen Änderungen, den Gesamtplan sowie die Anlagen 1 bis 15 zum Gesetzentwurf anzunehmen. Des weiteren empfiehlt der Ausschuß, den Finanzplan des Landes Schleswig-Holstein 1991 bis 1995 zur Kenntnis zu nehmen.

(Beifall – Peter Aniol [CDU]: Wilhelm, das war dein letzter Bericht!)

Vizepräsident Alfred Schulz:

Vielen Dank, Herr Berichterstatter, Herr Abgeordneter Marschner. Gibt es Wortmeldungen zum Bericht? – Das ist nicht der Fall.

Gemäß einer Absprache zwischen den Fraktionen folgt jetzt eine Runde der Fraktionsvorsitzenden und des Ministerpräsidenten. Ich erteile dem Oppositionsführer, Herrn Abgeordneten Kribben das Wort.

(Günter Neugebauer [SPD]: Wir können auch gleich abstimmen!)

Klaus Kribben [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die abschließende Beratung des letzten Haushalts der Landesregierung ist Anlaß, Bilanz über die gesamte Legislaturperiode zu ziehen. Dreieinhalb Jahre lang haben wir hier gemeinsam um den besten Weg gerungen, um Schleswig-Holstein in die Zukunft zu führen. Wir haben unsere unterschiedlichen Konzepte gegeneinandergestellt und uns in der Sache auseinandergesetzt.

Meine Fraktion hat Entscheidungen der Regierung zugestimmt, wenn wir diese für richtig hielten. Ich nenne beispielhaft die Elektrifizierung der Bundesbahnhauptstrecke Hamburg – Flensburg mit Abzweigung nach Kiel und die Förderung des Instituts für Silicium-Technologie in Itzehoe.

Diese Beispiele zeigen aber auch, es waren keine neuen Ideen; Sie konnten hierbei weitgehend auf Vorarbeiten aus den Jahren davor zurückgreifen.

(Beifall bei der CDU)

Wahr ist weiter: Ohne den massiven Einsatz der CDU-Bundestagsabgeordneten und ohne unsere Unterstützung wären diese Projekte nicht möglich geworden.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben gemeinsam mit dieser Regierung an einem Strang gezogen, wenn es um die Wahrnehmung berechtigter Interessen unseres Landes gegenüber dem Bund ging. Dies zeigt unsere Forderung, die Strukturhilfemittel nur schrittweise in die neuen Bundesländer zu verlagern.

Ich bin davon überzeugt, wir hätten gemeinsam noch mehr für unser Land erreichen können, wenn die Landesregierung unser Angebot auf Zusammenarbeit in den wichtigsten Fragen unseres Landes öfter und insbesondere rechtzeitg genutzt hätte und nicht erst dann, wenn das Kind in den Brunnen gefallen war.

(Beifall bei der CDU – Meinhard Füllner [CDU]: Wohl wahr!)

Wenn wir jetzt kurz vor Ende der Amtszeit dieser Regierung Soll und Haben bilanzieren, so muß sich die Regierung an ihren eigenen Ankündigungen und Versprechungen messen lassen. Beim Regierungsantritt rückten Sie, Herr Ministerpräsident, die politische Kultur in den Mittelpunkt Ihrer öffentlichen Bekundungen. „Es muß mit dem rüden Gebrauch der deutschen Sprache durch die Politik Schluß sein", sagte der damalige Oppositionsführer im Februar 1988 in diesem Hause. Dem, meine Damen und Herren, stimme ich ausdrücklich zu.

(Karl Eduard Claussen [CDU]: So ist es!)

Aber wie sieht die Realität aus? – Zugegeben, auch in meiner Partei hat es in den zurückliegenden dreieinhalb Jahren vereinzelt Formulierungen gegeben, die diesem Anspruch nicht gerecht wurden.

(Zuruf von der SPD: Das stimmt!)

Die führenden Männer und Frauen meiner Partei haben sich jedoch daran nicht beteiligt, sondern sich jeweils im Einzelfall distanziert.

Wenn jedoch jemand die deutsche Sprache rüde gebraucht, so ist es der SPD-Fraktionschef, der meine Fraktion mit dem Rassismus in Verbindung brachte,

(Klaus Kribben)

Ottfried Hennig als Revanchisten abstempelte und wiederholt versucht hat, Persönlichkeiten der Union in die Nähe von Rechtsradikalen zu rücken.

Wenn Herr Börnsen behauptet, meine Damen und Herren, die SPD habe – ich zitiere! – „eine neue politische Kultur in diesem Land geschaffen", und im gleichen Atemzug der CDU politische Unkultur vorwirft, dann entlarven sich diese Sprüche als beispiellose Anmaßung und Entgleisung zugleich.

(Beifall bei der CDU)

Wer sich nach den Ereignissen des Jahres 1987, Herr Kollege Börnsen, so verhält, wer weiterhin so gezielt den politischen Gegner diffamiert, der hat sein Recht verspielt, über politische Kultur in diesem Lande zu reden, und der zeigt, daß er überhaupt nichts dazugelernt hat.

(Beifall bei der CDU)

Er sei sich bewußt, sagte der Ministerpräsident in seiner Regierungserklärung – ich zitiere –, „daß das Land Schleswig-Holstein seinen Menschen, aber nicht einer Regierung und einer Partei gehört." Damals meinte der Ministerpräsident weiter – ich zitiere erneut – :„Ich lebe ein wenig mit der guten preußischen Tradition. Diese Beamtenschaft hat einen Eid auf den Staat und seine Verfassung geleistet. Wer sich an diesen Eid hält, der ist mir willkommen – ganz egal, wo er politisch angesiedelt ist."

(Günter Neugebauer [SPD]: War sehr gut!)

Tatsächlich, meine Damen und Herren, ist jedoch das SPD-Parteibuch seit dem Regierungswechsel eine gute Voraussetzung für eine Karriere in Schleswig-Holstein.

(Beifall bei der CDU – Meinhard Füllner [CDU]: Die einzige!)

Die wenigen Ausnahmen widerlegen diese Tatsache nicht.

(Zuruf der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

Sie wollten – ich zitiere abermals – „weder in Selbstgefälligkeit noch in Arroganz verfallen, sondern einen neuen Regierungsstil der Offenheit und Kooperation mit den Menschen pflegen." – Gehandelt, Herr Ministerpräsident, haben Sie und Ihre Kabinettskollegen danach weitgehend nicht.

(Beifall bei der CDU – Karl Eduard Claussen: Im Gegenteil!)

Die Abschaffung der Grundschulzensuren und die Verordnung des Umweltministers gegen das Befahren von Gewässern sind die jüngsten Beispiele.

(Lachen bei der SPD)

In dieser Hinsicht haben sich besonders die Kultusministerin neu zu Recht den Ärger von Eltern, Schülerinnen und Schülern sowie der Lehrkräfte zugezogen.

(Meinhard Füllner [CDU]: Völlig dilletantisch angepackt!)

Nie zuvor waren Verunsicherung und Empörung in den Schulen unseres Landes so groß wie in Ihrer Regierungszeit!

(Beifall bei der CDU)

Sie versprachen auch einen besonderen Stil im Umgang mit der Opposition. In der Regierungserklärung hieß es 1988 dazu:

„Das Parlament stärken heißt in erster Linie, der Opposition den ihr gebührenden Rang zubilligen. Diesen Grundsatz vergißt ein ehemaliger Oppositionsführer nicht in dem Moment, in dem er gerade Ministerpräsident geworden ist."

(Karl Eduard Claussen [CDU]: Hört sich gut an!)

Tatsache ist, in den entscheidenden Fragen haben Sie diese Grundsätze immer wieder verletzt.

(Beifall bei der CDU)

So werden bis zum heutigen Tage Regierungsvorlagen zunächst außenstehenden Verbänden zugeleitet, aber nicht der parlamentarischen Opposition.

(Zurufe von der CDU: Hört, hört!)

Zusätzliche Beratungs- und Anhörungswünsche meiner Fraktion in den Ausschüssen verweigert die Mehrheitsfraktion, wenn sie nicht in ihr Konzept passen.

(Beifall bei der CDU – Karl Eduard Claussen [CDU]: So ist es!)

Sogar im Plenum setzen Sie mit Ihrer Mehrheit Anträge der Opposition von der Tagesordnung ab und verweigern eine Sachdebatte.

(Beifall bei der CDU – Zuruf von der CDU: Richtig!)

Und wenn Sie die Debatte nicht mehr verhindern können, dann ziehen Sie sich in den Schmollwinkel zurück und beteiligen sich nicht an der Aussprache.

(Zuruf von der CDU: Genau so ist es! – Widerspruch bei der SPD)

Der Opposition den ihr gebührenden Rang zubilligen, bedeutet mehr, als sie nur in der Landesverfassung zu erwähnen. Auf das tägliche Handeln, meine Damen und Herren, kommt es an!

(Beifall bei der CDU)

Gerade in dieser Hinsicht werden Sie Ihren eigenen Ansprüchen nicht gerecht.

Die Kluft zwischen Anspruch und Wirklichkeit ist und bleibt das große Dilemma dieser Regierung und der SPD-Mehrheitsfraktion.

(Beifall bei der CDU)

Heute Bilanz zu ziehen heißt auch, die Ausgangsposition dieser Landesregierung richtig zu bewerten. Der Rückblick des Ministerpräsidenten auf das Jahr 1988

(Klaus Kribben)

auf dem Landesparteitag der SPD in Harrislee gleicht geradezu einer Geschichtsklitterung.

(Meinhard Füllner [CDU]: So ist es! – Lachen bei der SPD)

Als Sie die Regierungsverantwortung erhielten, nahm Schleswig-Holstein – ich bitte, mir dann, wenn Sie anderer Auffassung sind, wirklich zu belegen, daß es nicht so ist – einen guten Mittelplatz im Vergleich der alten Bundesländer ein.

(Ute Erdsiek-Rave [SPD]: In welcher Hinsicht?)

Damals zählte Schleswig-Holstein nach Bayern und Baden-Württemberg zu den attraktivsten Investitionsstandorten in der Bundesrepublik.

(Beifall bei der CDU – Lachen bei der SPD)

– Zu den den attraktivsten Investitionsstandorten in der Bundesrepublik!

(Zuruf von der SPD: Solch ein Unfug!)

– Das Lachen auf der linken Seite dieses Hauses zeigt mir, wie kurz Ihr Gedächtnis ist.

(Beifall bei der CDU)

Ich erinnere diejenigen, die sich etwas in der Wirtschaftspolitik auskennen, an Umfragen aus den Jahren 1986 und 1987, die zumindest auch dem Kollegen Neugebauer bekannt sein müßten. Diese Umfragen haben genau das belegt, was ich gerade gesagt habe.

(Beifall bei der CDU – Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Alfred Schulz:

Herr Kribben, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Klaus Kribben [CDU]:

– Im Augenblick nicht; wenn ich mit dem Satz zu Ende bin, gern. – Und bei der Versorgung mit **Ausbildungsplätzen** nahm unser Land im Vergleich zu allen anderen Bundesländern eine hervorragende Spitzenposition ein.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Alfred Schulz:

Herr Abgeordneter Neugebauer, bitte!

Günter Neugebauer [SPD]: Herr Oppositionsführer, sind Sie bereit, dem Hohen Hause mitzuteilen, daß sich diese Aussage über das angeblich attraktive Investitionsklima in Schleswig-Holstein auf eine Umfrage zurückführen läßt, an der sich in der Bundesrepublik Deutschland 180 Personen beteiligt haben?

Klaus Kribben [CDU]:

Es haben sich an dieser Umfrage über 200 Unternehmen beteiligt; das ist das erste. Und von diesen über 200 Unternehmen ist genau diese Rangfolge herausgekommen, die ich genannt habe: Erste Position Bayern, zweite Position Baden-Württemberg, und dann kam schon Schleswig-Holstein. Das sind die Fakten.

(Beifall bei der CDU)

Schleswig-Holstein war also schon damals eine gute Adresse. Die Erfolge wurden erzielt unter wesentlich schwierigeren **Rahmenbedingungen**, als Sie sie vorgefunden haben. Sie übernahmen doch die Regierungsverantwortung, als die Wirtschaft bundesweit boomte, auch in Schleswig-Holstein. Die Steuerquellen sprudelten noch stärker als erwartet, und dazu kam die Strukturhilfe.

(Karl Eduard Claussen [CDU]: So ist es!)

Sicherlich gab es auch unerwartete finanzielle Belastungen, so zum Beispiel die **Rückzahlung in den Länderfinanzausgleich** und die Beteiligung am **Aufbau der neuen Bundesländer**.

(Peter Wellmann [SPD]: Das ist ja nichts!)

Saldiert – und das ist das entscheidende – standen Ihnen aber mehr Gelder zur Verfügung, als Sie 1988 selbst erwartet hatten. Am Geld allein hat es also nicht gelegen, wenn Sie Ihre Versprechungen nicht eingehalten haben.

(Beifall bei der CDU)

Ein nüchternes Arbeitspapier hatte der Ministerpräsident mit seiner **Regierungserklärung 1988** vorlegen wollen, aber die darin gesteckten Ziele wurden auf weiten Strecken glatt verfehlt. In der **Schulpolitik** haben Sie nicht den Unterrichtsausfall abgebaut, sondern die Unterrichtsversorgung verschlechtert.

(Beifall bei der CDU)

Mit der Umwandlung von Schulen in Gesamtschulen gegen den Willen der Betroffenen haben Sie Wahlversprechen gebrochen.

(Beifall bei der CDU)

Den **Kommunen** versprachen Sie eine **Stärkung der Selbstverwaltung**; tatsächlich haben Sie sie durch die Kürzung des kommunalen Finanzausgleichs eingeschränkt

(Holger Astrup [SPD]: Quatsch!)

und wälzen immer mehr kostenintensive Aufgaben auf die kommunale Ebene ab.

(Beifall bei der CDU)

Das nenne ich Ausplünderung der Kommunen.

(Beifall bei der CDU)

Der **Polizei** versprachen Sie bessere Arbeitsbedingungen; tatsächlich sinkt die Gesamtzahl der Arbeitsstunden bei der Polizei, obwohl bei der Umwelt- und Drogenkriminalität und beim organisierten Verbrechen viele neue Aufgaben zu leisten sind.

(Klaus Kribben)

Sie versuchen, den Anschein zu erwecken, Sie würden die Versorgung mit **Kindergartenplätzen** verbessern. Tatsächlich wird jedoch der Versorgungsgrad

(Ursula Kähler [SPD]: Die Zahlen sprechen für sich!)

mit Kinderbetreuungseinrichtungen in Schleswig-Holstein von Tag zu Tag schlechter.

(Beifall bei der CDU)

Sie wollten die **Wirtschaftskraft** Schleswig-Holsteins stärken. Aber einen entscheidenden eigenen – eigenen! – Beitrag zur günstigen Konjunkturlage haben Sie jedoch nicht geleistet.

(Dr. Joachim Lohmann [SPD]: Das glauben Sie doch selbst nicht!)

Das mit großem Propagandaaufwand in Szene gesetzte **MiTI-Programm** bleibt weit hinter den Erwartungen zurück und ist nur in dem Teil erfolgreich, der eine Fortschreibung unserer alten Förderpolitik beinhaltet.

(Beifall bei der CDU)

Das angekündigte **Werftenprogramm** steht noch immer aus, obwohl die gute Konjunktur es nahegelegt hätte, Herr Ministerpräsident, Arbeitnehmern den Wechsel auf sichere Arbeitsplätze gerade in dieser Zeit zu erleichtern.

Sie wollten aus Schleswig-Holstein die Brücke zum Norden machen. Tatsächlich haben Sie bei wichtigen **Verkehrsinfrastrukturmaßnahmen** Fehlentscheidungen getroffen oder zumindest wertvolle Jahre vertingelt. Und den Beweis, meine Damen und Herren, daß Sie die Elbquerung elbabwärts von Hamburg wirklich wollen, den müssen Sie auch erst noch erbringen.

(Peter Wellmann [SPD]: Was denn noch?)

Ihre auf dem Parteitag genannten Bedingungen können die Elbquerung sehr schnell zur Fata Morgana werden lassen.

Das Ziel der Landesregierung war es, den Ausstieg aus der **Kernenergie** bis zum Jahre 1996 erreicht zu haben.

(Peter Wellmann [SPD]: Das ist noch nicht so weit!)

Seit dieser Ankündigung sind dreieinhalb Jahre vergangen, und die Regierung ist diesem Ziel noch nicht einen Schritt nähergekommen.

(Beifall bei der CDU – Ute Erdsiek-Rave [SPD]: Bedauern Sie das?)

Konnte man 1988 noch Unwissenheit als Grund für die Nennung dieses Datums annehmen, so kann dies heute nicht mehr der Fall sein.

Wer aus Regierung und Mehrheitsfraktion heute noch vom Ausstieg bis 1996 redet, der tut dies wider besseres Wissen und täuscht die Menschen aus durchsichtigen wahltaktischen Motiven.

(Beifall bei der CDU)

Sie wollten den **Landwirten** ein **Einkommen** ermöglichen, das ihnen die Chance zum wirtschaftlichen Überleben gibt. Tatsächlich, Herr Landwirtschaftsminister, verstärken Sie doch den **Kostendruck** auf die Landwirte. Versprochene Kostensenkungen, zum Beispiel bei der Fleischbeschaugebühr, sind bis heute immer noch nicht eingelöst.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD)

Der Umweltminister hat eines seiner Prestigeprojekte, die **Umweltakademie**, nicht wirklich realisieren können. Nachdem dreieinhalb Jahre für die Vorbereitung zur Verfügung standen, gerät die Akademie jetzt in den Streit zwischen Umweltminister und Finanzministerin. Das angekündigte **Landesnaturschutzgesetz** darf der Umweltminister aus Angst vor Stimmenverlusten dem Landtag nicht mehr vor der Wahl zuleiten.

(Lachen bei der SPD)

Sie wollten die **Unabhängigkeit der Rechtspflege** stärken. Tatsächlich konnte meine Fraktion nur mit großen Mühen die beabsichtigte Parteipolitisierung der Richterwahl durch die Mehrheitsfraktion verhindern.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD)

Und wenn das hier mit freundlichem Beifall begleitet wird, verweise ich nur auf das, was ein Genosse dazu gesagt hat, nämlich Herr Neskovic. Lesen Sie das noch einmal genau nach, er hat Ihnen das nämlich ins Stammbuch geschrieben.

(Beifall bei der CDU)

Und die Finanzministerin – sie legt einen **Haushaltsentwurf** mit der höchsten **Steigerungsrate** und der niedrigsten **Investitionsquote** seit 1988 vor, und der Ministerpräsident spricht dann von einer beachtlichen finanzpolitischen Leistung.

(Günter Neugebauer [SPD]: Recht hat er!)

Dies ist ein weiteres Kapitel der Minusbilanz dieser Landesregierung, das sich beliebig durch weitere Beispiele, nicht zuletzt auch aus dem Frauenministerium und aus dem Ministerium für Bundesangelegenheiten, ergänzen ließe.

(Ute Erdsiek-Rave [SPD]: Da sind wir aber gespannt; bringen Sie doch einmal ein Beispiel!)

Jede Bilanz dieser Legislaturperiode wäre jedoch unvollständig, würde sie nicht die Ausgangsposition für neue Herausforderungen einbeziehen. Politik in den kommenden Jahren muß den neuen Bedingungen im vereinten Deutschland, im sich einigenden Europa, im offeneren Osten und einer zusammenwachsenden Welt Rechnung tragen.

(Zuruf des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

(Klaus Kribben)

Dabei hat uns dieses Jahr auch die Risiken der neuen **Weltlage** nachdrücklich vor Augen geführt. Der Krieg am Golf und in Jugoslawien, die unübersichtliche Lage in der auseinanderfallenden Sowjetunion zeigen uns, wie trügerisch manche Hoffnung auf das Ende von Krieg und Gewalt war. Die Bedingungen, die uns von außen vorgegeben werden, verändern die Tagesordnung der Politik auch in Schleswig-Holstein. Am wichtigsten bleibt das große Ziel, Deutschlands Einheit im Inneren zu vollenden.

(Beifall bei der CDU)

Diese Aufgabe wird uns allen noch viel Kraft abverlangen. Vieles, was unter anderen Bedingungen möglich gewesen wäre, muß vorläufig zurückstehen. Nicht mehr das Wünschenswerte, sondern das Notwendige muß jetzt in den Mittelpunkt rücken. Das Gebot zur Solidarität beim **Aufbau in den neuen Bundesländern** gilt auch für Schleswig-Holstein. Die Landesregierung hat in vielfacher Form Hilfe geleistet, das will ich ausdrücklich anerkennen.

(Peter Wellmann [SPD]: Immerhin, das ist ja schon mal etwas!)

Ich wünschte mir aber, daß die Landesregierung nicht jede Hilfeleistung für die neuen Bundesländer mit Jammern begleiten würde, es ginge wieder Geld für Schleswig-Holstein verloren.

(Peter Wellmann [SPD]: Das ist aber so!)

Wer Solidarität predigt, muß auch Solidarität praktizieren und darf nicht immer wieder fordern, daß der Bund Schleswig-Holsteins **Solidarität** refinanziert. Ein Blick in die Innenstädte von Rostock und Stralsund zeigt doch, daß dort zur Zeit die **Städtebauförderungsmittel** mehr benötigt werden als in Kiel oder auch in Lübeck.

Diesen Rahmenbedingungen muß die Politik gerecht werden. Mehr als je zuvor bedeutet das auch Konzentration auf die wichtigsten Aufgaben, und dazu gehört in Schleswig-Holstein: Wir müssen unser Land fit machen für Europa. Jetzt wird nämlich die Grundlage gelegt für Schleswig-Holsteins Position im Übergang zum dritten Jahrtausend. Es geht um die Positionierung für die nächsten 30 bis 40 Jahre, also für die nächste Generation. Und nichts ist dafür so wichtig wie eine optimale **Verkehrsanbindung Schleswig-Holsteins.**

(Beifall bei der CDU)

Dies ist und bleibt das Schlüsselthema, wenn wir Schleswig-Holstein auf **Europa** vorbereiten wollen. Alle anderen Maßnahmen werden erfolglos bleiben, wenn nicht die Verkehrsanbindung unseres Landes an die großen Zentren des Südens und des Westens, aber auch nach Skandinavien und an die neuen Märkte im Osten entscheidend verbessert werden.

(Beifall bei der CDU)

Wir können hier im Lande die besten Ideen kreieren – sie werden nutzlos bleiben, wenn die Entwicklung Europas an Schleswig-Holstein vorbeigeht. Wer Schleswig-Holstein auf Europas Einheit vorbereiten will, der muß jetzt handeln.

(Beifall bei der CDU)

Immer neue Wortschöpfungen bringen unser Land nicht voran.

(Beifall bei der CDU)

Wer von einer K-Region mit Kunst und Kultur träumt, muß aufpassen, daß er keine K-Region im Sinne von Konkurs herbeiführt. Gerade hier gilt: Nicht Worte, sondern Taten zählen, und dazu gehört auch die Bereitschaft, notwendige Entscheidungen auch gegen örtliche Widerstände durchzusetzen, auch vor Wahlen. Aber gerade diese Bereitschaft vermissen wir bei dieser Regierung.

Schleswig-Holstein für Europa vorbereiten, meine Damen und Herren, heißt, wir müssen in den strittigen Fragen der Politik noch mehr als bisher auf europäische Lösungen setzen. Dies gilt auch für das Problem des massenhaften **Mißbrauchs des Asylrechts.**

(Beifall bei der CDU)

Wer ja zu Europa sagt, muß auch in dieser Frage ja zu einer europäischen Lösung sagen.

(Beifall bei der CDU)

Niemand kann doch wirklich ernsthaft glauben, daß unsere Nachbarn, die Dänen, die Holländer, die Franzosen, bereit sind,

(Peter Aniol [CDU]: Die Dänen schon gar nicht!)

unser Asylrecht zu übernehmen. Im Gegenteil, Deutschland wird – da mag sich die SPD dieses Landes und darüber hinaus noch so winden, wie sie will – eine Ergänzung seines Grundgesetzes vornehmen müssen.

(Beifall bei der CDU)

Vor wenigen Stunden ist in **Maastricht** beschlossen worden, daß man Anfang 1993 eine EG-weite Lösung für das Asylproblem finden will. Übrigens, Herr Ministerpräsident, Maastricht war ein Erfolg.

(Beifall bei der CDU)

In Maastricht wurde der Weg in die Vereinigten Staaten von Europa unumkehrbar gemacht.

(Beifall bei der CDU).

Wir sind doch dem Traum der Nachkriegsgeneration, friedlich in einem vereinigten Europa leben zu können, einen großen Schritt nähergekommen. Diese Perspektive hat Helmut Kohl eröffnet, und dafür danken wir ihm.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, Entscheidungsschwäche ist ein Kennzeichen der **Landesregierung**, das zum Ende ihrer Amtszeit immer deutlicher hervortritt. Alle

(Klaus Kribben)

Probleme, alle internen Streitigkeiten, alle risikobehafteten Entscheidungen und Gesetzentwürfe werden über den Wahltag am 5. April hinausgeschoben. Der Umweltminister darf zum Beispiel sein **Landesnaturschutzgesetz** nicht ins Parlament einbringen. Das gleiche Schicksal erleidet das **Gleichstellungsgesetz** der Frauenministerin. Der Innenminister wurde mit dem zweiten Teil der **kommunalen Verfassungsreform** ausgebremst. Auch die **Neuordnung der Polizeiorganisation** könnte Stimmen kosten und soll erst nach der Wahl vollzogen werden.

Statt dessen beschäftigen sich SPD und Landesregierung mit diesen Themen: Über Wochen streiten sich Umwelt- und Agrarminister über Kormorane, über ein drittrangiges Problem, wie der Ministerpräsident zu Recht festgestellt hat.

(Beifall bei der CDU)

Umweltminister und Finanzministerin führen geradezu einen Kleinkrieg. Mal geht es um das Grillen im Garten. „Die drei von der Zankstelle" – treffender als mit dieser Schlagzeige in den „Kieler Nachrichten" hätte man diese Kabinettsstückchen sicherlich nicht benennen können. Und Pannen im Kultusministerium lassen jede politische Regie vermissen.

Der SPD-Fraktionschef will bis zum Jahr 1996 aus der **Kernenergie** aussteigen. Der zuständige Fachminister nennt schon mal das Datum 2010. Allerdings ist er wenige Tage später auch wieder bei 1996 angelangt.

(Meinhard Füllner [CDU]: Der hat sich glattweg verrechnet!)

Das alles rechtfertigt die Feststellung: Regierung und Regierungsfraktion sind außer Tritt.

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

Die Beispiele dafür reihen sich seit dem Frühjahr dieses Jahres wie Glieder an eine Kette, seitdem der Ministerpräsident sein Amt nur noch an drei Tagen in der Woche in Schleswig-Holstein ausübt.

(Zurufe von der SPD)

In der schleswig-holsteinischen Landespresse liest sich das wie folgt: „Rüge für offenen Streit im Kabinett" – „Holsteinischer Courier", „Ministerrüffel" – „Flensborg Avis" –, „Heute zankt Engholms Kabinett um den Kormoran" – „Kieler Nachrichten" –, „Es knirscht im Kieler Kabinett" – „Lübecker Nachrichten".

Vor einem Jahr, als der Ministerpräsident nach neuen Aufgaben in seiner Partei strebte, habe ich hier im Landtag gesagt – ich zitiere –:

„Ihre Hauptaufgabe wurde Ihnen vom Wähler zugewiesen. Sie liegt hier in Schleswig-Holstein. Wir werden deshalb sehr genau beobachten, wie sehr Sie zugunsten des Parteivorsitzes Ihr Amt als Ministerpräsident vernachlässigen. Sie tragen die Gesamtverantwortung für diese Regierung."

(Beifall bei der CDU)

Heute, ein Jahr später, ist der Zeitpunkt gekommen, hieran zu erinnern.

(Zuruf des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Unsere Befürchtungen wurden in der Zwischenzeit bestätigt. Der **Ministerpräsident** ist in seiner **Doppelrolle** überfordert.

(Beifall bei der CDU)

Ich füge ausdrücklich hinzu: Dies ist offensichtlich nicht nur die Auffassung der Opposition in diesem Hause. Die Stimmen mehren sich bundesweit – auch in der SPD –, die fragen: Wo ist Engholm?

(Beifall bei der CDU – Lachen und Zurufe von der SPD)

Und in jüngster Zeit kommt eine zweite Frage hinzu: Bleibt er oder geht er? Herr Ministerpräsident, weder mit mehrdeutigen Einlassungen noch mit Maulkörben an Parteigenossen können Sie dieser Frage länger ausweichen.

(Beifall bei der CDU)

Die Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner haben einen Anspruch darauf, jetzt von Ihnen zu erfahren, welche Absichten Sie nach dem 5. April verfolgen.

(Beifall bei der CDU)

Denn unser Land braucht einen Ministerpräsidenten, der mit ganzer Kraft für Schleswig-Holstein arbeitet. Schleswig-Holstein braucht einen Ministerpräsidenten, der jeden Tag in der Woche zur Verfügung steht und kein Stundenministerpräsident wird.

(Beifall bei der CDU)

Schleswig-Holstein, meine Damen und Herren, braucht eine bessere Regierung.

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Alfred Schulz:

Ich erteile dem Vorsitzenden der SPD-Fraktion, Herrn Abgeordneten Börnsen, das Wort.

Gert Börnsen [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wilhelm Marschner hat heute zum letztenmal den Bericht des Finanzausschusses mit dem Entwurf eines Jahreshaushalts hier eingebracht. Ich denke, es ist angemessen, wenn dieses Parlament dem Abgeordneten Wilhelm Marschner für seine großartige und verantwortungsbewußte Arbeit Dank sagt.

(Lebhafter Beifall im ganzen Hause)

Die Rede des Oppositionsführers war eine gute Vorlage

(Holger Astrup [SPD]: Es war auch die letzte!)

(Gert Börnsen)

für die Bilanz der Regierungsfraktion in den letzten dreieinhalb Jahren.

Herr Abgeordneter Kribben, die sozialdemokratische Antwort auf den Schmutz der Barschel-Ära sind die Erneuerung unserer **Landesverfassung** gewesen, die Stärkung der **Rechte des Parlaments** und die verfassungsmäßige Stärkung der **Rechte der parlamentarischen Opposition**, einschließlich des Oppositionsführers.

(Beifall bei der SPD)

Wie Sie, die parlamentarische Opposition, diese neuen und erweiterten Rechte ausnutzen, ist ausschließlich Ihre Angelegenheit. Das haben wir nicht zu beurteilen.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Eberhard Dall'Asta [CDU])

Gleichwohl sollten wir in dieser parlamentarischen Diskussion zu Beurteilungen kommen. Sie haben einige Kritikpunkte genannt; das ist Ihr gutes Recht. Aber: Hat dieses Parlament nicht auch das Recht, von Ihnen zu erfahren, welches die christdemokratische **Alternative zur Regierungspolitik** ist?

(Beifall bei der SPD)

Vor einiger Zeit – nein, vor wenigen Tagen – haben Sie in einem Presseinterview wörtlich gesagt, es gebe nicht das landespolitische Thema, als Sie vor Journalisten über die Suche Ihrer Partei nach Wahlkampfthemen berichtet haben. Tatsächlich ist diese Position, kein landespolitisches Thema zu haben, mit dem es sich lohne, gegen die SPD-Regierung anzutreten, auch in Ihren Haushaltsanträgen sichtbar.

(Beifall bei der SPD)

Alles laufe daher – so der Abgeordnete Kribben weiter – auf die Auseinandersetzung mit Ministerpräsident Björn Engholm hin.

Ich will Ihnen sagen: Wenn die Opposition kein Thema hat, dann zeigt das entweder die erstaunliche Einfallslosigkeit der **parlamentarischen Opposition**, oder aber es ist das größte politische Kompliment, das Sie dieser Regierung machen können.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der SPD: Es kann auch beides sein!)

Wenn die Opposition kein Thema hat, konzentriert sie sich auf Personen – das ist ein altbekanntes Strickmuster.

(Dr. Peter Bendixen [CDU]: Das kennen wir!)

Ich möchte der Opposition heute ein kleines bißchen helfen und versuchen, die Unterschiede zwischen der Politik der Mehrheitsfraktion dieses Landtages und der Opposition am Beispiel des Haushaltes herauszuarbeiten. Mit dem **Haushalt 1992** beraten wir den vierten Landeshaushalt der Regierung Engholm und – so denke ich – gleichzeitig den ersten Haushalt der zweiten Regierung Engholm.

(Beifall bei der SPD – Manfred Sickmann [SPD]: So ist es!)

Dieser Haushalt in der Fassung des Finanzausschusses und nach der Einarbeitung von wiederum fast 200 Anträgen seitens der SPD-Mehrheitsfraktion zeichnet sich durch Sparsamkeit bei gleichzeitigen Investitionsschwerpunkten im Bereich der Kindergärten und des Wohnungsbaus aus, zeichnet sich durch die Begrenzung der Nettokreditaufnahme und der Neuverschuldung des Landes auf 1,1 Milliarden DM aus, zeichnet sich durch die Beschränkung der Personalquote auf unter 40 % aus und zeichnet sich nicht zuletzt durch Einsparungen von 13 Millionen DM als Beratungsergebnis der SPD-Mehrheitsfraktion aus. Damit haben wir deutlich gemacht und bewiesen: Wahlgeschenke gibt es bei uns nicht; das können und wollen wir uns nicht leisten.

(Beifall bei der SPD)

Wir wissen nämlich: Nicht ein Haushalt, der populistisch **Wahlgeschenke** verteilt, sondern ein solide finanzierter Haushalt, der unsere Handlungsfähigkeit für die Zukunft sichert und der politische Spielräume öffnet, ist das, was die Bürgerinnen und Bürger des Landes Schleswig-Holstein erwarten, und das erfüllen wir.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, die **Reformpolitik** hat die breite Zustimmung der Bürgerinnen und Bürger im Lande gefunden. Sie wird von den Gewerkschaften bis hin zu den Wirtschaftsverbänden positiv beurteilt, und das ist keine Selbstverständlichkeit.

(Beifall bei der SPD)

Schleswig-Holstein hat wieder einen guten Namen. Die Menschen in unserem Lande spüren den Aufbruch, spüren den Geist der Liberalität und der Toleranz und den der Solidarität mit den Schwachen als oberstes Kennnzeichen der Regierung Engholm.

(Beifall bei der SPD)

National und international verbinden die Menschen mit dem Namen Schleswig-Holstein die engagierte **Zusammenarbeit im Ostseeraum**, die Idee vom Mare Balticum in allen wirtschaftlichen, ökologischen, gesellschaftspolitischen und kulturellen Bereichen. Wir freuen uns über die mit dieser Politik begründete Ehrung unseres Ministerpräsidenten durch die südschwedische Handelskammer und durch das schwedische Königshaus.

(Beifall bei der SPD)

Die Rahmenbedingungen für unsere Haushaltspolitik gleichen den tödlichen Gefahren zwischen Skylla und Charybdis, die den Seefahrer im Sturm bedrohen. Die gigantische **Verschuldung des Landes** ist eine erdrükkende Hypothek für unsere Reformpolitik, und gleichzeitig droht die Bonner Steuer- und Finanzpolitik die strukturschwachen Länder auszutrocknen. Ich möchte das im einzelnen belegen.

(Gert Börnsen)

Erstens! Welche Situation fanden wir hier 1988 vor? Für Herrenhäuser und für Schlösser war Geld da, aber nicht für Kindergärten und Wohnungen.

(Beifall bei der SPD)

Ich will es so sagen: Wo der geistig-moralische Haushalt nicht stimmt, kann auch der Finanzhaushalt nicht in Ordnung sein.

(Beifall bei der SPD)

18,2 Milliarden DM Schulden hat die SPD-Landesregierung von ihren CDU-Vorgängerregierungen übernommen. Heute zahlen wir täglich 9,8 Millionen DM für **Zinsen und Tilgung** unserer Schulden. Davon könnten 1630 Kindergartenplätze gefördert werden.

(Beifall bei der SPD)

Diese Verschuldung ist das Ergebnis von 38 Jahren CDU-Finanz-und Haushaltspolitik. Sie läßt die Reformschritte der Landespolitik in der Tat manchmal kleiner ausfallen, als wir es wünschen.

(Fritz Latendorf [CDU]: Alle Jahre wieder!)

Es wird noch – so denke ich – Jahrzehnte brauchen, diesen Schuldenberg abzutragen, und es bedarf großer Kraftanstrengungen, die notwendigen Freiräume für die Aufgaben der Zukunft zu schaffen. Diese Kraft kann nur aufbringen, wer den Mut zu unpopulären Entscheidungen hat.

Die CDU des Landes ist auch heute noch von einer soliden Haushaltspolitik weit entfernt. Ich nenne Beispiele: hier der verzweifelte Versuch, die Verschuldung des Landes der SPD-Regierung anzuhängen, dort die Forderung nach mehr Planstellen im Schulbereich, nach höherer Förderung für die Kindergärten, einem Landeserziehungsgeld, stärkerer Förderung für die Kreise und Gemeinden, zusätzlichen Hilfen für die Landwirtschaft. Heute verlangt die CDU großsprecherisch den Mut zum eisernen Sparen und morgen mit lauter Stimme Mehrausgaben. Wie soll das eigentlich zusammenpassen?

(Beifall bei der SPD)

Die **CDU-Anträge** zum Haushalt enthalten nichts Neues. Sie begnügen sich damit, auf die von uns beantragten Ansätze noch etwas draufzusatteln.

(Zurufe der Abgeordneten Fritz Latendorf [CDU] und Meinhard Füllner [CDU])

Ich halte diese Haushaltspolitik für einfallslos und unsolide. Sie sind eine Opposition ohne programmatische Alternative, und – was für Sie besonders schlimm ist – Sie sind eine Opposition, die niemanden hat wie Heide Simonis.

(Beifall bei der SPD)

Zweitens! Wir wissen, daß die **Finanzpolitik des Bundes** angesichts der enormen **Kosten der deutschen Einheit** eine äußerst schwierige und schmerzhafte Aufgabe ist. Wir sind bereit, unseren vollen Beitrag zu leisten. Angesichts dieser nationalen Aufgabe dürfen die Menschen in den fünf neuen Ländern die finanzpolitische Solidarität des Bundes und der alten Länder erwarten. Deshalb zahlen wir bis 1994 486 Millionen DM in den Fonds Deutsche Einheit. Deshalb hilft das kleine Schleswig-Holstein den neuen Bundesländern mit insgesamt 1,5 Milliarden DM – und damit übrigens in weit größerem Umfang als das wirtschaftlich viel finanzstärkere Bundesland Hamburg, um einmal einen Vergleich zu wagen.

Wir haben konstruktive Vorschläge zum Abschmelzen der **Strukturhilfe** zugunsten der **neuen Bundesländer** vorgelegt. Die ersatzlose und sofortige Streichung der Strukturhilfe gegen das auf zehn Jahre angelegte Bundesgesetz ist weder im Land noch in den Kreisen und Gemeinden, die ja mit den Investitionen im Vertrauen auf Bonner Zusagen auch haben planen dürfen, zu verantworten.

(Beifall bei der SPD)

Diese Finanzpolitik des Bundes ist unausgegoren und ist ungerecht. Es ist zutiefst beschämend, daß sich schleswig-holsteinische Abgeordnete wie die Herren Stoltenberg, Hennig, Kubicki, Austermann und andere bei der Abstimmung über die **Strukturhilfe** im **Bundestag** gegen die Interessen Schleswig-Holsteins gestellt haben – zutiefst beschämend!

(Beifall bei der SPD)

Sehen Sie: Die Gegensätze zwischen CDU und F.D.P. auf der einen Seite und der SPD-Regierung auf der anderen Seite sind eigentlich mit Händen zu greifen. Da stimmen schleswig-holsteinische CDU- und F.D.P.-Abgeordnete im Deutschen Bundestag für den sofortigen Abbau der Strukturhilfe, und die Finanzministerin Heide Simonis kämpft im Vermittlungsausschuß von Bundesrat und Bundestag genau für die Strukturhilfe. Deutlicher kann man nicht erklären, wer die wahren Interessenvertreter des Landes Schleswig-Holstein sind.

(Beifall bei der SPD)

Nach den Berechnungen des Düsseldorfer Finanzministeriums – diese Woche im „Spiegel" nachzulesen – haben die Steuerrechtsänderungen seit der Bonner Wende 1982 dem Bund 46,5 Milliarden DM gebracht, den Ländern und Gemeinden aber 139,8 Milliarden DM genommen. Diese Schere klafft immer weiter auseinander. Das gefährdet den föderalistischen Aufbau unseres Staates, und das gefährdet die kommunale Selbstverwaltung vor Ort.

(Beifall bei der SPD)

Wo der Föderalismus, die Handlungsfähigkeit der Länder ernsthaft in Frage gestellt ist, ist es nicht nur Aufgabe, nein, es ist Verfassungspflicht einer Landesregierung, dagegen zu kämpfen. Deswegen unterstützen wir als SPD-Fraktion die Landesregierung bei ihrem Protest gegen den ungerechten **Finanzausgleich** vor dem **Bundesverfassungsgericht** in Karlsruhe.

(Beifall bei der SPD)

(Gert Börnsen)

3,2 Milliarden DM Mindereinnahmen hatte Schleswig-Holstein seit 1988 zu verkraften, also knapp ein Viertel eines Gesamtjahresetats. Die Schmerzgrenze ist längst überschritten. Aber die Schmerzen der Länder lassen CDU und F.D.P. in Bonn offensichtlich kalt, und die CDU-Opposition in Kiel kommentiert die Interessenvertretung des Ministerpräsidenten vor dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe als eine Bettleroper. Welche Interessen, meine Damen und Herren von der Opposition, vertreten Sie denn eigentlich?

(Beifall bei der SPD)

Nach dem Rückzug aus der Städtebauförderung, der restriktiven Einengung bei der Wohnungsbauförderung – so auch im neuen Sonderprogramm – der einseitigen Aufkündigung der Strukturhilfe sollen die Bundesergänzungszuweisungen für die Länder Saarland und Bremen sowie der Einkommensausgleich für die Landwirtschaft den Landeshaushalt zusätzlich belasten, während uns die Bundesregierung gleichzeitig bei der Bewältigung der Folgen des Truppenabbaus mit Almosen abspeisen will. Während die SPD vor dem Bundesverfassungsgericht um die **Finanzautonomie** und damit um die politische Selbständigkeit des Landes kämpft, ziehen Reformgegner aus CDU und F.D.P. in Karlsruhe gegen das Ausländerwahlrecht, gegen kommunale Gleichstellungsstellen und gegen das Mitbestimmungsgesetz zu Felde. Meine Damen und Herren, nichts belegt deutlicher die unterschiedliche Schwerpunktsetzung in der Politik der Landesregierung und ihrer parteipolitischen Gegner.

(Beifall bei der SPD)

Daß die Steuermehreinnahmen des Landes in Höhe von netto 99 Millionen DM jetzt als Risiko- und Daseinsvorsorge aufbewahrt werden, beweist Vorsicht und Umsicht in der Finanzpolitik. Wer weiß denn schließlich, was Bonn uns noch alles bescheren wird? Für Effekthascherei, wie sie die Opposition mit Blick auf die Wahl betreibt, sind Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nicht zu haben. – Soweit, meine Damen und Herren, zu den finanziellen Rahmenbedingungen unserer Politik im Land!

Wie haben wir diesen Rahmen ausgefüllt? – Lassen Sie mich dazu den Vergleich zwischen den Jahren 1987/1988 und 1991/1992 ziehen:

Erstens: **Wohnungsbau**. – 1988 schaffte das Land 171 öffentlich geförderte Wohnungen. Für 1992 sind es 3177 Förderfälle. 400 kommen aus der Zweckrücklage der Investitionsbank. Im letzten von der CDU verantworteten Haushalt standen 72 Millionen DM für den Wohnungsbau zur Verfügung. Heute sind es fast 291 Millionen DM. Bis 1993 hat die SPD-geführte Regierung mit mehr als 1 Milliarde DM neuen Wohnraum geschaffen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Weil für Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten Wohnen ein Grundrecht ist, eine anständige Wohnung eben nicht zu den Luxusgütern gehört, sondern etwas mit der Würde des Menschen zu tun hat, hat die SPD-Fraktion den Haushaltsansatz über den des Regierungsentwurfs hinaus noch einmal um 5,5 Millionen DM erhöht, um mit den Komplementärmitteln des Bundes weitere 1500 Wohnungen schaffen zu können.

Wir drücken uns aber auch nicht vor solchen wohnungsbaupolitischen Aufgaben, die nicht überall ungeteilten Beifall finden, sondern öffentliche Kritik, die aber zur Finanzierung zusätzlichen Wohnungsbaus beitragen. Ich nenne die Fehlbelegungsabgabe, die Rückzahlung der Tilgungs- und Annuitätsdarlehen, die Anhebung der Mietobergrenzen mit Augenmaß. Diese Mittel kommen ausschließlich wieder dem Wohnungsbau zugute. Diese Wohnungsbaupolitik des Innenministers Hans Peter Bull zeigt den hohen Stellenwert, den der Wohnungsbau für die schleswig-holsteinische SPD hat.

(Beifall bei der SPD)

Zweitens: **Kindergärten**. – 1983 bis 1987 hatte die CDU 5,46 Millionen DM für Kindergärten übrig. 1988 bis 1992, also ebenfalls in einem Zeitraum von fünf Jahren, sind es dagegen 70,45 Millionen DM, also dreizehnmal soviel. 5000 Kindergartenplätze können allein in den Jahren 1991 und 1992 eingerichtet werden. Im Kindergartenbereich hat die CDU unser Land bundesweit zum Schlußlicht gemacht. Während auch andere CDU-geführte Länder und nicht nur SPD-geführte Länder eine weitaus höhere Versorgungsquote aufweisen und auch schon lange ein Kindergartengesetz, ein Kindertagesstättengesetz hatten, glaubte die CDU dieses Landes, zumindest solange sie in der politischen Verantwortung stand, daß Kindergärten keine staatliche, sondern allenfalls eine kommunale Aufgabe seien.

Auch diese Scherben hat die SPD gekittet. Mit dem noch druckfrischen Kindertagesstättengesetz sind wir auf dem richtigen Wege. Wir wollen endlich eine ausreichende Versorgung schaffen, wollen Kindern Spielkameraden und Müttern und Vätern neue Entfaltungsräume geben. Wir wissen, daß die Löcher in der Kindergartenversorgung nicht von heute auf morgen zu stopfen sind. Dazu braucht es reichlich Finanzkraft, und es braucht Manpower, wie sie Günther Jansen jeden Tag demonstriert.

(Beifall bei der SPD)

Drittens: Schule und Hochschule. – Für den gesamten **Hochschulbereich** standen im Landeshaushalt 1987 1,4 Milliarden DM zur Verfügung. Jetzt nähern wir uns der 2-Milliarden-DM-Grenze. Mit dem Hochschulentwicklungsplan werden wir ein strukturpolitisches Großvorhaben mit einem Investitionsvolumen in Höhe von 1,5 Milliarden DM in einem Zeitraum von zehn Jahren verwirklichen. Während früher 50 % der Studierwilligen ihren Ausbildungsplatz südlich der Elbe suchen mußten, wir damit einen unverantwortlichen intellektuellen Aderlaß zu beklagen hatten, die Fachhochschulen ein Schattendasein führten, sorgt diese Landesregierung für eine facettenreiche, für eine

(Gert Börnsen)

moderne und leistungsfähige Hochschullandschaft, die den Bedürfnissen unserer studierwilligen Jugend ebenso entspricht wie den Bedürfnissen der Wirtschaft in Schleswig-Holstein.

(Beifall bei der SPD)

Das hochschulpolitische Niemandsland Westküste wird mit dem Standort Heide neu erschlossen, die schmerzhafte Technologielücke durch die neue Technische Fakultät in Kiel geschlossen. Der Hochschulstandort Flensburg bekommt endlich eine einmalige Attraktivität mit europäischer Dimension. Die Medizinische Universität in Lübeck wird auf einen attraktiven Campus ausgebaut, und die Fachhochschulen werden zu anwendungsorientierten Partnern der Wirtschaft entwickelt. – Das nenne ich Hochschulstruktur- und Regionalpolitik aus einem Guß.

(Beifall bei der SPD)

Jede Mark im **Bildungsbereich** zahlt sich morgen doppelt und dreifach wieder aus. Die Zahlen sprechen für sich. Im Schuljahr 1987/88 kamen 18,2 Schüler auf einen Lehrer. Heute sind es 17,2. In Schleswig-Holstein sitzen weniger Kinder in einer durchschnittlichen Grundschulklasse als beispielsweise in Baden-Württemberg oder in Bayern, und darauf können wir stolz sein.

Die frühere Rückständigkeit unseres Landes können Sie auch daran erkennen, daß Schleswig-Holstein im Jahre 1988 das Schlußlicht auch beim 10. Schuljahr in den Hauptschulklassen bildete. Heute gibt es dieses 10. Schuljahr fast flächendeckend.

(Dr. Peter Bendixen [CDU]: Das stimmt doch gar nicht!)

Wir reden nicht nur vom gegliederten Schulwesen, sondern wir tun auch etwas dafür. Darauf können sich die Bürgerinnen und Bürger auch in der Zukunft verlassen.

(Beifall bei der SPD)

Hinter der Steigerungsrate von 6,9 % im Bildungsbereich verstecken sich mehr Planstellen an den Schulen, die Schwerpunktförderung der stiefmütterlich behandelten Berufsschulen, die Erhöhung des Schulbaufinanzierungsfonds. Wer geographisch nicht gerade den Nabel Europas bildet, muß sein hochschulpolitisches und sein bildungspolitisches Standortprofil blankpolieren. Eva Rühmkorf und Marianne Tidick haben dabei Beispielhaftes geleistet, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Viertens: Wirtschaft und Verkehr. – Im Jahre 1988 hatten wir ein Wirtschaftswachstum von 2,7 %. Heute sind es 5,3 %, eine stolze Zahl.

Wir sind nicht so vermessen zu behaupten, daß diese Zahl einzig und allein ein Erfolg sozialdemokratischer **Wirtschaftspolitik** des Landes sei. Wir wissen, daß diese Zahl auch Ausdruck einer bundes- und weltweiten Konjunktur ist. Allerdings kommt eigene Leistung hinzu; denn unser Wirtschaftswachstum in Schleswig-Holstein übertrifft das Ergebnis im Bundesgebiet deutlich. Wir haben uns damit in die Spitzengruppe der Bundesländer hochgearbeitet.

Möglich ist dies nur mit einem zukunftweisenden Wirtschafts-und Verkehrskonzept – hinzu kommt natürlich ein zukunftsweisendes Finanzkonzept –, das auf hauseigene Stärken wie die kleinen und mittleren Unternehmen unseres Landes setzt, das atemberaubende Defizite wie in der Technologiepolitik beseitigt und das verkehrsmäßig den Anschluß über die Landesgrenzen hinaus, aber auch für die Menschen in unserem Lande, mit Bus und Bahn schafft.

(Beifall bei der SPD)

Die Technologiestiftung hat in den letzten Tagen ihre Aufgabe aufgenommen. Sie soll Partner insbesondere für mittelständische und innovativ orientierte Betriebe sein. Wir als SPD-Mehrheitsfraktion dieses Hauses wünschen der Technologiestiftung bei ihrer Arbeit viel Erfolg.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, gestatten Sie mir ein Wort zur **Verkehrspolitik**. Wofür steht die Verkehrspolitik der CDU? –

(Günter Neugebauer [SPD]: Das frage ich mich auch!)

Für das Zukunftsprojekt Elbquerung, aber gegen die schnelle Entlastung des Verkehrs durch eine vierte Elbtunnelröhre; für einen Großflughafen in Kaltenkirchen – den es, das verspreche ich Ihnen, nie geben wird –,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

aber gegen den Ausbau der Fluglinien zum Beispiel von Kiel nach Köln/Bonn und – das wurde auch gestern wieder deutlich – für eine Entscheidung der SPD-Regierung zur Anbindung an die Mecklenburg-Autobahn, aber ohne sich selbst auch nur im geringsten festzulegen. Dies, meine Damen und Herren, ist eine verantwortungslose Verkehrspolitik.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben es wohl gemerkt: In allen wichtigen konkreten verkehrspolitischen Entscheidungen dieser Monate steht die SPD allein. Alle wichtigen Entscheidungen werden auf unserem Rücken ausgetragen. In Ordnung, wir werden auch das realisieren. Aber Sie drücken sich vor allen diesen Entscheidungen.

(Beifall bei der SPD)

Die CDU nahm das Süd-Nord-Gefälle in unserem Lande schicksalsergeben hin. Wir haben dieses Gefälle mit dem **Programm „Arbeit und Umwelt"** und mit den beiden Landesprogrammen auszugleichen versucht. Investitionen in Höhe von 290 Millionen DM haben Arbeitsplätze gesichert und neue geschaffen,

(Gert Börnsen)

haben Betriebe und kommunale Investitionen gefordert und haben gleichzeitig die ökologische Erneuerung unseres Landes vorangebracht. Wir wollen dieses Programm fortführen, soweit die restriktive Bonner Politik uns dabei keinen Strich durch die Rechnung macht.

(Beifall bei der SPD)

Die niedrigste Arbeitslosenquote in Norddeutschland und ein überdurchschnittliches Wirtschaftswachstum bei wachsender Verantwortung für die Umwelt und die Förderung der kleinen und mittelständischen Betriebsstrukturen – das sind die Erfolge des bayerischen Sozialdemokraten Franz Froschmaier.

(Beifall bei der SPD)

Fünftens: **Landwirtschaft**. – Zwischen 1988 und 1990 hat das Land Einzelbetriebe mit mehr als 300 Millionen DM gefördert. 1991 gab es mit 32,5 Millionen DM 3 Millionen DM mehr als noch 1988 für die Ausgleichszulage, 1,3 Millionen DM zusätzlich für die Betriebshilfsdienste der Landwirtschaft. Dennoch steht die Landwirtschaft – wir alle wissen das und haben das häufig genug diskutiert – vor einer gewaltigen Belastungsprobe, wenn die Vorschläge der EG-Kommission umgesetzt werden. Die Agrarpolitik unseres Landes kann mit einem Schlag konterkariert werden, wenn Bonn für die deutschen Bauern in Brüssel nicht mehr herausholt und seiner Verantwortung beim Einkommensausgleich nicht gerecht werden sollte.

(Beifall bei der SPD)

Die sozialdemokratisch geführte Landesregierung hat die Zuschüsse für den Einsatz von Betriebshelfern um 250 000 DM angehoben, die Förderung des ökologischen Landbaus verdreifacht, mit 18,5 Millionen DM die Landwirte bei der Schaffung zusätzlicher Einnahmequellen wie beispielsweise „Urlaub auf dem Bauernhof" unterstützt, und sie hat jetzt ein Biotop-Programm im Agrarbereich für 10 Millionen DM aufgelegt.

Unsere Maßnahmen stärken die landwirtschaftlichen Betriebe und bringen die Landwirtschaft mit dem Naturschutz in Einklang. Mit Minister Hans Wiesen haben die Bauern einen starken und zuverlässigen Partner in der SPD-Landesregierung.

(Beifall bei der SPD)

Sechstens: Umweltschutz. – Für die Erhaltung von Umwelt und Natur haben wir als Landesparlament eine ganz besonderer Verpflichtung.

Im Jahre 1988 gab es wegen des Widerstands der CDU noch kein eigenes Umweltministerium. Heute haben wir auf dem Kieler Ostufer ein Ministerium mit einem Haushalt von 228 Millionen DM. Bis heute ist die CDU umweltpolitisch ohne Alternative – so nachzulesen auch in den heute vorliegenden Haushaltsanträgen der Opposition.

Umwelt- und Naturschutz werden in dieser Landesregierung groß geschrieben. Das Landesabfallwirtschaftsgesetz ist verabschiedet. 20 Millionen DM stehen im Haushalt 1992 für Recycling-Zentren bereit. Die Suchraumkartierung für die Abfallwirtschaft von morgen hilft den Kreisen und Kommunen, die richtigen Standorte zu finden. Unser Landeswassergesetz ist beispielhaft, die Gülleverordnung europaweit ohne Vorbild. Der Entwurf für ein Landesnaturschutzgesetz wird das Herzstück der Umweltpolitik des Ministers Berndt Heydemann.

(Beifall bei der SPDP)

Mit dieser Politik erfüllen Landesregierung und Mehrheitsfraktion den Auftrag des Artikels 7 unserer Landesverfassung, die natürlichen Grundlagen des Lebens zu schützen. Wie in der Verfassung, so auch in der Politik: Umweltschutz steht für uns ganz oben.

(Beifall bei der SPD)

Siebentens: **Justiz**. – Für die Schaffung humaner Haftbedingungen in unseren Justizvollzugsanstalten stehen jetzt fast 3,7 Millionen DM bereit. Im Jahre 1988 waren es lediglich 2,6 Millionen DM. Für Sanktionsalternativen im Strafvollzug stehen 450 000 DM bereit. 1988 waren es 0 DM.

Mit unseren Haushaltsanträgen wollen wir die therapeutische und die sozialpädagogische Arbeit im Strafvollzug weiter ausbauen. Der Einsatz von Suchtberatern und von Sexualtherapeuten soll flächendeckend erfolgen, die Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im offenen Strafvollzug ausgebaut werden. Zwei neue Stellen werden zur Durchführung des Täter/Opfer-Ausgleichs geschaffen.

Im Justizbereich gab es große Veränderungen – die nicht immer im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses gestanden haben – wie etwa die Schaffung des Oberverwaltungsgerichts. Zu nennen sind hier, und zwar mit Stolz für uns, das Landesrichtergesetz und die neue Schiedsordnung.

(Beifall bei der SPD)

Die neue Schiedsordnung fördert die außergerichtliche Beilegung von Rechtsstreitigkeiten und entlastet unsere überlasteten Gerichte. Insbesondere im Jugendstrafvollzug gilt für uns das Prinzip: Erziehen statt strafen.

(Beifall bei der SPD)

Diesen Weg, meine Damen und Herren, wollen wir konsequent fortsetzen. Justizminister Klaus Klingner hat dabei die Unterstützung der SPD-Landtagsfraktion.

(Beifall bei der SPD)

Achtens: Die **Gleichstellungspolitik**. – Schleswig-Holstein hat das erste Frauenministerium. Wir werden daran festhalten, und zwar auch gegen die Stammtischpolitiker bei der FDP, gegen die Ängstlichkeit bei

(Gert Börnsen)

CDU-Frauen und gegen die Stimmungsmache der Männerlobby im Bund der Steuerzahler.

(Beifall bei der SPD)

Nur wer eine konsequente Gleichstellungspolitik betreibt, kann das gesellschaftliche Bewußtsein ändern und die Benachteiligung der Frauen abschaffen, so daß es eines Tages in der Tat keines Frauenministeriums mehr bedarf. Der Weg bis dahin erscheint uns aber noch sehr weit.

(Ute Erdsiek-Rave [SPD]: Sehr weit!)

Deshalb sieht der Haushalt 1992 zusätzliche Mittel in Höhe von 1,6 Millionen DM vor. Darin sind weitere acht Stellen, davon vier aus den Anträgen der SPD-Fraktion, enthalten, nachdem auch der Landesrechnungshof auf die personelle Unterbesetzung im Frauenministerium bei der Erfüllung neuer Aufgaben hingewiesen hat.

In den letzten Landtagssitzungen haben wir die Berichte, „Gewalt gegen Frauen" und „Sexueller Mißbrauch von Kindern und Jugendlichen", diskutiert. Diese Berichte haben uns eindrucksvoll den dringenden politischen Handlungsbedarf vor Augen geführt. Der Bund der Steuerzahler hat mit seiner pauschalen Kritik an der Arbeit des Frauenministeriums einmal mehr bewiesen, daß er im Gegensatz zum überparteilichen und unabhängigen Landesrechnungshof eben nur eine gewöhnliche Interessenlobby darstellt.

(Günter Neugebauer [SPD]: So ist es! – Beifall bei der SPD)

Der politische Standort war uns nie verborgen, denn es wurde schon früher beispielsweise gefordert, Wohngeld zu zahlen statt Wohnungen zu bauen oder Zuschüsse an Sportvereine, an kulturelle oder andere Organisationen aus dem Sportbereich und sogar im Bereich des Krankenhauswesens zu streichen.

Ich will darauf antworten: Ein armer Staat – das ist die Position der Sozialdemokraten – ist nie ein sozialer Staat.

(Beifall bei der SPD)

Wer darüber hinaus mit falschen Zahlen und Fakten seine Unkenntnis und seine Ignoranz unter Beweis stellt, rückt sich selbst mit seiner Tätigkeit ins Zwielicht.

(Bertold Sprenger [CDU]: Sie haben das damals aber auch immer ganz gern verwandt!)

In unseren Gesetzen wird systematisch auf Gleichstellung geachtet. Die Frauenförderung in der Arbeitswelt wird vorangetrieben, und die kommunalen Frauenprojekte werden gefördert.

Mit Frauenministerin Gisela Böhrk setzt das Land Maßstäbe für eine konsequente Gleichstellungspolitik in der Bundesrepublik. Das soll auch so bleiben.

(Beifall bei der SPD)

Neuntens: Bürgerhilfe! – Wir haben das Amt des **Bürgerbeauftragten für soziale Angelegenheiten** und in Personalunion des **Behindertenbeauftragten** geschaffen. Wir haben mit Eugen Glombig einen der kenntnisreichsten Sozialpolitiker und einen zähen und durchsetzungsfähigen Anwalt der Bürgerinnen und Bürger gefunden, der sich auch durch schäbige Angriffe aus den Reihen von CDU und F.D.P. nicht zermürben läßt.

(Beifall bei der SPD)

Wer aus billiger Parteipolemik von sozialdemokratischer Vetternwirtschaft spricht, beweist vielleicht seine Kaltschnäutzigkeit, aber auch seine Gefühlskälte gegenüber dem einzigartigen sozialen Engagement dieses Mannes Eugen Glombig.

(Beifall bei der SPD)

Die Bilanz der Arbeit des Bürgerbeauftragten kann sich sehen lassen. Von über 2700 schriftlichen Angaben wurden 2300 abschließend bearbeitet. In rund 550 Fällen wurden positive Lösungen gefunden. In rund 1000 Fällen wurden Beratung und Auskunft erteilt.

Die SPD-Fraktion unterstützt die Arbeit des Bürgerbeauftragten nach Kräften. Das Gesetz über den Bürgerbeauftragten, das wir gestern verabschiedet haben, beweist, daß wir es mit dieser Institution als einer Dauereinrichtung ernst meinen.

(Beifall bei der SPD)

Dies gilt dann auch, wenn später im Lichte der konkreten Erfahrungen darüber zu entscheiden sein wird, ob der Bürgerbeauftragte effektiver arbeiten kann als ein Beauftragter der Regierung oder als ein Beauftragter des Parlamentes.

Für uns gilt: Der Bürgerbeauftragte soll dazu beitragen, Verwaltungshandeln bürgernäher zu gestalten. An dieser Aufgabe lassen wir auch nicht rütteln.

(Beifall bei der SPD)

Schleswig-Holstein hat inzwischen auch in Bonn einen guten Namen durch die Arbeit unserer **Landesvertretung**, die die Interessen des Landes im Bundesrat einbringt. Hier geht es nicht um parteipolitische Auseinandersetzungen, sondern hier geht es um **Landesinteressen**. Wir alle wissen, wie wichtig, ja überlebenswichtig für die Länder die Arbeit des Bundesrates geworden ist. Unser Gewicht im Bundesrat ist größer geworden, sicherlich auch durch die veränderten politischen Mehrheiten, aber ebenso durch die Arbeit von Marianne Tidick und Eva Rühmkorf als den Diplomatinnen des Landes Schleswig-Holstein in Bonn, denen ich Dank sagen möchte.

(Beifall bei der SPD)

Die Finanzrahmendaten sind alles andere als rosig. Sie geben zu ernsthaften Sorgen Anlaß. Vor diesem Hintergrund kann sich die **Bilanz** der **Landesregierung** und der **Mehrheitsfraktion** sehen lassen. Mit äußerst knappen Mitteln ist ein optimales Ergebnis erreicht

(Gert Börnsen)

worden. Diese Bilanz ist nur von einer Politik zu schaffen, die notwendigen Entscheidungen nicht ausweicht und nicht nach dem Motto „tue allen gut, aber nicht weh" verfährt. Wer das eigene Haus nicht in Ordnung hält, sollte nicht vor fremden Türen kehren.

Die Landesregierung hält ihr Haus in Ordnung. Sie begrenzt die **Neuverschuldung**. Sie senkt die **Personalquote**. Sie ist couragiert genug, wenige Monate vor der Wahl das Einsparen von 728 Stellen zu verkünden. Dabei hat sie die volle Unterstützung der SPD-Landtagsfraktion.

(Beifall bei der SPD)

Herr Oppositionsführer – wenn ich Sie einmal direkt ansprechen darf –,

(Klaus Kribben [CDU]: Ja!)

gerade Sie haben bei der Einbringung des Landeshaushalts hier in diesem Haus im September dieses Jahres an dieser Stelle der Landesregierung fehlende Courage unterstellt. Gerade Sie haben geglaubt, diese Landesregierung werde vor dem 5. April 1992 nicht den Mut aufbringen, die Stellen konkret zu benennen – wie Sie sagten. Herr Kribben, Sie haben sich geirrt, und Sie sollten dazu stehen.

Sie und Ihre Fraktion haben inzwischen die Zahlen schwarz auf weiß.

(Karl Eduard Claussen [CDU]: Sie sind doch nicht bekannt! – Bertold Sprenger [CDU]: Sie sind gar nicht konkret genannt!)

Wenn man sich geirrt hat, gehört es sich eigentlich, das hier zu bekennen.

(Beifall bei der SPD)

Realisieren ließ sich die Bilanz nur durch den Leitsatz „alternativ statt additiv"

(Unruhe)

und – erlauben Sie mir, auf das eingangs zitierte Bild aus Homers Odyssee zurückzukehren – durch eine Steuerfrau wie die Finanzministerin Heide Simonis, der ihr Büro mit dem Geibelspruch schmücken könnte: „Nur wer verzagend das Steuer losläßt, ist im Sturm verloren".

Der Kapitän unseres Schiffes, Ministerpräsident Björn Engholm, hat es in hervorragender Weise geschafft, die Mann- und Frauschaft auf dem Schiff zusammenzuschmieden und auch im Sturm Kurs zu halten. Schleswig-Holstein ist heute beispielhaft für eine liberale Gesellschaftspolitik, für ökologische und soziale Reformpolitik.

Meine Damen und Herren, als die SPD 1988 die Regierungsgeschäfte übernahm, bildete dieses Land in vielen Bereichen im Zug der Bundesländer das Schlußlicht. Heute haben wir gut aufgeholt. Daran wollen wir weiterarbeiten.

Die Verabschiedung des Landeshaushalts 1992 ist somit ein Dokument erfolgreicher Reformpolitik unter schwierigsten Bedingungen. Allen, die daran in Regierung und in Parlament mitgewirkt haben, sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern von Regierung und Parlament sei dafür seitens der SPD-Fraktion herzlicher Dank gesagt.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Alfrede Schulz:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Meyer.

Karl Otto Meyer [SSW]:

Herr Präsident! Meine Damen! Meine Herren! Ich habe am 13. September bei der ersten Lesung des Haushalts 1992 bereits eine Bilanz über die jetzige Legislaturperiode, die in wenigen Monaten abgeschlossen ist, gezogen. Ich will daher jetzt keine neue Bilanz ziehen, ich will mich auch in meinem ersten Beitrag nicht besonders mit den Zahlen des Finanzhaushaltes beschäftigen, sondern einige Probleme aufzeigen, die meiner Meinung nach für unser Land von großer Bedeutung sein könnten.

Was ich hier sage, wird sicherlich nicht immer Beifall finden – weder bei der Regierung und bei der Regierungsfraktion noch bei der Opposition. Wir haben es in dieser Legislaturperiode aber erlebt, daß einige Gedanken des SSW übernommen worden sind. Warum sollte das künftig nicht auch der Fall sein?

Wir haben in Schleswig-Holstein durch die einstimmige Entscheidung des Parlaments im Rahmen der Landesverfassung Mitbestimmung für die Bürgerinnen und Bürger erreicht. Diese **Mitbestimmung** ist schon mehrfach erprobt worden, und wir alle können ein wenig stolz darauf sein. Gleichzeitig erleben wir jedoch in unserer neuen gesamtdeutschen Gesellschaft, daß nicht wenige Mitbürger das Gefühl haben müssen, daß sie eben nicht in für sie so grundlegenden Fragen mitentscheiden und mitbestimmen konnten und auch heute noch nicht können und dürfen.

Ich denke hier an die Bevölkerung in den fünf neuen Bundesländern, die einfach das Grundgesetz der alten Bundesrepublik haben übernehmen müssen. Dies gilt gleichermaßen für die Wirtschaftspolitik, die Sozialpolitik und die Kulturpolitik der alten Bundesländer. Sie, diese Bevölkerung, kann einfach nicht das Gefühl haben, daß sie in diesen Fragen und damit bei der Entscheidung über ihre zukünftige Gesellschaftsform, unter der sie leben wollen, in irgendeiner Form hat mitentscheiden und mitgestalten können.

Wir müssen aus diesem Grunde alles daransetzen, daß auch diese Mitbürgerinnen und Mitbürger künftig mitentscheiden und mitbestimmen können. Wir müssen die sozialen Spannungen, die zwischen der Bevölkerung in Ost- und Westdeutschland leider entstanden sind, überwinden. Wir müssen aber auch die sozialen Spannungen, die unter anderem durch die Agrarpolitik der EG entstanden sind, überwinden.

Wir müssen für gleiche Rechtsverhältnisse in Gesamtdeutschland sorgen. Ich sehe mehr und mehr, daß wir

(Karl Otto Meyer)

in der Frage der Rechtsauffassung etwas auseinanderdriften. Ich bin sehr, sehr froh, daß jetzt hier in Schleswig-Holstein die Todesurteile aus der Zeit von 1933 bis 1945 untersucht werden. Das ist eine vernünftige Regelung. Wir müssen dafür Sorge tragen, daß nicht nur Widerstand gegen eine Linkstyrannei akzeptiert wird, sondern auch der Widerstand gegen rechts.

Wir haben in den vergangenen Jahren die jungen Menschen erlebt, die aus dem Osten flüchteten, die in der Volksarmee nicht dienen wollten. Wir haben von einer „**Abstimmung mit den Füßen** für die Freiheit" gesprochen. Das alles ist so richtig. Es ist aber höchste Zeit – ich habe es früher einmal gesagt und will es auch hier anschneiden –, daß wir dann auch die „Abstimmung mit den Füßen für die Freiheit" für diejenigen Leute akzeptieren, die aus Hitlers Wehrmacht desertiert sind. Dies ist noch ein wunder Punkt. Diese Frage müssen wir anschneiden. Es wäre gut, wenn sich eine Stadt hier in Schleswig-Holstein dazu entschließen könnte, einen „Gedenkstein für den hingerichteten Deserteur" aufzustellen.

(Beifall des Abgeordneten Gert Börnsen [SPD])

Das sind Spannungsfelder, die wir haben und bei denen wir versuchen müssen, eine Lösung zu finden. Das bedeutet nach Meinung des SSW, daß wir uns jetzt in Gesamtdeutschland mit der Frage einer **Grundgesetzänderung** beschäftigen müssen. Es besteht jetzt die Möglichkeit, unter Mitbeteiligung der Bevölkerung ein neues Grundgesetz anzunehmen. Wir haben die einmalige Chance, die grundlegenden Fragen unserer künftigen Gesellschaftsordnung umfassend zu diskutieren. Dadurch erreichen wir, daß alle Bürgerinnen und Bürger in unserem Land real sehen können, was Mitbeteiligung und Mitbestimmung der Bürger in der so grundlegenden Frage, wie die neue Gesellschaft in Zukunft aussehen soll, bedeuten. Wir müssen einfach erkennen: Wenn die Frage der Mitwirkungsrechte der Bevölkerung, die wir in Schleswig-Holstein realisiert haben, Perspektiven haben soll, dürfen wir uns nicht damit begnügen, diese Rechte allein auf Schleswig-Holstein zu begrenzen. Wir haben hier eine Verpflichtung, die für die gesamte Bundesrepublik gelten muß. Deshalb dürfen wir es nicht zulassen, daß die Gestaltung des künftigen Grundgesetzes allein den Bundestagsabgeordneten überlassen wird.

(Beifall des Abgeordneten Gert Börnsen [SPD])

Deshalb muß die Zielsetzung sein, daß ein neues Grundgesetz von der Bevölkerung durch eine Volksabstimmung angenommen wird, und in diesem Grundgesetz muß dann auch verankert sein, daß künftige Grundgesetzänderungen nur unter Mitwirkung des Volkes durchgeführt werden dürfen. Erst wenn dies erreicht worden ist, ist die volle Mitbestimmung der Bürgerinnen und Bürger realisiert.

Ebenso konsequent müssen wir in der Frage der **europäischen Zusammenarbeit** werden. Wir schauen im Augenblick voller Spannung und mit einer gewissen Sorge auf die Entwicklung in den osteuropäischen Ländern, insbesondere auf die Entwicklung in der Sowjetunion. Wir durften und konnten uns alle darüber freuen, als die Diktaturen im Osten zusammenbrachen und die Nationen und Völker dort die Chance bekamen, sich ihre Freiheit zum Teil zu erkämpfen.

Noch vor kurzer Zeit wurde behauptet, die Zeit der Nationalstaaten sei vorbei. Jetzt erleben wir, daß neue Nationalstaaten errichtet werden, ja, neue Nationalstaaten werden sogar von bundesdeutschen Politikern verlangt, und sie ermuntern dazu. Wo früher davon gesprochen wurde, daß keine Nation mehr ganz souverän sein könne, fordern dieselben Politiker jetzt die volle Souveränität vieler Nationen.

Es hat sich wirklich etwas getan. Wir erleben, daß eine der letzten Großmächte der heutigen Welt zusammenbricht und daß Staatsgebilde, die bisher die Form eines Bundesstaates hatten, aufgelöst werden und zu einem losen Staatenbund übergehen. Wir sehen diese Entwicklung in der alten Sowjetunion. Wir sehen das in Jugoslawien. Wir spüren, daß etwas Ähnliches in der Tschechoslowakei angedeutet wird und so weiter.

Gleichzeitig haben wir aber in diesen Tagen die Verhandlungen in Maastricht erlebt, wo Versuche unternommen wurden, die Weichen für eine Politische Union der EG zu stellen. Nach Auffassung der deutschen Politiker soll die Europäische Gemeinschaft ein Bundesstaat werden. Der Bundeskanzler spricht dabei von irreversiblen Entscheidungen, also Entscheidungen, die nicht rückgängig gemacht werden können. Auch hier müssen wir uns die Frage stellen, ob eine solche Entwicklung zum jetzigen Zeitpunkt richtig ist. Durch den Aufbruch im Osten und durch die neue Situation für Gesamteuropa besteht die einmalige Chance, ganz Europa für eine Zusammenarbeit zu gewinnen. Dann müssen natürlich aber auch alle Völker und alle Länder mitentscheiden können, wie diese Zusammenarbeit geformt werden soll. Anders gesagt: Wie wollen wir gemeinsam das europäische Haus bauen? Es kann doch nicht richtig sein, daß die zwölf EG-Länder jetzt ganz allein entscheiden, wie die Voraussetzungen für ein neues Gesamteuropa aussehen sollen! Auch hier müssen wir die Mitbestimmung wagen, das heißt Mitbestimmung aller Bürger in allen Ländern Europas.

Seit wann gibt es irreversible Entscheidungen in der Geschichte? Seit wann? – Die zwölf Regierungschefs und die zwölf Außenminister mit den Kommissaren der EG können doch nicht allein die Zukunft Europas entscheiden. Die Entscheidung muß doch von den Völkern getroffen werden. Wenn Politiker falsche Entscheidungen treffen, müssen die Völker natürlich diese Entscheidungen revidieren können. Nicht nur in der Diätenfrage in Hamburg können Entscheidungen zurückgenommen werden, sondern auch wichtigere Entscheidungen für die einzelnen Völker und für Europa in seiner Gesamtheit.

Für mich ist es ganz eindeutig, daß die europäische Zusammenarbeit auf der Grundlage eines **Staatenbundes** und nicht auf der Grundlage eines Bundesstaates aufgebaut werden muß. Es muß auch eindeutig sein, daß alle Länder – genauso wie Bundeskanzler

(Karl Otto Meyer)

Kohl und Bundesfinanzminister Waigel – Forderungen stellen können. Wenn Bundeskanzler Kohl in der Frage einer Währungsunion sagt, er gebe seine Unterschrift nur, wenn die Währungsstabilität garantiert sei, mag er in seiner Aussage recht haben. Genauso aber können natürlich Vertreter anderer Länder ihre Forderungen stellen. Natürlich muß vorher genau untersucht werden – das ist die entscheidende Frage –, ob der Preis für eine finanzielle Stabilität nicht zu hohe Arbeitslosenzahlen bewirkt. Wir haben in vielen Ländern gesehen, daß Preisstabilität, also wenig Inflation, nur auf Kosten hoher Arbeitslosenzahlen erreicht wurde. Wir haben auch sehen können, daß man die Arbeitslosenzahlen zurückdrehen konnte, wenn man eine leichte Steigerungsrate der Inflation in Kauf nahm. Man muß also ernsthaft diskutieren, welche Lösung man will.

Auch für unsere Region, die immer überdurchschnittlich hohe Arbeitslosenzahlen aufwies, ist diese Frage von Interesse, und solche Fragen müssen wir auch hier im Hohen Hause in Zukunft diskutieren.

Ich erwähnte die Sache mit der europäischen Zusammenarbeit auch noch aus einem anderen Grund. In der letzten Landtagssitzung wurde ein Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU zum Vertragsentwurf der Luxemburgischen Präsidentschaft über die Politische Union der Europäischen Gemeinschaft vom 18. Juni 1991 angenommen. Ich haben gegen diesen Antrag gestimmt. Da wir keine Zeit zur Debatte hatten, möchte ich die Gründe für mein Nein jetzt kurz darlegen. Es war kein Nein zur europäischen Zusammenarbeit, sondern ich lehnte diesen Antrag aus europäischen Gründen ab.

Die Vorgeschichte ist doch – das hat man nicht gemerkt, weil es keine Debatte gab –, daß im Niedersächsischen Landtag ein Antrag zu dieser Frage angenommen wurde. Dieser Antrag aus Niedersachsen war Ausgangspunkt für einen Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU sowie des SSW vom 31.10.1991. Dieser Antrag hatte den gleichen Inhalt wie der von den vier Parteien in Niedersachsen gestellte Antrag. In diesem Antrag stand:

> Der Schleswig-Holsteinische Landtag fordert die Landesregierung auf, dem Vertragsentwurf der Luxemburgischen Präsidentschaft über die Politische Union der Europäischen Gemeinschaft vom 18. Juni 1991 ... nur dann zuzustimmen, wenn folgende Kernpunkte verbindlich geregelt sind:

– Und dann folgen die einzelnen Forderungen, die ich jetzt zitieren möchte:

> „Die Befugnisse der Europäischen Gemeinschaft zur Rechtssetzung sind neu zu ordnen. Sie sind klar und eindeutig gegen die Befugnisse der Mitgliedsstaaten der Länder und Regionen abzugrenzen. Zu diesem Zweck sind unter strikter Anwendung des Subsidiaritätsgrundsatzes die Sachgebiete enumerativ festzulegen, für welche die Europäische Gemeinschaft Rechtsnormen erlassen darf. Wird der Europäischen Gemeinschaft danach eine Rechtssetzung übertragen, so ist diese grundsätzlich auf den Erlaß von Richtlinien für die Gesetzgebung der Mitgliedsstaaten zu beschränken."

Dies alles konnte ich natürlich unterschreiben. Aber dieser Antrag wurde am 31.10. von SPD und CDU im Hohen Hause zurückgenommen, nicht jedoch von mir.

Am 21.11. brachten SPD und CDU dann gemeinsam einen neuen Antrag ein, in dem es dann auf einmal folgendermaßen heißt – ich zitiere –:

> „Der Schleswig-Holsteinische Landtag unterstreicht die Notwendigkeit der Entwicklung der Europäischen Gemeinschaft zur Politischen Union und arbeitet daran konstruktiv mit."

Damit hieß es nicht mehr, daß die Landesregierung aufgefordert wird, nur unter bestimmten Voraussetzungen zuzustimmen, sondern es wird in dem neuen Antrag nur noch gesagt:

> „Deshalb wird die Landesregierung aufgefordert, darauf hinzuwirken, daß die folgenden Voraussetzungen erfüllt werden."

Sie können verstehen, daß ich dieser Neuformulierung mein Ja nicht geben konnte.

Ich bin der Meinung, daß es sehr wichtig ist, daß wir uns auch hier im Landtag darüber klar werden, was wir wollen und wie viele Kompetenzen wir an höhere Instanzen abgeben wollen. Wir können nicht von Mitspracherecht in diesem Lande reden und gleichzeitig mehr und mehr Kompetenzen an eine Zentralmacht abgeben, ohne die Zusicherung, daß die Bevölkerung entsprechende **Mitbestimmungsrechte** und Mitentscheidungsrechte erhält. Ich sage dies alles, weil wir in dieser Legislaturperiode auch schon erlebt haben, daß wir von hier einen Antrag an die Landesregierung gerichtet haben, im Bundesrat darauf hinzuwirken, die Rechte der Minderheiten im Grundgesetz zu verankern. Die Regierung hat das getan. Im Bundesrat ist eine Mehrheit für diese Politik gefunden worden. Wir haben damit also etwas Positives erreicht.

Ich erwähne alle diese Dinge, weil ich damit die Frage stellen möchte, wie das Parlament über die Landesregierung in Bonn einwirken kann und einwirken sollte, auch bei den Problemen der europäischen Zusammenarbeit und bei der Änderung des Grundgesetzes etwas zu bewegen.

Es wird durch die Geschehnisse in Europa immer deutlicher, daß die Frage der nationalen Minderheiten in Europa künftig eine immer größere Rolle spielt. Mit Sicherheitskonferenzen über **Minderheitenfragen** in Kopenhagen, in Helsinki, in Genf und in Moskau sind diese Probleme der Minderheiten erörtert worden. Deutsche Delegationen haben dabei über die Minderheitenverhältnisse im deutsch-dänischen Raum berichtet. Das ist gut so.

Viele deutsche Politiker neigen dazu, von einem deutsch-dänischen Modellfall zu sprechen und möchten dieses Modell gern weitergeben. Für mich ist es

(Karl Otto Meyer)

wesentlich, festzuhalten, daß wir nicht Modelle weitergeben können, sondern daß wir für bestimmte Prinzipien im Verhältnis zwischen Mehrheit und Minderheit argumentieren müssen. Unser sogenanntes Grenzlandmodell ist nicht ohne weiteres auf andere Länder übertragbar, wenn wie denn überhaupt von einem Modell sprechen wollen.

Die meisten vergessen ja immer wieder, daß man in Dänemark und in Deutschland die Frage der Minderheiten ganz unterschiedlich geregelt hat. In Dänemark gibt es keine Sonderrechte für die Minderheiten, hier südlich der Grenze gibt es Sonderrechte. Warum ist das so? Die Verhältnisse sind unterschiedlich: In Dänemark hat man ein Privatschulgesetz, ein Freikirchengesetz, ein Kindergartengesetz, ein Freizeitgesetz, fast alles Gesetze, die wir noch nicht haben. Deshalb kann sich dort eine Minderheit ohne Sonderrechte entwickeln. Hier in Deutschland müssen wir die Sonderrechte haben.

Insofern gibt es also einen Modellfall in diesem Sinne nicht. Wir haben aber ein gemeinsames Prinzip, und das Prinzip in unserem Grenzland ist, daß wir solche Verhältnisse schaffen wollen oder sogar müssen, daß jede Person in ihrer eigenen Heimat in Übereinstimmung mit ihrer eigenen Sprache, Kultur und mit ihren eigenen politischen Standpunkten leben kann. So einfach ist das!

Wenn man nun solche Prinzipien übernehmen will, könnte man sicherlich viel leichter die Minderheitenprobleme in der gesamten Welt lösen. Und wenn dann außerhalb unserer Region vom **deutsch-dänischen Grenzlandmodell** gesprochen wird, kann eben durch die Hervorhebung des Modellcharakters leicht die Forderung entstehen – das habe ich in Moskau erlebt –, daß die Minderheiten zum Beispiel in der Sowjetunion genau den gleichen Status haben sollen wie die dänische Minderheit in Schleswig-Holstein oder die deutsche Minderheit in Dänemark. Das führt dann leicht dazu, daß man die eine Minderheit mit der anderen vergleicht, und dieser Vergleich ist grundsätzlich falsch. Die Situation einer Minderheit sollte immer mit den Verhältnissen innerhalb der eigenen Mehrheitsbevölkerung verglichen werden. Wir wollen die Gleichberechtigung der Minderheit vor Ort mit der Mehrheit vor Ort. Das heißt, die dänische Minderheit mit der Mehrheit hier und die deutsche Minderheit in Dänemark mit der Mehrheit in Dänemark und die Minderheiten zum Beispiel in der Sowjetunion mit der Mehrheitsbevölkerung in der Sowjetunion. Und dann müssen wir erkennen, daß beispielsweise die Minderheiten in der Sowjetunion oder in Osteuropa erst ähnliche Verhältnisse wie im deutsch-dänischen Grenzraum erreichen können, wenn die wirtschaftlichen, die sozialen und die kulturellen Verhältnisse in der Sowjetunion oder in Osteuropa ähnlich sind wie in Deutschland und Dänemark.

Aus diesem Grunde ist es wichtig, daß wir richtig argumentieren. Wenn die Mehrheitsbevölkerung in Osteuropa spürt, daß die Minderheiten nicht eine Sonderstellung haben sollen – sie zum Bespiel nicht so gestellt sein sollen wie die dänische Minderheit in Deutschland und umgekehrt die deutsche Minderheit in Dänemark –, sondern daß sie mit der Mehrheitsbevölkerung nur gleichgestellt werden sollen, und wenn die Minderheit weiß, daß sie mit für eine Verbesserung der Verhältnisse in der Gesamtgesellschaft sorgt, dann kommt es auch zur Zusammenarbeit von Mehrheit und Minderheit. Mit Blick auf Polen spüren wir ja, daß dort die Mehrheitsbevölkerung glaubt, die deutsche Minderheit solle bessergestellt werden als die Mehrheitsbevölkerung. Deswegen ist es so wichtig, daß wir richtig argumentieren und nicht so viel über Modelle reden, sondern daß wir über Prinzipien, Standpunkte, Grundhaltungen sprechen.

Als ich in der deutschen Delegation in Genf über unsere Schwierigkeiten und Probleme sprechen wollte, zum Beispiel in unseren Gemeinden, bekam ich vom Delegationsleiter zu hören: „Herr Meyer, reden Sie nicht darüber. Wir haben gerade erzählt, daß wir im deutsch-dänischen Grenzraum die beste Lösung gefunden haben. Dann wollen wir ihre kleinen Probleme hier nicht hören."

Aber gerade dies ist die falsche Einstellung. Unser Modell ist ja noch nicht vollkommen, und das sollten wir auch offen darlegen können. Wir können allerdings mit wirklicher Überzeugung unsere Prinzipien und Absichten darstellen, das weitergeben, woran wir noch arbeiten wollen, und das, was wir erreicht haben.

Unsere Aufgabe sollte es daher sein, Überzeugungsarbeit zu leisten, damit diese Prinzipien in den betroffenen Staaten nach dem dort existierenden Grundgesetz und nach der allgemeinen Gesetzgebung realisiert werden können.

Zurück zu den Verhältnissen in unserem Lande! Wir sind in der Minderheitenpolitik auch in diesem Jahr ein Stück weitergekommen. Dies gilt sowohl für die friesische Bevölkerungsgruppe als auch für die nationale dänische Minderheit. Auch in diesem Haushalt sind durch Verhandlungen und durch Kompromisse – das muß gleich gesagt werden – zwei Verbesserungen eingeführt worden, über die ich später sprechen kann. Aber vergessen dürfen wir nicht: Ungelöst ist weiterhin die Frage einer generellen Lösung der **Baukostenzuschüsse für unsere dänischen Schulen** im Landesteil Schleswig – eine generelle Lösung sowohl im Verhältnis zum Land als auch für die Gemeinden. Ungelöst ist die ganze Frage, wie die Gemeinden sich zu den Inhalten des Artikels 5 in der neuen Verfassung verhalten sollten. Es gibt noch viele Gemeinden, die überhaupt nicht reagiert haben, die sich weiterhin weigern, Zuschüsse für dänische Kindergärten, Schülertransporte, Bibliotheken, Kulturarbeit und so weiter zu zahlen.

(Holger Astrup [SPD]: Leider richtig!)

Vor wenigen Tagen sagte eine Gemeinde nein zu den Anträgen der dänischen Minderheit mit der Begründung: Der Text in der Landesverfassung über die Minderheit sei so vage, daß die Gemeinde sich dadurch nicht verpflichtet fühle, überhaupt etwas für den dänischen Kindergarten zu leisten.

(Karl Otto Meyer)

In einer anderen Gemeinde, in der man tatsächlich die Gleichberechtigung in diesem Jahr voll und ganz erreichte – mit der Mehrheit von SPD und SSW –, begründete allerdings die CDU-Fraktion ihre Ablehnung damit, daß es im Grunde genommen ja egal sei, ob man überhaupt Zuschüsse für den dänischen Kindergarten zahle, denn der dänische Staat würde ja letztlich doch die notwendigen Mittel bereitstellen.

(Zuruf von der SPD)

Oder nehmen wir ein anderes Beispiel: Eine Gemeinde, die keine eigene öffentliche Schule hat und aus diesem Grunde ihre Schulkinder zur Nachbargemeinde oder in die nächstliegende Stadt fahren muß, zahlt dafür durchschnittlich 1300 DM pro Jahr und Schüler an Fahrtkosten. Aber für die 40 Kinder der Gemeinde, die eine dänische Schule besuchen – auch außerhalb der Gemeinde –, zahlt diese Gemeinde keinen Pfennig. Dies ist doch – mit deutlichen Worten gesagt – eine klare Diskriminierung!

(Beifall des Abgeordneten Holger Astrup [SPD])

Diese wenigen Beispiele zeigen, daß wir uns in der nächsten Legislaturperiode mit der Frage beschäftigen müssen, wie der **Artikel 5** der Landesverfassung in den Gemeinden verwirklicht wird. Die reelle und von uns allen gewollte Gleichberechtigung

der Sprachen und Kulturen im Landesteil Schleswig ist in der Realität immer noch eine ungelöste Frage.

Der aktive **Gebrauch der dänischen Sprache** – jetzt komme ich zu einem anderen Problem – ist außerhalb der dänischen Minderheit im Landesteil Schleswig insgesamt gesehen rückläufig. Viele Dänen beiderseits der Grenze verstehen heute die deutsche Sprache. Dies bedeutet, daß es bei Begegnungen im Grenzland zwischen Deutschen und Dänen auf allen Ebenen kaum noch zu einer Simultanübersetzung kommen muß. Die deutsche Sprache dominiert dabei allerdings, da die Bereitschaft deutscherseits, die dänische Sprache zu lernen, nicht besonders verbreitet ist.

Die Frage, wie der derzeitige einseitige Sprachgebrauch in positiver Weise hin zu einer eher dualen Sprachwahl im Grenzland beeinflußt werden kann, ist aus verschiedenen Gründen ein wichtiges Anliegen für den SSW. Wir sind der Meinung, daß die sprachliche Gleichberechtigung im Landesteil Schleswig eine Grundvoraussetzung für ein friedliches Leben nebeneinander und miteinander von verschiedenen Bevölkerungsgruppen unterschiedlicher Nationalität sein muß.

Der Verwaltung kommt dabei eine Vorreitenrolle zu. In der EG und im Europarat wird immer davon gesprochen, daß die nationalen Minderheiten ihre Sprache vor Gericht und vor den Behörden anwenden sollten. Wann kommen wir in dieser Region dahin, daß wir dies realisieren können?

Als vor kurzer Zeit ein Bundestagsabgeordneter die Frage der zweisprachigen Ortsbezeichnungen und Straßennamen erwähnte, stieß er sofort auf große Schwierigkeiten – sowohl nördlich als auch südlich der Grenze. Hier brauchen wir ganz sicher eine Neuorientierung der Verwaltung als ein erstes wichtiges Signal für die Sprachförderung nicht nur in Schleswig-Holstein.

Man muß sich fragen, ob wir nicht darauf hinsteuern sollten, daß Bewerber des öffentlichen Dienstes mit nachweisbaren Sprachkenntnissen des Nachbarlandes bei gleicher Qualifikation bevorzugt eingestellt werden – zumindest im Grenzraum. Diese Frage ist berechtigt, und wir sollten uns damit nach der Wahl ernsthaft beschäftigen. Das gilt sowohl für die dänische als auch für die friesische Sprache.

Wir sollten auch einmal untersuchen, ob hier in der Verwaltung – also in der Verwaltung der Regierung und des Landtages – bei dem Personal so geplant worden ist, daß es zumindest einige Leute gibt, die der Sprache des Nachbarlandes mächtig sind, daß es zumindest in jedem Ministerium einen oder zwei Mitarbeiter gibt. Das liegt nicht nur im Interesse der Minderheit, sondern das ist auch wichtig für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Schleswig-Holstein und Dänemark und Skandinavien, wenn wir sie ernst nehmen wollen.

Innerhalb unserer Reihen wurde überlegt, ob ich nicht jetzt schon mit einem Entschließungsantrag kommen sollte. Aber ich bin der Meinung, dies sollten wir erst in der nächsten Wahlperiode diskutieren. Dazu benötigen wir Zeit.

Allein diese wenigen Beispiele zeigen, daß die Rolle und die Zukunft Schleswig-Holsteins auch sehr davon abhängen, wie hier die Probleme der Minderheiten gelöst werden, wie sich die europäische Zusammenarbeit gestalten wird, und natürlich werden die Rolle und die Zukunft auch von der Frage abhängen, ob wir die sozialen Spannungen innerhalb der deutschen Gesellschaft überwinden können.

Wir sollten die politischen Konsequenzen aus diesen Fragen, Aufgaben und Problemen sehr ernst nehmen. Das Land Schleswig-Holstein ist in mehrfacher Hinsicht ein Grenzland. Daraus erwachsen für dieses Land besondere Aufgaben, die nur hier gestellt werden. Ich wollte daher diesen Fragen im Rahmen dieser Haushaltsdebatte größeren Raum geben, weil wir uns – hier bin ich ganz sicher – ganz ohne Zweifel sehr bald weitaus intensiver damit beschäftigen müssen. Aber Sie können sicher sein, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, daß ich nachher im Rahmen der Beiträge zu den Einzelplänen die täglichen Probleme, mit denen wir uns beschäftigen, anpacken werde.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Alfred Schulz:

Ich erteile dem Herrn Ministerpräsidenten Engholm das Wort.

Björn Engholm, Ministerpräsident:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Herr Oppositionsführer hat in der ersten Lesung des Haushalts am 13. September gesagt: „Eine Neubestimmung

(Ministerpräsident Björn Engholm)

der Prioritäten der staatlichen Aufgaben in einer Zeit der radikalen Veränderungen ist unverzichtbar." Er kündigte entsprechende Vorschläge für die zweite Lesung an.

(Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta übernimmt den Vorsitz)

Ich gehöre diesem Hause demnächst seit fast zehn Jahren an. Ich habe viele Reden in diesem Hause miterlebt, scharfe Reden, sachliche Reden,

(Klaus Kribben [CDU]: Das haben wir auch schon einmal gehört!)

aber eine Rede zu einem politisch wichtigen Zeitpunkt, zum Ende einer Legislaturperiode, die so leer war an jedweder Alternative auf jedwedem Feld, habe ich noch nicht gehört.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Daß Sie sich mit uns kritisch auseinandersetzen, das ist völlig in Ordnung. Aber jemand, der in dem Ziel antritt, mehr Stimmen als beim letzten Mal erreichen zu wollen, und der nicht eine einzige greifbare, kalkulierbare, bewegende Alternative nennt, der sogar noch zu dem Mittel der Desavouierung dann greift, wenn Menschen in dieses Land gereist kommen, um über die Zukunft miteinander zu diskutieren – 700 waren es bei der letzten Denkfabrik –, der wird es, wenn die Bürgerinnen und Bürger in diesem Lande denken können, schwer haben, mehr Prozente an Stimmen zusammenzukriegen.

(Beifall bei der SPD)

Die Opposition hat 200 Änderungsanträge vorgelegt. Das ist ein schönes Bündel. Wenn man das einmal quer liest und sich ansieht, was im einzelnen darin steht, dann fällt einem der deutsche Erzähler Wilhelm Raabe ein: „Unsere tägliche Selbsttäuschung gib uns heute!"

(Heiterkeit bei der SPD)

Selbsttäuschung, weil die von Ihnen vorgeschlagene Verringerung der Nettokreditaufnahme – Frau Simonis hat Ihnen das schon dutzendmal nachgewiesen – die großen Risiken der Zukunft völlig ausspart und ignoriert. Und eine Selbsttäuschung, weil Sie statt der angekündigten „Neubestimmung der Prioritäten" im Grunde genommen wieder der Versuchung erlegen sind, mit der Gießkanne den Menschen im Lande Wohltaten anzubieten, die nicht finanzierbar sind.

(Beifall bei der SPD)

Das hat so ein bißchen etwas mit dem kritischen Leitspruch des vormaligen britischen Außenministers Sir Anthony Eden zu tun, der gesagt hat, man erwarte vom Staat Sparsamkeit im allgemeinen, aber Freigiebigkeit im besonderen.

(Heiterkeit bei der SPD)

Dem entspricht die Politik der Opposition hier im Hause.

Meine Damen und Herren, ich will anknüpfend an die Äußerungen des Fraktionsvorsitzenden Gert Börnsen noch einmal deutlich machen, wo wir heute finanzpolitisch stehen und wie Sie uns das Land hinterlassen haben.

Die CDU hat in den Jahren von 1980 bis 1988 die Verschuldung des Landes von 9,1 Milliarden DM auf fast 18,2 Milliarden DM erhöht – eine runde und glatte Verdoppelung!

(Günter Neugebauer [SPD]: Ungeheuerlich!)

In dieser Zeit ist die Pro-Kopf-Verschuldung von 3500 DM auf über 7100 DM gestiegen.

Von 1980 bis 1988 hat die durchschnittliche Nettoneuverschuldung des Landes per anno 1,204 Milliarden DM betragen. In den Jahren 1989 bis 1991 – angesichts von Umwälzungen in Europa, die Sie selbst erwähnt haben –, ist die durchschnittliche **Nettoneuverschuldung** per anno auf 1,056 Milliarden DM zurückgegangen. Das heißt, Sie haben uns mit Ihrer Verschuldungspolitik der Vergangenheit die Brocken hingelegt, die wir heute mühevoll zurücklegen. Ich denke, wir sind dabei – wie die Zahlen zeigen – einen guten Schritt vorangekommen.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben den Gebrauch von Sprache erwähnt. Das finde ich in Ordnung. Ich denke, daß Sprache in der Tat immer ein Indiz für Einstellungen ist und Sprache deshalb in der Kritik nicht ausgeschaltet werden darf, auch in der kritischen Beurteilung nicht. Sicherlich gibt es den einen oder anderen Satz, den ich in der Vergangenheit gesagt habe und den ich so nicht wieder sagen würde – das mag auch für Gert Börnsen gelten, denke ich. Aber ich bitte Sie zugleich auch, nicht nur Sätze anzuprangern, die mal etwas stärker mit Begriffen zugreifen, sondern auch Sätze zu gewichten, die in diesen Tagen in Ihren Reihen wieder üblich sind: „die SPD Schleswig-Holsteins als eine Gefahr für den Fortschritt", „die SPD Schleswig-Holsteins als eine Gefahr für die Wohlfahrt des Landes", die SPD als eine Partei der „Inkompetenz und der ideologischen Verblendung" oder „der Ministerpräsident mit dem blauen Dunst, hinter dem sich pures Machtinteresse, pure Machtsicherung und Hochmut der Macht verbergen". Da ich weiß, wie in diesem Lande mit Macht umgegangen worden ist – ich erinnere mich daran vermutlich noch etwas besser als Sie –, kann ich Ihnen sagen: Diese Sätze sind so dumm, wie sie böse sind, und wer so redet, sollte sich nicht über die Sprache von anderer aufregen.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der SPD)

Es sind übrigens Zitate Ihres Landesvorsitzenden, und ich freue mich, daß Sie sie sich heute in der Debatte nicht zu eigen gemacht haben, ebensowenig wie diesen ausgesprochen schwachsinnig-absurden Vergleich, daß „den 118 Betriebsneuansiedlungen in

(Ministerpräsident Björn Engholm)

Schleswig-Holstein in zweieinhalb Jahren – allein seit 1990 – 440 000 Neugründungen von Gewerbebetrieben in den fünf neuen Bundesländern" gegenüberstehen.

(Heiterkeit bei der SPD)

So einen Schwachsinn habe ich wirklich noch nie gehört. Das muß man sich einmal sorgfältig durch den Kopf gehen lassen. Ich will einfach Ihre alte Regierung und Sie, die Sie die Regierungsmehrheit bildeten, in Schutz nehmen: So heruntergewirtschaftet haben Sie das Land Schleswig-Holstein natürlich nicht, daß es zu einer so großen Zahl von Neugründungen hätte kommen müssen!

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Tatsache ist dennoch: Die Ansiedlungserfolge dieses Landes sind auch im bundesweiten Vergleich sehr gut. Wir haben – wenn ich auch noch ein wenig von dem einbeziehe, was von Ihnen auf einigen Feldern durchaus mit vorbereitet worden ist – von 1988 bis Dezember dieses Jahres 180 Neuansiedlungen in Schleswig-Holstein mit rund 6500 ansehnlichen neuen Dauerarbeitsplätzen für das Land zu verzeichnen. Allein im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe sind seit 1988 353 Erweiterungen von Betriebsstätten mit einem Investitionsvolumen von über 3 Milliarden DM gefördert worden.

Ich weiß, in der Vergangenheit war dies immer ein Verdienst der Regierung; heute ist es offenbar ein Verdienst des lieben Gottes, denn diese Regierung hat nach Ihrer Meinung ja nichts dazu beigetragen. Ich sage Ihnen: Dieses großartige wirtschaftliche Wachstum in Schleswig-Holstein ist ein Verdienst von Politikern und Unternehmern, von Gewerkschaftlern und allen, die diesem Lande verbunden sind und es nicht tagtäglich niederreden, wie Sie es gegenwärtig im Wahlkampf wieder tun.

(Beifall bei der SPD)

Ich will nicht zu viele Einzelpunkte wiederholen; Herr Börnsen hat sie in einer großen Aufteilung in Felder dargestellt. Aber mir liegt daran, noch einmal zu sagen: Wir haben heute die modernsten Wirtschaftsförderungsinstrumente, zusammengefaßt auch in einer der modernsten Organisationsformen, der Investitionsbank; das läßt sich bundesweit als Modell vorführen.

Wir sind auf dem Wege zu einer Technologietransfer-GmbH, zu einer neuen Technologiestiftung, und wir werden gezielter, als alle anderen es tun, kleine und mittelständische Unternehmen in die Diffusion von neuen Techniken einbeziehen.

Wir werden mit einer riesigen Anstrengung – das heißt Sparen an vielen anderen Stellen – eine **Technische Fakultät** in Schleswig-Holstein errichten. Wenn Sie damals die Gunst der Stunde genutzt hätten – das Land hätte heute im Besitz einer ganzen Technischen Universität sein können. Heute müssen wir uns mit etwas weniger begnügen, aber wenigstens das wollen wir haben.

(Beifall bei der SPD)

Es gibt überhaupt keinen Zweifel, daß wir alle an dem Institut mit dem Namen **ISiT** interessiert sind. Nur, die Bemerkungen, die Sie dazu gemacht haben, lassen mich doch noch einmal deutlicher hinterfragen: Heißt das, daß wir in Bonn bei dieser Bundesregierung nur dann Zustimmung finden und Geld erhalten, wenn wir ausschließlich den Argumenten folgen, die Sie für richtig halten? Gilt in dieser Bonner Regierung nur das als richtig, was Christdemokraten für richtig halten? Habe ich Sie so richtig verstanden, daß wir dann weiterkommen könnten, wenn wir sozusagen auf Ihren eigenen CDU-Pfaden marschieren würden? – Das wäre in der Tat schlimm. Ich denke, daß wir hier im Lande Schleswig-Holstein sagen können: Die Opposition ist noch nie so stark gewesen – zumindest in ihrer formalen Rolle – in der Geschichte des Landes wie jetzt; daß sie sie inhaltlich nicht richtig ausgefüllt hat, ist doch nicht das Problem der Mehrheit in diesem Hause.

(Beifall bei der SPD)

Herr Börnsen hat zu Recht darauf hingewiesen, daß wir die Bahnelektrifizierung unter Dach und Fach haben. Ich will jetzt nicht in alten Aktenstapeln rausgraben. Aber ich denke, entscheidend ist – das haben Sie doch selbst immer gesagt – der Erfolg, und Sie haben den Erfolg im Lande Schleswig-Holstein nicht bewirken können. Ich bitte Sie noch einmal sehr nachdrücklich und völlig unmißverständlich, uns zu sagen, ob Ihr Ja für eine Elbquerung das endgültige Aus bei den Christdemokraten dieses Landes für die vierte Elbtunnelröhre bedeutet.

(Beifall bei der SPD)

Und dann will ich von Ihnen auch eine Einschätzung der Konsequenzen haben. Die **vierte Elbtunnelröhre** ist durchgeplant, mit der können wir kurzfristig beginnen und damit dieses Nadelöhr entlasten. Sie alle wissen genau: Wer heute mit der Planung einer Elbquerung beginnt – und dies zugleich unter ökologisch hochsensiblen Umständen –, der muß damit rechnen, daß sich das in Dekaden, nicht in einzelnen Jahren rechnet. Wer heute nein zum Bau der vierten Elbtunnelröhre sagt, der hängt, ob er es will oder nicht, Schleswig-Holstein von den von Ihnen beschworenen großen Strömen ab. Und deshalb sagen Sie ja zum Elbtunnel!

(Beifall bei der SPD)

Ich bin mit vielen in diesem Hause sehr glücklich darüber, daß wir – ich glaube, man darf das sagen – inzwischen die fortschrittlichste Kommunalverfassung in der Bundesrepublik besitzen,

(Beifall bei der SPD)

daß wir ein Mitbestimmungsgesetz haben, von dem mir in den letzten Tagen noch einmal Personalräte und Gewerkschaftler gesagt haben, erstens sei es wirklich vorbildlich, und zweitens funktioniere es, weil die Dienststellenleitungen und die Personalräte das neue Stück Verantwortung als gemeinsame Herausforderung begriffen haben.

(Beifall bei der SPD)

(Ministerpräsident Björn Engholm)

Ich bin auch stolz darauf, daß wir ein wirklich beispielhaftes Bildungs-, Freistellungs- und Qualifizierungsgesetz haben,

(Beifall bei der SPD)

ohne die großen Schlachten der Vergangenheit, mit Zustimmung, ich will nicht sagen, ausdrücklicher Zustimmung, aber doch einem gut Teil Einsicht der Arbeitgeber, daß man gemeinschaftlich etwas Gutes daraus machen kann.

Und ich würde dann auch gern noch ein Wort zu dem sagen, was Sie hinsichtlich der politischen Kultur gesagt haben. Ich habe den Begriff ja weit weniger verwendet als die, die mich damit zitiert haben. Aber lassen Sie mich eines sagen. Ich kann Ihnen – wahrscheinlich im Gegensatz zu dem, was Sie hier für sich in Anspruch genommen haben – für weite Bereiche meiner Mitarbeiterschaft in der Staatskanzlei nicht sagen, wie die bei einer Wahl abstimmen. Und ich kann Ihnen – da Sie immer sagen, hier werde nach dem Parteibuch befördert – eines versichern: Da, wo ich meine Verantwortung trage, ist niemand bevorzugt oder benachteiligt worden, weil er im Glauben oder im Geruche stand, einer bestimmten Partei anzugehören oder nicht.

(Beifall bei der SPD)

Und ich will auch, was das Verhältnis von Regierung, Fraktion und Partei angeht, ein deutliches Wort sagen. Das mag bei uns nicht immer das Gelbe vom Ei sein, das wäre ja auch furchtbar; wir leben ja nicht im Paradies, wir wollen es ja erst noch schaffen. Aber diese Versippung der Vergangenheit, die es gegeben hat, dieses trennungslose wechselseitige Sicheinvernehmen von Regierung, Fraktion und Partei der alten CDU, das – das kann ich Ihnen sagen – hat es in den letzten dreidreiviertel Jahren in unserer Zeit nicht gegeben und wird es auch künftig nicht geben.

(Beifall bei der SPD)

Und wer als Beweis für ständige Streitigkeiten im Kabinett nichts weiter anzuführen weiß als den zugegeben nicht immer liebenswerten **Kormoran**, der beweist allein durch diese Äußerung, daß er die Themen des Landes von wirklicher Tragweite nicht kennt.

(Lebhafter Beifall bei der SPD – Fritz Latendorf [CDU]: So gehen Sie, Herr Ministerpräsident, mit den Existenzsorgen unserer Binnenfischerei um! Das ist entlarvend! – Lachen und lebhafte Zurufe von der SPD)

– Also wir wollen Fritz Latendorf Gerechtigkeit widerfahren lassen. Denn das Kabinett hat sich ja nachweisbar mit dieser Frage beschäftigt, und ich denke in der Tat, eher ein Quentchen zuviel als ein Quentchen zu wenig. Von daher: Den Fischern ist in der Behandlung im Kabinett schon Gerechtigkeit widerfahren.

(Beifall bei der SPD)

Ein Wort mögen Sie mir auch zu dem gestatten, was der Oppositionsführer zu der zweifelsfrei vorhandenen Doppelfunktion gesagt hat, die ich gegenwärtig ausübe. Es ist gewiß keine leichte Aufgabe, einer großen demokratischen Volkspartei vorzustehen und zugleich ohne Verlust an Aufgabenwahrnehmung das mir anvertraute Amt des Ministerpräsidenten ohne Einschränkung zu führen. Das kostet viele Stunden in der Woche. Ich denke, daß es mehr sind, als Sie sie gegenwärtig leisten müssen. Daß darüber gerechtet wird und daß man guckt, wieviel einer tut, finde ich auch in Ordnung. Daß Sie daraus den Vorwurf des „Stunden-Ministerpräsidenten" machen,

(Zuruf von der SPD: Unerhört!)

auch mit dem Begriff, der sich dahinter verbirgt – das reicht ja bis „Stundenhotel" –, ist nicht gerechtfertigt. Ich denke ja, daß man über so etwas bei Ihnen auch sehr wohl nachdenkt. Zumindest die Agentur von Manstein hat ja schon angedacht, in welche Richtung man sowas fahren muß.

(Beifall bei der SPD)

Dazu will ich Ihnen nur sagen: Wir wollen die Rechnung nicht ohne alle Wirte machen. Der Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland ist Vorsitzender einer großen Partei und wird in diesen beiden Funktionen nicht weniger Aufgaben miteinander verbinden müssen als ich.

(Beifall bei der SPD)

Der Außenminister dieser Republik ist lange Parteivorsitzender gewesen und hat es fertiggebracht, auf fernen Reisen zwischen Australien und Neuseeland die FDP zu führen. So vermessen möchte ich nicht sein. Also denke ich: Bleiben Sie auch bei diesem Punkt auf dem Teppich.

Und eine letzte Bemerkung, was die Liberalität in diesem Lande angeht. Ich bin Karl Otto Meyer dankbar, daß er deutliche Worte zu dem Anspruch gesagt hat, den Minderheiten diesseits und jenseits der Grenze besitzen und die wir zu erfüllen haben. Ich glaube, daß er zu Recht darauf hingewiesen hat, daß wir nicht Minderheit mit Minderheit bemessen sollten, sondern das Leben der Minderheit, ihre Chancen und ihre Zukunft immer nur an der sie beheimatigenden Mehrheit bemessen können. Ich glaube, das darf uns nicht aus dem Auge verlorengehen. Das ist der einzig richtige Parameter, zu fragen: Wie gut oder wie schlecht geht es Minderheiten?

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, Gert Börnsen hat auch darauf hingewiesen, daß wir in einem Felde, in dem uns ja früher die Leute wenig zugetraut haben, im Bereich der Landwirtschaftspolitik, nicht wirklich müßig waren. Ich weiß nicht, war es das Beispiel der Fleischbeschaugebühren?

(Zustimmung)

– Das, gebe ich zu, ist ein Punkt, wo Hans Wiesen sich einmal zum Fenster hinausgelehnt hat. Das ist eine Schwachstelle, an der müssen wir weiterarbeiten.

(Heiterkeit)

(Ministerpräsident Björn Engholm)

Aber wenn Sie dem entgegenhalten, daß der **Agrarhaushalt** sich im kommenden Jahr um auf 620,7 Millionen DM beläuft, daß die einzelbetriebliche Förderung regelmäßig angewachsen ist, daß wir die benachteiligten Gebiete erweitert haben, daß die Förderung der Betriebsleiter und -leiterinnen und die Betriebshilfsdienste gewachsen sind, daß wir heute ein landesweites Netz von Maschinenringen haben, die Dorferneuerung sich verdoppelt hat, der ökologische Landbau stark zugenommen hat und Markenprogramme heute für Fleisch, Kartoffeln und Getreide vorhanden sind – um es dabei bewenden zu lassen –, dann kann man sagen: Diese Regierung hat mit ihren bescheidenen Landeskräften alles getan, um der schwer bedrängten Landwirtschaft des Landes zu helfen.

(Beifall bei der SPD)

Ich bin ja in diesem Falle durchaus bereit, auch mit der Opposition gemeinsam in Bonn dafür Sorge zu tragen, daß der Bundesagrarminister sich endlich einmal im Kabinett damit durchsetzt, zu sagen: Das Hauptziel von Förderung in der Agrarpolitik muß doch der gutgeschnittene schleswig-holsteinische Familienbetrieb sein; kein Nebenerwerbler und auch keine Agrarfabriken können zum Gegenstand von Agrarpolitik gemacht werden.

(Beifall bei der SPD – Thomas Lorenzen [CDU]: Das erzähl auch mal Lafontaine! – Weitere Zurufe von der CDU)

– Wir sind ja in manchen Fragen nicht auseinander. Das ist ja ein guter Zustand. Ich wollte das deshalb noch einmal erwähnt haben, weil kürzlich auf dem Forum der Unternehmerverbände hier in Kiel Herr Möllemann mit, wie ich finde, nicht den Interessen, der Leistung und der Qualität der Landwirtschaft adäquaten Worten die Landwirte als pure Subventionsmitnehmer niedergemacht hat. Das sind sie nicht.

Wer gut arbeitet, soll gut verdienen, und dazu wollen wir alle beitragen – auch in der Landwirtschaft.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, auch der Kollege Kribben hat nicht leugnen können, daß es der Wirtschaft des Landes gutgeht.

(Peter Wellmann [SPD]: Das ist untertrieben!)

Wir haben 1990 die stärksten Wachstumsraten in der Wirtschaft seit 1965 erlebt.

(Peter Aniol [CDU]: Trotz dieser Regierung!)

Wir wissen, daß selbst in sehr strukturschwachen Gebieten – ich nenne die Westküste – zum erstenmal wirklich signifikant Bewegung stattgefunden hat. Wir haben im ersten Halbjahr des Jahres 1991 einen Zuwachs des **Bruttosozialprodukts** von 5,3 % und liegen damit wiederum in der Spitzengruppe. Zugleich haben wir 811 000 beschäftigte Menschen in Schleswig-Holstein, das sind 10 % mehr als im April 1988. Wir haben die niedrigste Arbeitslosenquote seit zehn Jahren. Der Abbau der Jugendarbeitslosigkeit ist erfreulich vorangeschritten. Die Frauenarbeitslosigkeit, ein Dauerbrenner, zeigt große Bewegung in die richtige Richtung. Niemand kann leugnen, daß auch das Programm „Arbeit für Schleswig-Holstein" mit 26 000 realisierten Angeboten ein gutes Stück zu dieser Verbesserung beigetragen hat.

(Beifall bei der SPD – Günter Neugebauer [SPD]: 27 000!)

Lassen Sie mich ein Wort zu dem sagen, was viele in diesem Lande nicht begriffen haben, darunter auch der Landesvorsitzende der CDU. Wir haben trotz der Schwierigkeiten der Finanzen in der Tat nie darauf verzichtet, über den Tellerrand hinauszugucken und uns zu fragen, was in der Zukunft noch möglich gemacht werden muß. Wir haben uns immer daran gehalten, was in einer großen Beilage der Tageszeitung „Die Welt" in der geschrieben stand: „Deutsche Topmanager sind sich einig: es geht nicht ohne Visionen. – Visionen, das ist ein Fremdwort für die Opposition in diesem Hause. Lassen Sie mich – vielleicht als Nachhilfe – die Ausführungen des Lübecker Unternehmers Dr. Christian Dräger in der Ausgabe der "Welt„ zitieren:

> „Visionen zu haben, heißt, sich etwas vorzustellen, was im Moment der Vorstellung weit außerhalb der Möglichkeiten zu sein scheint. Aus diesem Grunde wird es auch von anderen nicht verfolgt. Aber man muß so fest daran glauben, daß man zielstrebig daran zu arbeiten für sinnvoll hält."

Das haben wir vor vielen Jahren unter großem Gelächter begonnen. Als Wirtschaftsminister der damaligen Zeit noch auf dem Wege nach Indonesien waren, um Wirtschaftsneuansiedlungen für den schleswig-holsteinischen Mittelstand zu akquirieren, haben wir gesagt: Laßt uns doch einmal nach Norden blicken. Zu der Zeit konnten manche bei ihren großen Flügen in die weite Welt den Begriff Norden oder **Mare Balticum** noch nicht einmal buchstabieren. Heute ist aus der Vision einer Großregion im Norden und dem nicht immer nur Schielen nach den stärkeren Entwicklungen des Südens zu einem guten Stück bereits Realität geworden.

(Beifall bei der SPD)

Ich darf den Arbeitgeberpräsidenten Klaus Murmann, der in diesen Fragen ganz bestimmt unverdächtig ist, zitieren. Er sieht heute eine besondere Chance für Schleswig-Holstein aus der neuen Freiheit in der Ostsee und bescheinigt dem Norden, einer der interessantesten Standorte für unternehmerische Tätigkeiten zu sein. Zwischen dem, was Herr Murmann in dieser erfreulich klaren Form, und dem, was der Landesvorsitzende der CDU auf dem Parteitag am 11. November sagte, der nämlich erklärt hat, die Idee, die Ostsee zum Mittelmeer des Nordens zu machen, sei absolut albern, liegen nicht nur politische, dazwischen liegen intellektuelle Welten.

(Beifall bei der SPD)

(Ministerpräsident Björn Engholm)

Der Chefkorrespondent des schleswig-holsteinischen Zeitungsverlages, Erich Maletzke, hat in der letzten Woche eine Lanze für Phantasien und für Visionen gebrochen. Er hat geschrieben – und das kann man denjenigen von der CDU, die ich eben zitiert habe, ganz gut ins Buch schreiben –:

> „Wer so argumentiert, dem kann kaum noch geholfen werden, der ist für die Phantasie verloren. Vielleicht liegt es daran, daß unsere Politiker schon als Kinder zu viele Parteiprogramme und zuwenig Märchen gelesen haben."

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Das auch von Herrn Kribben umrissene neue Europa, in das auch eine kleine Region wie Schleswig-Holstein gestellt ist, wird nach meiner Auffassung und nach den Worten des Präsidenten der Kommission, Jaques Delors, ein Europa der Regionen werden. In den Regionen wird entschieden, ob sich Menschen zu Hause fühlen und dieses Europa mögen. Es darf kein zentralisiertes, kein gouvernementales Europa geben.

(Beifall bei der SPD)

Daran sind die Vereinbarungen von Maastricht zu messen. In **Maastricht** ist man mit großen Schwierigkeiten und nicht auf allen Feldern zweifelsfrei einen irreversiblen Schritt in Richtung Europa vorangegangen. Daß aber auch künftig Kommissionäre, Ministerräte, Regierungschefs mehrfach mehr zu sagen haben als das Europäische Parlament, widerspricht unserer grundsätzlichen Auffassung. Das muß im Ratifizierungsverfahren geändert werden.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, die Zukunft Schleswig-Holsteins wird auch davon abhängen, ob wir im föderativen System der Bundesrepublik eine faire Chance erhalten – und das heißt mit anderen Worten: –, ob der Bund den Ländern eine versöhnliche, eine verständisvolle Hand reicht, wenn es um das sanfte Abschmelzen, aber nicht um das abrupte Abschneiden der zugesagten Strukturhilfemittel geht. Das wird sich zeigen, wenn der Bund bereit ist, den Ländern, die wegen ihrer schon vorhandenen Strukturschwächen besonders stark vom Truppenabbau betroffen sind, kompensatorische Möglichkeiten an die Hand zu geben. Das wird sich zeigen, wenn der Bund in der zweiten Runde nach den jetzt unterbrochenen – nicht abgebrochenen, sondern vertagten – Verhandlungen des Vermittlungsausschusses ein wirklich kalkulierbares, langfristig haltbares Angebot macht, das Ländern, Städten und Gemeinden eine eigenständige, kalkulierbare finanzielle Einnahme garantiert und uns nicht zwingt, ständig eben nicht nur nach Karlsruhe, sondern für jede Kleinigkeit zum Bund als Bittsteller laufen zu müssen, die wir nicht sein wollen; wir wollen eine eigene Finanzausstattung.

(Beifall bei der SPD)

Das wird eine wesentliche Voraussetzung sein. Ich glaube, daß eine Erhöhung des Anteils der Länder an der Mehrwertsteuer der richtige Weg ist, die strukturelle Schieflage, die sich seit vielen Jahren zwischen Bund und Ländern entwickelt hat, zu beseitigen. Ich glaube, daß auch eine Beteiligung an der Mineralölsteuer, die ja immer – in guten wie in schlechten Zeiten – laufen wird, ein richtiger Weg sein könnte. Wir werden solche Positionen in die Fortführung der Verhandlungen des Vermittlungsausschusses einbringen.

Eine weitere Voraussetzung: Wir werden in Schleswig-Holstein gezwungen sein, unsere inneren Kräfte noch mehr als bisher zu mobilisieren. Die Umlenkung großer Finanzströme in den Osten, aber auch der nicht zu unterschätzende Marsch vieler neuer Unternehmensansiedlungen nach Ostdeutschland, wo heute bis zu 50 % an Subventionen gezahlt wird, wird uns die Zukunft nicht leichter machen. Also werden wir mit den sogenannten endogenen Kräften, mit dem, was wir im Lande haben, noch sorgfältiger umgehen und diese Kräfte pflegen müssen. Die Menschen des Landes und der Bestand der Wirtschaft sind das Wichtigste, was wir haben.

Unter dem Strich haben wir – ich kann hier nahtlos das übernehmen, was Gert Börnsen ausgeführt hat – das Land ökonomisch – auch mit der Hilfe des Landes, der Regierung und des Parlamentes – gestärkt. Wir haben ökologisch richtige Akzente gesetzt, und niemand kann sagen, daß die Liberalität in diesem Lande kein festes Zuhause hätte.

Jetzt wollen wir uns in den kommenden Jahren an einen großen weiteren Punkt machen. Wenn man nämlich modernisiert, müssen auch die Organisationsformen des Staates modernisiert werden. Wir wollen uns in den kommenden Jahren dem Versuch unterwerfen, den Staat so modern zu machen, wie andere Bereiche bereits modernisiert worden sind. Um es deutlich zu sagen und um künftigen Mißverständnissen vorzubeugen, sage ich, daß es dabei nicht um die Frage von mehr oder weniger Staat, die prinzipielle Frage von: „Deregulieren ja oder nein" geht. Vielmehr geht es um die Frage, wie ein Staat in unseren Tagen des schnellen Wandels hochmodern und flexibel organisiert sein muß, damit er der beste Dienstleister für die Gesellschaft ist.

Das, denke ich, geht mit den alten großen Zentralorganisationsformen nicht mehr.

Wir werden den Staat in seiner Organisation zunehmend dezentralisieren und flexibilisieren müssen, damit die Dienstleistungsfunktion, die hier stattzufinden hat, optimal für die Gesellschaft wahrgenommen werden kann. Es wird den Menschen, die in diesen Bereichen arbeiten, mit ihrer hohen Motivation am Ende auch sehr viel mehr Spaß machen, in solchen modernen Formen zu arbeiten.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben erste Ansätze dazu gemacht. Das reicht bei weitem nicht. Ich bin mir bewußt, daß der Versuch der **Organisationsreform im staatlichen Bereich** viele Vorbilder in der Geschichte kennt. Die meisten Versuche sind fehlgeschlagen. Wir sollten uns dennoch –

(Ministerpräsident Björn Engholm)

vielleicht sogar parteiübergreifend – an einige große Fragen dieser Art machen.

Meine Damen und Herren, Gustav Heinemann, der vormalige Bundespräsident, hat gesagt: Wer nicht verändern will, der wird auch das verlieren, was er bewahren möchte. – Ich meine, daß wir die ökologische, die ökonomische Modernisierung des Landes voranbringen müssen, daß wir das Land als **Standort in Europa** in der Konkurrenz von immer mehr Regionen stärker machen müssen, weil darin unsere Zukunft begründet liegt.

Aber wir wollen zugleich die Risiken der Modernisierung sehen. Ich meine damit nicht nur die technologischen Risiken, die mit Modernisierung verbunden sind, sondern ich meine auch die anderen, die sozialen Risiken. Gegen die „kühle Gesellschaft", die die Psychologin und Journalistin Claudia Szczesney-Friedmann analysiert hat, gegen die fortschreitende **Aushöhlung von Beziehungsformen von Menschen** untereinander, gegen die wachsende Distanz, immer noch wachsende Distanz zwischen Mann und Frau – das geht hin bis zu diesen entsetzlichen Biertischgeschichten, die immer noch das Verhältnis belasten, jenen furchtbaren Witzen, die jeden Tag auf der Straße zu hören sind –, gegen die zunehmende Tendenz von Menschen zur Einsamkeit im Alter und zur Isolierung müssen wir, auch wenn die finanziellen Möglichkeiten geringer werden, weiterhin das Leitbild einer solidarischen Gesellschaft setzen, und wir wollen das tun.

(Beifall bei der SPD)

Das heißt: Wer wirtschaftlich modernisieren will, der muß auch Licht in die Schattenseiten der Modernisierung hineintragen. Dies ist, wie ich glaube, die größte historische Verpflichtung gerade meiner Partei, der Sozialdemokratie. Daran habe ich in meiner **Regierungserklärung** im Juni 1988 angeknüpft. Ich habe damals gesagt:

> „Wir wollen eine Gesellschaft schaffen, in der nicht mehr bewußt benachteiligt wird, ausgegrenzt und gedemütigt, in der Gemeinsinn und Sozialität über Eigennutz stehen, in der Gerechtigkeit zu üben Alltag von Politik und Verwaltung dieses Landes wird."

Wir haben uns bisher, mehr als dreieinhalb Jahre lang, redlich bemüht, diesen Leitsätzen zu folgen. Wir mögen nicht immer erfolgreich gewesen sein, aber wir haben unser Bestes gegeben. Wir werden in diesem Geist in der nächsten Legislaturperiode, wenn die Wählerinnen und Wähler es wollen, weiterregieren.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat der Herr Oppositionsführer Kribben.

(Anhaltender Beifall bei der SPD – Peter Aniol [CDU]: Beifall für den Oppositionsführer!)

Klaus Kribben [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Einige wenige Sätze der Erwiderung auf die Beiträge des Ministerpräsidenten und des Kollegen Gert Börnsen.

(Zuruf: Beifall!)

Jede Regierung muß sich an den Ankündigungen und Ansprüchen messen lassen, mit denen sie angetreten ist.

(Beifall bei der CDU)

Dies gilt auch für einen Ministerpräsidenten. Herr Ministerpräsident, Sie haben in Ihrer **Regierungserklärung 1988** gesagt – ich zitiere aus dem Gedächtnis –: Wenn es der Wirtschaft gutgeht, haben dies die Unternehmen gemacht.

(Ministerpräsident Björn Engholm: Das habe ich heute zweimal gesagt!)

– Wenn Sie es heute gesagt hätten, wäre ich nicht darauf eingegangen. Heute haben Sie das sehr viel differenzierter dargestellt.

(Zurufe von der SPD: Zuhören!)

Damals haben Sie also gesagt: Wenn es der **Wirtschaft** gutgeht, haben es die Unternehmen gemacht. – Heute wurde gesagt: Wenn es der Wirtschaft gutgeht, haben dies die Unternehmen gemacht, haben dies die Gewerkschaften gemacht und hat dies auch die Landesregierung gemacht.

(Beifall bei der SPD)

Dazu sage ich: Sie können natürlich Ihre Position verändern – das ist Ihr gutes Recht –,

(Dr. Joachim Lohmann [SPD]: Besser aufhören; lohnt nicht!)

aber auch hier zeigt sich, wie Anspruch und Wirklichkeit bei Ihnen in dieser wichtigen Frage auseinanderklaffen. Bleiben wir mal beim Thema!

(Beifall bei der CDU)

Wir freuen uns alle gemeinsam darüber, daß wir in Schleswig-Holstein zur Zeit eine gute **Konjunktur** erleben,

(Peter Wellmann [SPD]: Endlich mal wieder eine Gemeinsamkeit!)

– noch! – obwohl es durchaus Anzeichen dafür gibt, daß sich diese Konjunktur abschwächt.

Es ist auch richtig, wenn hier gesagt wird: Wir haben im ersten Halbjahr ein wirklich erfreuliches **Wirtschaftswachstum** in Schleswig-Holstein verzeichnet.

(Peter Wellmann [SPD]: Das ist nicht zu leugnen!)

Aber, meine Damen und Herren, worauf ist denn dieses Wirtschaftswachstum primär zurückzuführen?

(Unruhe)

(Klaus Kribben)

Worauf ist es denn zurückzuführen? Es ist darauf zurückzuführen, daß große Teile unseres Landes, insbesondere die Kreise im Süden einschließlich der kreisfreien Stadt Lübeck, von der **Wiedervereinigung Deutschlands** profitiert haben!

(Beifall bei der CDU)

Jeder Fachmann wird Ihnen sagen, daß dies das ausschlaggebende Moment für diesen erfreulichen Zustand ist.

(Peter Zahn [SPD]: Das kann doch wohl nicht wahr sein! – Unruhe)

Es ist auch richtig, wenn Sie sagen: Die **Arbeitslosenquote** im Oktober ist günstig, ist mit die günstigste seit dem Jahre 1981 oder 1980. Übrigens hatten wir in Schleswig-Holstein auch vorher günstigere Arbeitslosenzahlen. – Aber, meine Damen und Herren, nüchtern müssen wir hier gemeinsam auch sehen: Die Zahl des Oktober und die Durchschnittszahl des Jahres 1990 liegen, was die Arbeitslosigkeit angeht, in Schleswig-Holstein nach wie vor über dem Bundesdurchschnitt. Es ist eine gemeinsame Aufgabe für uns, denke ich, daß wir auch hierbei den Bundesdurchschnitt erreichen. Nichts anderes hat übrigens auch der Spitzenkandidat unserer Partei mehrfach öffentlich geäußert.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Joachim Lohmann [SPD])

Sie weisen mit Stolz auf das Wirtschaftswachstum hin. Warum unterschlagen Sie dabei aber, daß wir in den Jahren 1988 und 1989 – in den Jahren, in denen Sie hier ebenfalls Verantwortung trugen – ein Wirtschaftswachstum hatten, das deutlich unter dem Bundesdurchschnitt lag, und daß wir in Schleswig-Holstein im Jahre 1989 sogar die Schlußlaterne hatten? Ich kann natürlich verstehen, daß jede Regierung versucht, nur die guten Zahlen herauszugreifen; aber zur Ehrlichkeit und zur Redlichkeit gehört es, auch diese anderen Zahlen zu nennen, und deshalb trage ich sie hier nach.

(Beifall bei der CDU – Horst Hager [SPD]: Was Sie machen, ist doch unredlich!)

Ihre Bemerkung zu **ISiT** und zur **Elektrifizierung der Bundesbahnhauptstrecken** habe ich nicht verstanden, muß ich ganz offen sagen.

(Meinhard Füllner [CDU]: Konnte man auch nicht verstehen!)

Ich habe nur gesagt – ich wiederhole es auch gern –: Ohne unsere Unterstützung – wir hielten diese Maßnahme gemeinsam für richtig – wäre dieser Erfolg wahrscheinlich nicht erzielt worden. Daraus können Sie nicht den Umkehrschluß ziehen – wie Sie es offensichtlich tun wollten –: Es werden nur dann Maßnahmen in Bonn von der Bundesregierung akzeptiert, wenn sie auch von der dortigen Mehrheit vertreten werden! Nein, wir sind hier gemeinsam in Bonn aufgetreten und haben gemeinsam etwas erreicht. Dazu sollten wir auch gemeinsam stehen.

(Beifall bei der CDU)

Ich finde es ausgesprochen angenehm, daß Sie mich noch einmal nach dem Zusammenhang zwischen zusätzlicher **Elbquerung** elbabwärts von Hamburg und dem Bau einer **zusätzlichen Tunnelröhre** fragen. Unsere Position in dieser Frage ist nun wirklich seit vielen Monaten bekannt. Ich habe sie gerade erst vor einigen Tagen hier noch einmal sehr deutlich formuliert. Aber wenn das noch nicht ausgereicht haben sollte, will ich es gern wiederholen: Wir haben auf unserem Parteitag in Bad Oldesloe beschlossen, daß wir sowohl den Bau der vierten Tunnelröhre als auch den Bau einer zusätzlichen Elbquerung elbabwärts von Hamburg für notwendig halten. Das ist unsere Position. So ist sie auch schriftlich festgehalten.

Ich möchte ein Zweites hinzufügen – das ist übrigens ebenfalls in Bad Oldesloe beschlossen und hier auch schon mehrfach so formuliert worden –: Wenn das Geld für den Bau der vierten Elbtunnelröhre zur Verfügung steht, ohne daß dadurch der Bau der zusätzlichen Elbquerung elbabwärts von Hamburg zu Beginn des nächsten Jahrtausends beeinflußt wird, dann sind wir natürlich dafür, weil die vierte Elbtunnelröhre planfestgestellt ist, mit dem Bau zu beginnen. Aber – dazu müssen Sie jetzt einmal Position beziehen – was will die SPD dieses Landes denn eigentlich, wenn sich herausstellen sollte, daß man in den nächsten 15 bis 18 Jahren nur eine der beiden Maßnahmen wirklich finanzieren kann? – Dazu haben wir eine klare Position. Ihre Position kann ich nicht erkennen. Wir sagen ganz eindeutig: Im Interesse Schleswig-Holsteins liegt dann der Bau der zusätzlichen Elbquerung elbabwärts von Hamburg.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD)

Anspruch und Wirklichkeit – auch dazu möchte ich gern einen weiteren Satz anbringen, weil das jetzt offenbar zu Ihren Wahlkampfreden gehört. Der Ministerpräsident wie auch der Vorsitzende der Regierungsfraktion haben ja das Thema **Wohnraumversorgung** eingeführt. Ich finde das äußerst interessant, wirklich interessant.

(Zurufe von der SPD)

Ich finde das deshalb interessant, weil ich Ihnen hier jetzt mit einer Antwort erwidern kann, die Sie uns auf eine **Große Anfrage** gegeben haben und in der etwas zur Wohnraumversorgung in Schleswig-Holstein im Jahre 1987 – ein halbes Jahr vor dem Zeitpunkt Ihrer Regierungsübernahme – gesagt wird.

Die Frage lautete:

„Wie ist die Wohnraumversorgung in Schleswig-Holstein im Vergleich zu anderen Bundesländern zu sehen?"

(Klaus Kribben)

Antwort der Landesregierung:

> „Die endgültigen Ergebnisse der Volks- und Wohnungszählung vom 25. Mai 1987 liegen noch nicht vor. Die vorläufigen Ergebnisse zur Wohnungsversorgung Schleswig-Holsteins im Vergleich zu den anderen Bundesländern sind den Tabellen ... zu entnehmen."

Nun kommt der Satz:

> „Danach liegt Schleswig-Holstein hinsichtlich der Belegungsdichte und der Zahl der Wohnungen je 1000 Einwohner an der Spitze aller Flächenländer."

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, wer war denn für diese Situation verantwortlich?

(Dr. Peter Bendixen [CDU]: Die SPD natürlich!)

Doch mit Sicherheit nicht Sie!

Nun wissen wir alle, daß sich die Situation seitdem verändert hat. Herr Kollege Börnsen, ich würde an Ihrer Stelle auch einmal Ihre Kollegen aus der eigenen Fraktion fragen, die sich hier in **Kiel** genauso gut auskennen wie Sie, wie denn die Situation etwa in einem großen Viertel dieser Stadt hier, dessen Namen ich aber nicht nennen will, in den Jahren 1987/88 war. Standen denn damals dort nicht Wohnungen frei? Sind diese Wohnungen nicht sogar umgewandelt worden für andere Zwecke, für Bürozwecke? Das war doch die Situation, die wir in fast allen Bundesländern angetroffen hatten.

Natürlich hat sich seit 1988 die Situation dramatisch verändert. Aber uns jetzt daraus einen Vorwurf zu machen, das geht nun wirklich stark an der Sache vorbei, um es ganz zurückhaltend zu formulieren.

(Beifall bei der CDU)

Herr Kollege Börnsen, Sie haben mit Vehemenz noch einmal in Richtung Bundesregierung Vorwürfe erhoben, wie schlecht Schleswig-Holstein finanziell doch von ihr bedacht werde. Ich will Ihnen offen sagen: In vielen Punkten sind wir ja gar nicht weit auseinander.

(Peter Wellmann [SPD]: Sehr gut!)

Aber wie sollen wir es eigentlich verstehen, wie sollen wir es den Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes draußen klarmachen, daß in dieser Situation

(Peter Wellmann [SPD]: Jetzt kommt die Straßenbaukiste!)

– ja, die kommt jetzt! – diese Landesregierung nicht in der Lage ist, die Mittel, die in diesem Jahr für den **Bundesfernstraßenbau** zur Verfügung gestellt werden, auch wirklich auszuschöpfen? Mehr als 10 Millionen DM – das ergibt die Antwort des Verkehrsministers auf eine Kleine Anfrage von mir – werden voraussichtlich in diesem Jahr nicht abgerufen werden können.

(Zuruf von der CDU: Hört, hört!)

Die Tatsache, daß man in der Vergangenheit – das wird auch in diesem Jahr wieder der Fall sein – im übrigen sogar noch einen Nachschlag hätte bekommen können, zeigt, daß dies wirklich eine große Fehlleistung ist, zu der Sie sich auch bekennen sollten.

(Beifall bei der CDU – Abgeordneter Dr. Joachim Lohmann [SPD] meldet sich zu einer Zwischenfrage)

– Herr Kollege Lohmann, ich habe jetzt nur sieben Minuten;

(Peter Aniol [CDU]: Ja, das verwässert sonst nur!)

ich will meiner Fraktion die Zeit nicht wegnehmen.

Herr Kollege Börnsen, Sie haben dann das Stichwort **Stelleneinsparungen** genannt und haben mich unter Hinweis auf meine Rede in der ersten Lesung aufgefordert, der **Finanzministerin** doch ausdrücklich ein Lob auszusprechen. Ich muß offen sagen – ich habe mir das eben noch einmal geben lassen –, daß ich dieses Lob einfach noch nicht aussprechen kann.

Es gibt ein Schreiben der Finanzministerin vom 26. November 1991 an den Finanzausschuß. Darin heißt es: „Stelleneinsparung in den Jahren 1992 bis 1994", und weiter heißt es darin unter anderem:

> „Eine exakte Zuordnung der auf die Ressorts jeweils entfallenden Einsparkontingente ist zur Zeit noch nicht möglich."

(Zuruf von der CDU: Hört, hört!)

Das ist die Aussage.

Dann geht es auf Seite 2 weiter – wir wollen ja vollständig berichten –:

> „Nach den Überlegungen"

– nach den Überlegungen! –

> „der Landesregierung sollen die Ressorts insbesondere durch folgende Maßnahmen Personaleinsparungen erzielen."

Dann wird für die einzelnen Häuser aufgeführt, was sie zu erbringen haben. Wie das im einzelnen geschehen soll, haben Sie aber bis zum heutigen Tage noch nicht gesagt. Und das war unsere Kritik.

(Beifall bei der CDU – Dr. Joachim Lohmann [SPD]: Steht schon im Haushaltsgesetz!)

Lassen Sie mich zum Schluß noch eine kurze Bemerkung zu den Ausführungen des Kollegen Börnsen machen. Herr Kollege Börnsen, ich sage das ganz ruhig und bringe es jetzt ganz wörtlich – ich habe das mitgeschrieben –: Wenn Sie uns vorwerfen, daß der geistig-moralische Haushalt bei uns nicht stimme, dann würde ich bezüglich „geistig" sagen:

(Peter Aniol [CDU]: Eine schlimme Entgleisung!)

Das ist schon eine schlimme Entgleisung. – Wenn aber gesagt wird, daß der moralische Haushalt nicht stimme,

(Klaus Kribben)

dann ist das wirklich eine schlimme Verunglimpfung einer ganzen Fraktion und einer Partei. Ich nenne Sie deshalb von dieser Stelle aus einen Brunnenvergifter.

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

Wie verunsichert müssen Sie eigentlich über Ihre Wahlaussichten am 5. April sein,

(Lachen bei der SPD)

daß Sie meinen, so tief in die Kiste der Verunglimpfungen greifen zu müssen!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Meine Damen und Herren, wir kommen jetzt – –

(Zuruf von der CDU: Zur Mittagspause! – Ministerpräsident Björn Engholm meldet sich zu Wort)

– Das Wort hat der Herr Ministerpräsident.

Björn Engholm, Ministerpräsident:

Meine Damen und Herren, ich möchte noch einige Sätze zur Sache sagen.

Wir haben einmal versucht – ich bitte darum, daß unsere Partei Ihnen das zuschickt –, sorgfältig alle Positionen aus der **Regierungserklärung** aufzulisten, und wir haben jeweils danebengeschrieben, was wir davon gemacht haben und was nicht. Die Deckungsquote liegt bei rund 85 %. Das ist für eine Regierung, die nach 40 Jahren zum erstenmal eine Chance bekommen hat, keine schlechte Quote. – Ich lasse Ihnen das einmal zuschicken.

Übrig bleiben ein paar Punkte, die in der Tat interessant sind.

Herr Kribben hat gefordert, daß wir die versprochene Stillegung der drei **Kernkraftwerke** in Schleswig-Holstein vollziehen.

(Beifall bei der SPD)

Mich hat das überrascht, daß Sie das als Beispiel genannt haben. Ich sehe daran, daß Ihnen das auf der Seele und vermutlich auch am Herzen liegt. Vielleicht können wir in der kommenden Legislaturperiode gemeinsam größere Schritte zu diesem Ziel hin unternehmen.

(Beifall bei der SPD)

Ich meine, es bringt uns hinsichtlich der Kraft der wechselseitigen Argumentation und im Ansehen in der Öffentlichkeit nicht weiter. Ich habe bis zum heutigen Tage permanent gesagt: **Wirtschaftliche Leistungen** werden in erster Linie von denen erbracht, die Investoren sind, die die Kraft haben, die notwendigen Innovationen zu leisten. – Aber in der Vergangenheit gab es ja nur Landesleistungen.

(Peter Wellmann [SPD]: Jubelleistungen!)

In der Vergangenheit gab es nur Jubelleistungen und Jubelfeierlichkeiten. Da fand die Wirtschaft nicht statt, sondern das war immer die Regierung. Nach der Umkehr dieser Verhältnisse muß es heute möglich sein zu sagen: Ein geringes Mitmaß an Leistung wollen wir uns nicht nehmen lassen.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte Ihnen dazu einfach einmal ein paar praktische Beispiele nennen. Es ist ja häufig eine Frage des Klimas im Lande. Kommen Leute miteinander aus? Verständigen sich die Menschen rechtzeitig?

Ich nehme das folgende Beispiel – Karl Otto Meyer kennt das –: Wir haben bei der **Flensburger Schiffbaugesellschaft** vor Riesenschwierigkeiten gestanden. Dann kam ein wirklich großer Reeder aus meiner Heimatstadt. Das sind Zufälle. Dann muß man noch dazu sagen: Der traut auch der Politik dieser Landesregierung, daß die Zusagen in kurzer Zeit erfüllt werden. – Ich möchte einmal die Beispiele aus der Vergangenheit sehen, bei denen eine große Investition im Lande, die wirklich dringend war, in sechs Wochen unter Dach und Fach war. Das haben wir heute mit dem **Investitionsbeauftragten** möglich gemacht.

Das sind so Kleinigkeiten, über die ja kaum jemand redet. Ich denke, da ist sozusagen der Konsens von Wirtschaft, Gewerkschaften und Politik weitaus besser denn je zuvor in den 38 Jahren christdemokratischer Regierung. Das bringt eben etwas.

(Beifall bei der SPD)

Das **Wachstum des Jahres 1988** sollten Sie besser nicht zum Hauptmaßstab machen.

(Klaus Kribben [CDU]: Das habe ich nicht allein genannt, sondern auch 1989!)

– Sie haben 1988 erwähnt. Ich habe das ganz deutlich gehört. 1988 war das Jahr, von dem wir alle wissen, daß das Land sehr verunsichert war

(Ute Erdsiek-Rave [SPD]: Schlimmes Klima!)

von einigen Ereignissen, die wir hier nicht jedesmal wieder erwähnen wollen. Das war nicht das Jahr, von dem man sagen könnte, daß damals die Lust zum Investieren und Nach-vorn-Marschieren am größten gewesen sei. Danach ist es dann allerdings sehr schnell bergauf gegangen. Da haben wir unser kleines gerüttelt Maß an Mitleistung erbracht.

(Beifall bei der SPD – Klaus Kribben [CDU]: Das ist völlig falsch, was Sie da sagen!)

Es wäre eigentlich leichter – das ist mein Rat aus alten Oppositionszeiten –, wenn Sie Gebiete, auf denen die Regierenden einigermaßen gut sind, entweder gar nicht erwähnten oder hingingen und sagten: Ich sage das neidlos, da habt ihr ein paar ganz gute Sachen gemacht. Dann steht man in der Öffentlichkeit gut da, man gibt sich selbst keine Blößen, und man kann sich

(Ministerpräsident Björn Engholm)

auf diejenigen Felder kaprizieren, auf denen die Regierung wirklich nicht so gut ist. Die mag es ja geben.

(Peter Wellmann [SPD]: Das haben die gar nicht gemerkt! – Dr. Joachim Lohmann [SPD]: Die Reden wären kürzer!)

– Das ist für mich ein wohlfeiler Hinweis.

Lassen Sie mich abschließend folgendes sagen. Was immer wir uns politisch auch mit manchmal heftigeren Begriffen vorwerfen – mir scheint der Begriff „Brunnenvergiftung" nicht angebracht.

Ich habe es bewußt auf meinem Platz liegenlassen – ich hätte Ihnen und auch der Öffentlichkeit ein paar mehr Zitate aus der Studie der von Ihnen angeheuerten Agentur vorstellen können.

(Ursula Kähler [SPD]: Lieber nicht!)

Da kann ich nur sagen: Die Nutzung der Begriffe „geistig sittlich" und „moralisch" von Gert Börnsen ist sozusagen große deutsche Sprache und große Moralität.

(Beifall bei der SPD)

Ich sage vor dem Hintergrund dessen, was man jetzt wieder liest, ganz ernsthaft folgendes. Wir sollten ein bißchen darauf achten, daß unsere Wahlkampfkommentatoren ihre Augen offenhalten. Fangen Sie an dieser Stelle bitte nicht mit dem Begriff „Brunnenvergiftung" an. Es gäbe dann andere Begriffe, die ich Ihnen vorhalten müßte. Ich will es an dieser Stelle aufgrund der an sich ja sehr ordentlich verlaufenden Debatte nicht tun. „Brunnenvergiftung" ist ein Begriff, von dem ich sagen muß: Er steht nicht für das, was der Kollege Börnsen gesagt hat.

(Anhaltender Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Meine Damen und Herren, die Fraktionen haben verabredet, zunächst eine Debattenrunde zur Landeshaushaltsordnung zu machen.

(Zurufe: Nach der Mittagspause!)

– Können wir vor der Mittagspause beginnen?

(Zurufe: Nein! – Ursula Kähler [SPD]: Das müssen Sie mir überlassen!)

– Frau Abgeordnete Kähler, Sie haben das Wort.

Ursula Kähler [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Füllner, Sie müssen schon mir überlassen, wie lange ich dazu rede. Da handele ich mir vielleicht allenfalls Ärger mit meiner Fraktion ein.

Hätten Sie drei Wünsche frei – ich hoffe, Sie werden am 24. Dezember drei haben –, Herr Kribben, dann kann ich Ihnen nur raten, auf jeden Fall einen zu äußern, nämlich: Hätte ich doch mehr Durchblick durch den Haushalt insgesamt.

(Lachen des Abgeordneten Klaus Kribben [CDU])

Die SPD-Fraktion hat einen Gesetzentwurf vorgelegt, der der Hauptfunktion des Parlaments und dabei insbesondere der Rolle der Opposition, Kontrolle auszuüben, in Zukunft voll gerecht wird.

Die neue **Landeshaushaltsordnung** formuliert durchgängig sowohl das **Budgetrecht** als auch die **Haushaltskontrolle**, bisher wohl – denke ich – einmalig in der Bundesrepublik.

Wurden über Jahre lediglich Wirtschaftspläne der Universitäten und der Landeskrankenhäuser zur Überprüfung an das **Parlament** geleitet, garantiert die Landeshaushaltsordnung nun überall dort, wo das Land Zuwendungen in größerem Umfang gewährt, ebenfalls Kontrollmöglichkeiten.

Nun will ich nicht behaupten, daß durch diese Landeshaushaltsordnung ein Tornado, ein Jäger 90 oder – bei uns – Salzau verhindert worden wäre, allerdings würde es einer Landesregierung oder einer Regierung insgesamt durch diese neue Landeshaushaltsordnung wesentlich schwerer gemacht werden, solche überflüssigen Ausgaben zu tätigen.

(Beifall bei der SPD)

Ein weiterer wichtiger Punkt ist das **Kontrollrecht** beim Erwerb oder der Veräußerung von **Grundstükken**. Für die Zukunft ist der Finanzausschuß rechtzeitig vor Abschluß des Rechtsgeschäfts zu informieren. Einem Erwerb wird nur bei feststehendem Erwerbs- und Nutzungszweck die Zustimmung erteilt werden.

Auch wird es künftig keine Teilhaushaltsunterlage Bau mehr geben beziehungsweise keine wesentlichen Abweichungen bei der Ausführung von **Baumaßnahmen** von der Haushaltsunterlage Bau und der Baunutzung von dem Nutzungskonzept, ohne daß der Finanzausschuß unterrichtet ist.

Landesregierung, Landesrechnungshof und der Bund der Steuerzahler haben in ihren Stellungnahmen einige Änderungsvorschläge eingebracht, die meine Fraktion zum größten Teil übernommen hat, ohne daß die Zielvorstellungen Durchsichtigkeit und Kontrollrecht für das Parlament wieder eingeschränkt worden wären.

Lassen Sie mich auf zwei Punkte eingehen, die eine längere Diskussion während der Beratungen im Finanzausschuß zur Folge hatte.

Der erste Punkt betrifft das Kapitel Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit, Nutzen- und Kostenuntersuchungen. Der Landesrechnungshof begrüßt die gesetzliche Klarstellung, daß nicht nur Investitionskosten, sondern auch soziale und ökologische Folgekosten in die jeweilige **Wirtschaftlichkeits- und Sparsamkeitsanalyse** einzustellen sind. Er verweist jedoch darauf,

(Ursula Kähler)

daß die Vorschrift nur quantifizierbare und dem einzelnen Projekt zurechenbare **Folgekosten** erfaßt. Dies ist sicherlich nicht von der Hand zu weisen. Trotzdem darf dies nicht so verstanden werden, daß die weiteren Folgen außer acht gelassen werden, sondern man muß sich im Gegenteil darum bemühen – ich erinnere an den SPD-Antrag zur Weiterentwicklung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung –, diese quantitativ zu erfassen und zuzurechnen und dort, wo dies bisher nicht geht, neue Instrumente zu ihrer Erfassung aufzustellen beziehungsweise jeweils einen Hinweis auf solche bisher nicht erfaßten, aber doch vorhandenen Folgekosten zu geben.

Der zweite Punkt betrifft das Kapitel **Voranschläge**. In dem Änderungsentwurf der SPD-Fraktion war noch eine Überprüfung der Haushaltsvoranschläge des Landtages und des Landesrechnungshofs durch den Finanzausschuß vorgesehen.

Der Landesrechnungshof hat während der Beratung im Finanzausschuß den Vorschlag unterbreitet, keine zusätzliche Überprüfung der Voranschläge durch den Finanzausschuß, sondern sinnvoller im Vorwege ein **Abstimmungsverfahren** durchzuführen. Diesem Vorschlag ist die SPD-Fraktion gefolgt.

Eine weitere Anregung formulierte die Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Landesverbände. Diese bezieht sich auf den neuen § 44 a, **Widerruf von Zuwendungsbescheiden, Erstattung und Verzinsung**, der laut Entwurf in die LHO übernommen werden sollte. In Übereinstimmung mit den kommunalen Landesverbänden, der Landesregierung und dem Landesrechnungshof haben wir diese Regelung nicht im Haushaltsrecht belassen, sondern sie in das Verwaltungsverfahrensrecht übernommen. Gerade die Kommunen benötigen eine solche Vorschrift, da für sie diese Landeshaushaltsordnung nicht gilt.

Da die so geänderte Landeshaushaltsordnung am 1. Januar 1992 in Kraft treten soll, ist es erforderlich, auch den Entwurf des **Haushaltsgesetzes 1992** diesen Änderungen anzupassen. Dazu liegt Ihnen die Drucksache 12/1761 vor, auf die ich jetzt nicht im einzelnen eingehen möchte.

Meine Damen und Herren, der Bund der Steuerzahler schreibt in seiner Stellungnahme – die machen hin und wieder auch ganz positive Anmerkungen, Herr Börnsen – zur Landeshaushaltsordnung:

> „Dieser Gesetzentwurf enthält eine Reihe von bemerkenswerten Änderungen, die der Bund der Steuerzahler ausdrücklich begrüßt."

Die SPD-Fraktion hat mit dieser vorgelegten Änderung keinesfalls der Definition des Wortes „Kontrolle" von Ron Kritzfeld folgen wollen, welche lautet „Kontrolle, aus dem nordischen Wort Trolle, gleich Unholde, entwickelte Bezeichnung für das Zusammenwirken mehrerer Prüfer und Revisoren" oder seiner Definition des Wortes „Geld" als „Geld, zerbrechlichste aller Illusionen von Sicherheit", sondern ausschließlich den Haushaltsgrundsätzen der Vollständigkeit, Einheitlichkeit, Klarheit und Genauigkeit und dem Kontrollrecht des Parlaments.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Meine Damen und Herren, ich unterbreche die Sitzung für die Mittagspause. Um 15.00 Uhr wird die Sitzung wiedereröffnet.

Unterbrechung: 13.01 Uhr

Wiederbeginn: 15.01 Uhr

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Meine Damen und Herren, die Sitzung ist wiedereröffnet. Wir sind bei der Beratung der Landeshaushaltsordnung. Das Wort hat der Herr Abgeordnete Claussen.

Karl Eduard Claussen [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Um es kurz und bündig zu sagen: Wir lehnen dieses Gesetz ab,

(Ursula Kähler [SPD]: Neinsager!)

weil es von Anfang an nichts getaugt hat und auch durch die Ausschußberatung nicht besser geworden ist.

(Beifall bei der CDU)

Immerhin hat der **Gesetzentwurf der SPD-Landtagsfraktion** etwas vollbracht, was ich beachtenswert finde. Erstens hat er die Finanzministerin in der ersten Lesung sprachlos gemacht. Zweitens hat er diese Finanzministerin veranlaßt, schriftlich die Bedenken der Opposition, hier von mir vorgetragen, zu bestätigen. Drittens hat er bewirkt, daß sich die Finanzministerin im Ausschuß so erheblich erregt hat, daß sie zornentbrannt den Saal verließ.

(Beifall bei der CDU)

Das ist eine nicht schlechte Wirkung dieses Gesetzentwurfes. Das alles zeigt: Der Entwurf war schlecht, und er ist durch die Beratung nicht besser geworden.

(Zuruf der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

Das zeigt – wenn Sie sich freundlicherweise einmal die Ausschußempfehlung ansehen – auch die Tatsache, daß 50 oder 70 Änderungen eingebracht werden mußten, damit der Gesetzentwurf in sich einigermaßen stimmig wurde.

Lassen Sie mich unsere Kritik kurz zusammenfassen. Erstens! Mit dem Gesetzentwurf wird die **Grenze der Verfassungsmäßigkeit** erreicht, unter Umständen an

(Karl Eduard Claussen)

einigen Punkten sogar überschritten. An einem Punkt hat die SPD im Ausschuß nachgegeben und ihren Entwurf verbessert, so daß man die Bedenken in dem einen Punkt aufgeben konnte. Es gibt allerdings weitere Punkte, über die wir gar nicht diskutiert haben.

Zweitens! Die Grenze der **Zuständigkeiten zwischen Legislative und Exekutive** wird verwischt. Frau Kähler, es ist nicht so, daß die Kontrollrechte verstärkt werden. Hier werden vielmehr Zuständigkeiten miteinander vermengt, und das trägt nicht zur Klarheit bei, ganz im Gegenteil.

Drittens! Der Gesetzentwurf verursacht mehr **Bürokratie**.

Viertens! Es werden höhere **Kosten** verursacht.

Fünftens! Es gibt weniger Übereinstimmungen mit dem Bundesrecht; die **Rechtseinheitlichkeit** wird an manchen Punkten unnötigerweise aufgegeben.

Sechstens! In das Gesetz kommen **Verwaltungsvorschriften** hinein, die systematisch in Verwaltungsverordnungen, in Erlassen und so weiter viel, viel besser aufgehoben wären.

Im übrigen ist das Gesetz in einer unnötigen Eile und Hast durchgepaukt worden. Es gab überhaupt keine sachliche oder politische Notwendigkeit, das Gesetz zum 1. Januar 1992 in Kraft treten zu lassen.

(Zuruf des Abgeordneten Holger Astrup [SPD])

Daß eine von uns beantragte Anhörung abgelehnt wurde, ist heute bereits gewürdigt worden; ich will dazu nicht mehr Stellung nehmen.

(Zuruf des Abgeordneten Holger Astrup [SPD])

Das Gesetz weist also inhaltlich so erhebliche Mängel auf, daß wir ihm nicht zustimmen können.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat Frau Finanzministerin Simonis.

(Bertold Sprenger [CDU]: Jetzt nicht aufregen!)

Heide Simonis, Finanzministerin:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es handelt sich um einen **Gesetzentwurf** aus der Mitte des **Parlaments**, der die Kontrolle der Regierung durch das Parlament zum Inhalt hat. Deshalb wäre die Regierung eigentlich gut beraten, den Mund zu halten. Damit der Herr Abgeordnete Claussen aber nicht noch einmal behauptet, der Gesetzentwurf hätte mir die Sprache verschlagen, möchte ich Ihnen nur beweisen, daß er sie mir überhaupt nicht verschlagen hat.

Ich bin auch keineswegs wutentbrannt über den Entwurf der SPD hinrausgerannt, sondern ich bin deswegen wutentbrannt hinrausgerannt, weil es mir nicht gelungen war, meine eigenen Truppen so zu sortieren, daß ich vernünftig vortragen konnte, und es macht mich immer wütend, wenn eine Sache schiefgeht.

(Bertold Sprenger [CDU]: Die waren alle verwirrt!)

Das ist eine Frage meiner eigenen Schwäche gewesen. Das hätte ich an dem Tag besser organisieren können. Insoweit trägt die SPD keine Schuld daran, sondern der Anlaß liegt allein bei mir, die ich nicht gemerkt habe, daß die Truppen hinter mir zusammengebrochen waren.

Herr Abgeordneter Claussen, Sie wissen vielleicht sogar besser als ich, warum dieser Gesetzentwurf überhaupt vorgelegt worden ist. Sie haben sich doch im Sonderausschuß „Verfassungs- und Parlamentsreform" damit beschäftigt. Sie haben den Sonderausschuß eingesetzt. Sie alle sind gemeinschaftlich zu dem Ergebnis gekommen, daß die **Kontrollrechte des Parlaments** gegenüber der Regierung gestärkt werden müssen.

(Beifall bei der SPD)

Da finde ich es weise und klug, als Landesregierung dazu nicht viel zu sagen. Wie Sie das gestalten wollen, kann nämlich allein der Kontrolleur sagen, nicht der zu Kontrollierende. Der sagt natürlich immer möglichst wenig; das ist doch logisch. Also ist es besser, dazu nicht viel zu sagen.

Im übrigen: Wir haben in der Zwischenzeit Anfragen aus anderen Parlamenten, die sich mit dem Gesetzentwurf beschäftigen wollen, die sagen, auch bei ihnen sei manches verbesserungswürdig, insbesondere im Hinblick auf die Urteile des Bundesverfassungsgerichts, die ja eingearbeitet worden sind.

Ich habe lediglich auf zwei Dinge hingewiesen und dafür jedesmal bei Ihnen großes Verständnis gefunden: Ich persönlich habe gar nicht so viele Probleme damit; Sie bekommen von mir sowieso jeden **Bericht**, den Sie haben wollen, und es werden viele Anträge gestellt.

(Beifall bei der SPD)

Bei mir hätte es eigentlich eines solchen Gesetzentwurfes überhaupt nicht bedurft. Ich habe allerdings darum gebeten, daß wir uns von Fall zu Fall einigen, ob es jedesmal ganze Romane, ganze Schinken sein müssen oder ob nicht manchmal als leichter Hinweis eine Seite ausreicht. Da haben alle Beteiligten für uns Verständnis gezeigt, so daß wir mit einem Verfahren leben können, wo manchmal bereits eine Kopie als Information ausreicht, denn das macht nicht mehr Arbeit, es kostet auch nicht mehr Geld, und es dient der Erleuchtung von Abgeordneten, die der Regierung daraufhin auf die Finger klopfen können, wenn sie sie bei irgend etwas erwischen, was falsch war.

Ich darf der SPD-Landtagsfraktion dafür danken, daß sie uns jetzt klargemacht hat, wo wir kontrolliert werden. Ich darf der Opposition dafür danken, daß sie uns davor verschonen wollte. Alles in allem darf ich Ihnen

(Ministerin Heide Simonis)

für das Gesetz danken, mit dem wir gemeinsam – wie ich meine – hervorragend leben können.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Wir kommen jetzt zur Beratung der Einzelpläne.

(Widerspruch des Abgeordneten Karl Eduard Claussen [CDU])

– Wir haben vorher angekündigt, daß die Abstimmungen allesamt zum Schluß stattfinden.

(Bertold Sprenger [CDU]: Wir haben jetzt gerade eine Mehrheit! – Heiterkeit)

Ich rufe Einzelplan 01 auf. Gibt es Wortmeldungen zum Einzelplan 01? – Das ist offensichtlich nicht der Fall.

Dann rufe ich Einzelplan 02 – Landesrechnungshof – auf. Gibt es Wortmeldungen dazu? – Auch das ist nicht der Fall.

Ich rufe jetzt den Einzelplan 03 – Ministerpräsident, Chef der Staatskanzlei, Frauenministerin und Bürgerbeauftragter – auf.

(Heinz-Werner Arens [SPD]: Kapitel 0303!)

Ich erteile das Wort der Frau Abgeordneten Hunecke.

Gudrun Hunecke [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich schicke für die CDU-Fraktion voraus, daß es teilweise beziehungsweise sogar völlige Übereinstimmung in bestimmten Sachfragen und Bewertungen mit dem **Frauenministerium** gibt, zum Beispiel in den Bereichen Gewalt gegen Frauen, Kinder und Mädchen, Wiedereinstieg in den Beruf mit seinem Beratungs- und Bildungswesen sowie den dazugehörigen Modellmaßnahmen. Allerdings verschärfen sich drei große und folgenschwere Kritikpunkte, die am Haushalt 1992 des Frauenministeriums festgemacht werden müssen.

Erstens! Der Haushalt 1992 hat seine Systematik und seine Zielsetzung gegenüber den Vorjahren nicht verändert und bleibt deshalb in seiner **Bezuschussungspraxis** für die Öffentlichkeit – nur für die Öffentlichkeit – undurchsichtig und unübersichtlich. Dadurch ist die Gefahr von Jahr zu Jahr latent gestiegen, daß „Mißtrauensanträge", wie zum Beispiel die des Bundes der Steuerzahler vom 6. Dezember 1991, gestellt werden, die zu einer starken, kontinuierlichen Verunsicherung in der Bevölkerung, im Vereins-, im Verbandswesen sowie bei den Betroffenen selbst geführt haben.

Das ist zutiefst bedauerlich, weil damit natürlich genau das Gegenteil eintritt beziehungsweise schon eingetreten ist, was wir zumindest mit unseren kritischen internen Rückfragen in den Ausschüssen oder den Instrumenten der Kleinen Anfrage der Kollegen Sprenger, Claussen und auch von mir verhindern wollten. Diese starke, teilweise aber undifferenzierte Kritik des Bundes der Steuerzahler, der sich mittlerweile andere nennenswerte Verbände wie die Spitzenverbände zumindest mündlich anschließen, hätten Sie wohlweislich ausschließen müssen, und Sie müssen jetzt sofort alles daransetzen, um klar und unmißverständlich für jedermann einsichtig Angriffspunkte und Spekulationen aus dem Weg zu räumen. Sonst wird sich eine allgemeine und – was besonders schlimm ist – eine schleichende Negativbewertung von notwendiger Frauenpolitik breitmachen, und diese läßt sich dann am ehesten über Geldargumente darstellen und wird nicht, was richtig und normal wäre, an Sachinhalten oder Zielsetzungen ausgetragen.

Die Kritik des Bundes der Steuerzahler, der übrigens mit einer Fehlinterpretation aufwartet, was Zeitdauer und Notwendigkeit der institutionellen Frauenförderung angeht, schadet über diese Doppelschleife letztlich den Frauen im Lande, hat aber ihren Ausgangspunkt im Frauenministerium selber. Ich muß unseren Vorwurf erneut wiederholen, Frau Ministerin: Die Wahl der Mittel Ihres Hauses, Frauen- und Gleichstellungspolitik zu machen, birgt das große Risiko in sich, Konfrontationen aufzubauen, anstatt abzubauen, und richtet sich damit letztlich gegen die Frauen selbst.

(Beifall bei der CDU)

Ich habe hier bereits häufiger von diesem Negativ-Bumerang-Effekt für die Frauen selbst gesprochen, den Sie und andere beständig mit dem Hinweis auf angebliche Zögerlichkeit oder Ängstlichkeit abzutun versuchen. Herr Börnsen hatte ja heute morgen wieder genau die gleiche Stoßrichtung, und ich möchte Ihnen, Herr Börnsen, und auch Ihnen, Frau Ministerin, einfach einmal sagen: Sie verwechseln – aber natürlich machen Sie das absichtlich – Klugheit mit Ängstlichkeit. Denn es gehört doch einfach zu einer klugen, überlegten und zielorientierten **Frauenpolitik**, mehr übrigens als in anderen Politikbereichen, daß man Vorurteilen und inneren Blockaden geschickt begegnet und nicht unnötige weitere Wände aufbaut und Gegendruck erzeugt.

Wissen Sie, es kann einen schon außerordentlich ärgerlich machen, zu sehen, daß es Ihnen und Ihrem Hause, Frau Ministerin Böhrk, an der nötigen Sensibilität fehlt. Ich bin übrigens sehr gespannt, wie Sie reagieren – oder ob Sie überhaupt kooperieren – bei der Diskussion um das **Bundesgleichstellungsgesetz**, das Frau Merkel derzeit im Diskussionsentwurf vorgelegt hat. Ich bin also sehr gespannt, ob Sie an dieser Stelle überhaupt bereit sind, mitzudiskutieren, ob Sie klug sind, ob Sie sensibel sind, um dann möglicherweise ein Landesgesetz zu installieren, welches nicht konträr zum Bundesgesetz stehen wird. Denn das wäre ja nun das Ungeschickteste in Sachen Frauenpolitik im allgemeinen.

(Karl Eduard Claussen [CDU]: Das kann man wohl sagen!)

(Gudrun Hunecke)

Sie wissen ganz genau – das habe ich schon oft hier und auch an anderen Orten betont –, es gibt eine Menge übereinstimmender Sachpolitik bei Ihnen und uns. Wie sollte es auch anders sein, wenn man als Frau für Frauen Politik macht? Aber in Sachen Methoden und Wege sind wir ziemlich – um nicht zu sagen: meilenweit – auseinander. Also machen Sie jetzt endlich Ihre Haushaltspolitik unangreifbar, damit diese Vorwürfe der Steuergeldverschwendung aus der Welt kommen und – was eigentlich noch gefährlicher wäre – Ihnen und damit den vor Ort und im Lande arbeitenden Frauen nicht die Komplementärmittel entzogen werden.

Zweitens! Ein anderes, allerdings wahrscheinlich auch wieder von Ihnen bewußt herbeitaktiertes Problem wird in diesem Zusammenhang deutlich und soll deshalb von uns heute sehr frühzeitig angesprochen werden. Durch die hohe und immer stärker forcierte **Hauptamtlichkeit** im Bereich **Beratung und Hilfe** zur Selbsthilfe wird als konsequente Folge Ehren- und **Nebenamtlichkeit** abgewertet und beiseite gedrängt.

(Zuruf von der CDU: Leider!)

Ich bin nicht sicher, ob es Absicht Ihrer politischen Zielsetzung oder eben nur Folge ist, die Sie dann aber bewußt in Kauf nehmen. Sie fordern mit der Kopflastigkeit der Förderung der Hauptamtlichkeit ja geradezu heraus, daß erstens die Unzufriedenheit von ehrenamtlich arbeitenden Verbandsfrauen wächst, die sich in ihrer Arbeit im wahrsten Sinne des Wortes nicht mehr ernstgenommen fühlen, und daß zweitens als Konsequenz daraus dann Zurückhaltung oder sogar Zurückführung dieser Arbeit eintreten kann – mit einem Stück Resignation. Das kann nicht gutgehen. Denn wenn der eigentliche Sinn des Ehrenamtes in weiten Bereichen unserer Gesellschaft verlorengehen würde, ginge der Gesellschaft als ganzer, aber auch dem Individuum ein großes Stück Menschlichkeit verloren.

Im Landesfrauenrat und in den Frauenverbänden wird bereits ernsthaft darüber diskutiert, ob durch die bevorzugte Hauptamtlichkeit der autonomen Frauenarbeit und deren gute sächliche Ausstattung nicht eine untragbare und auch uneinsehbare Aufwertung der einen und eine Abwertung der anderen eingetreten ist mit Konsequenzen, die zwar zeitlich schwer einschätzbar sind, aber mit Sicherheit nicht positiv auf Fraueneinsatz, Frauenkraft und Frauenförderung wirken werden. Es muß dringend darauf geachtet werden, daß eine gute Balance in diesem sich immer stärker auftuenden Spannungsfeld im Lande gewährleistet wird. Ich habe dies hier schon einmal mit einem sorgenvoll erhobenen Zeigefinger deutlich gemacht.

Drittens! Die **Aufstockung der Personalkosten** für 1992 um zirka 50 % von 1,6 auf 2,4 Millionen DM sei Ihnen und der Frauenpolitik sehr gegönnt, wenn Sie sich damit bei der Finanzministerin und im Kabinett durchgesetzt haben. Gerechtfertigt erscheint uns diese Aufstockung aber eigentlich nur, wenn damit auch neue Aufgaben aus den Bereichen Familien-, Sozial- und Bildungspolitik übertragen würden. Dies ist nicht zu erkennen bis auf eine Zweckänderung/Erweiterung um den Begriff Bildung. Dann müssen Sie sich schon die kritische Frage gefallen lassen, weshalb bei einer völligen Überrollung der Maßnahmegruppen 01, 02 und 03, die damit ja keinerlei Mehrarbeit für Ihr Haus bedeuten, die Personalkosten steigen. Uns wäre es lieber gewesen, wenn diese Gelder im direkten Bereich, am Ort und vor Ort, eingesetzt würden, zum Beispiel im eben erwähnten ehrenamtlichen Bereich.

Völlig unverständlich bleibt im übrigen für uns die Ablehnung unseres Antrages zur Einrichtung eines **Notruftelefons auf Landesebene**; wir sprechen nicht von der Kreisebene. Die Notwendigkeit dafür haben wir hier vor kurzem dargelegt. Sie führt auch auf die Fachkompetenz und die Forderung von Frauen vor Ort im Lande zurück. Aber was soll man dazu sagen? Ihre Bereitschaft, genau und unvoreingenommen zuzuhören und zu handeln, ist gering, viel zu gering dafür, daß wir Frauen selber selbstbewußt betonen: Wir machen eine andere Art von Politik – viel interfraktioneller, viel interdisziplinärer und viel sachbezogener.

Am Ende einer Wahlperiode steht dann die Frage: Hat das Frauenministerium nun in den letzten vier Jahren die faktische Gleichstellung und das Gebot der Gleichberechtigung über Chancengleichheit für die schleswig-holsteinischen Frauen und Mädchen im öffentlichen Bewußtsein vorangebracht? Die Antwort: Es hat mit der Macht der Regierungsmehrheit über Gesetze dieses **Gleichberechtigungsgebot** sozusagen kompromißlos verordnet und staatlich gegen Männer angewiesen. Das hat uns viel Kopfschütteln, viel Ironie, aber auch eine immer stärker werdende Abwehr bei Frauen und Männern eingebracht. Zu den viel wichtigeren, dauerhaften, wachsenden Bewußtseins- und Einstellungsveränderungen hat sie wenig oder fast gar nichts beigetragen, da der partnerschaftliche Ansatz von Männern und Frauen bei der SPD-Frauenpolitik des Landes fehlt beziehungsweise – was schlimmer ist und als fade Erkenntnis deutlich wird – einfach auch nicht gewollt wird.

So ist denn Ihr erklärte Fernziel – heute morgen klang es schon an; überall begegnet es einem: „Wir müssen so lange an Gleichstellung und Gleichberechtigung arbeiten, bis zum Beispiel ein Frauenministerium überflüssig wird." – hier in Schleswig-Holstein über diesen Ansatz überhaupt nicht gerechtfertigt. Zu einem ganz selbstverständlichen, unkomplizierten und gleichberechtigten Miteinander in Familie, Beruf und Gesellschaft sowie in der Politik hat diese Frauenpolitik der Landesregierung nicht das beigetragen, was wir erhofft hatten.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Erdsiek-Rave.

Ute Erdsiek-Rave [SPD]:

Herr Präsident! Meine Herren und Damen! Als ich in meiner Rede zum ersten sozialdemokratischen Haushalt 1989 das Bild von dem **lila Faden** zum erstenmal benutzt habe, habe ich versäumt, es auf seinen Ursprung zurückzuführen. Weil heute morgen schon das maritime Vokabular so häufig eine Rolle spielte und auch von dem Schiff die Rede war, paßt es gut, wenn ich das heute nachhole. Ich zitiere also aus Goethes „Wahlverwandtschaften", zweites Kapitel:

(Zuruf des Abgeordneten Max Stich [CDU])

– Ja, hören Sie zu! Auch Sie können noch was lernen, Herr Stich!

„Wir hören von einer besonderen Einrichtung bei der englischen Marine: sämtliche Tauwerke der königlichen Flotte, vom Stärksten bis zum Schwächsten, sind dergestalt gesponnen, daß ein roter Faden durch das Ganze hindurchgeht, den man nicht herauslösen kann, ohne alles aufzulösen, und woran auch die kleinsten Stücke kenntlich sind, daß sie der Krone gehören."

Das bewußte Schiff war also 1988 aufgeklart, der frauenpolitische Kurs bestimmt, und der Faden lag bereit, der rote wie auch der lila. Ein dickes lila Knäuel hatten wir gesponnen. Lianne Paulina-Mürl hatte in Schleswig-Holstein ein erstes **Frauenbüro** gegründet. In vielen Städten arbeiteten bereits **Frauenbeauftragte**. Gisela Böhrk hatte schon, auf den damaligen Zeitpunkt bezogen, vor etwa sieben Jahren – auf den heutigen Zeitpunkt bezogen also vor etwa zehn Jahren – ein erstes **Gleichstellungsprogramm** vorgelegt, Eva Rühmkorf ihre Erfahrung als erste regierungsamtliche Frauenbeauftragte in Hamburg in Schleswig-Holstein eingebracht, und wir Frauen in der SPD hatten die **Quotierung** 1988 durchgesetzt. Wir hatten hier die erste **Frauenministerin** der Republik.

1988 lautete eine Überschrift in der „Zeit": „Die hält kein Beton mehr auf". – Die Rede war von der Bewegung, die die Frauen in Politik und Gesellschaft gebracht hatten. Beton haben wir allerdings reichlich vorgefunden, und manchmal mußte dieser lila Faden hier und da im Lande auch als Zündschnur dienen, die durchaus auch gewisse Explosionen hervorrief. Ich denke da beispielsweise an die Bestellung der Gleichstellungsbeauftragten.

Anders als Sie, Frau Hunecke, das sehen, meine ich allerdings, daß dabei niemand zu Schaden gekommen ist, sondern – im Gegenteil – daß dieses Gedonner und Getöse, das bisweilen zu hören war, eher die Aufmerksamkeit gesteigert, die Wahrnehmung geschärft hat. In 37 **Städten** und **Kreisen**, in 70 Gemeinden und in 1500 **Dienststellen des Landes** – darunter sehr, sehr viel Ehrenamtlichkeit, verehrte Frau Kollegin! – wurde, sicherlich oft zum erstenmal, das Thema **Gleichstellung** auf die Tagesordnung gesetzt und arbeiten jetzt Frauen mit hoher Motivation, allerdings oft auch unter selbstausbeuterischen Bedingungen für die Sache der Frauen.

In Schleswig-Holstein ist **Gleichstellung Staatsziel** in der Verfassung. Gleichstellungsrichtlinien gelten im öffentlichen Dienst des Landes und zeigen Wirkung. Frauenförderpläne sind in vielen Kreisen und Städten aufgestellt. Die Gleichstellung von Männern und Frauen ist bei der Zusammensetzung und auch als Aufgabe der Personalräte im Mitbestimmungsgesetz festgeschrieben. Im Schulgesetz sind das Lernziel und das Prinzip der Gleichberechtigung verankert, im Hochschulgesetz die Frauenförderung festgeschrieben, im Bildungsfreistellungsgesetz die Weiterbildung von Frauen in besonderer Weise berücksichtigt. Im Richterwahlausschuß haben wir eine paritätische Besetzung, und im Jugendfördergesetz sind die Interessen, Bedürfnisse und Benachteiligungen von Mädchen berücksichtigt. Last, not least haben wir auch die Landwirtschaftskammer nicht vergessen.

(Beifall des Abgeordneten Heinz-Werner Arens [SPD])

Wer dies alles schon vergessen hat oder nicht sehen will oder einfach nicht sieht, dem ist nicht zu helfen.

(Beifall bei der SPD)

Aber nun meine ich ja in erster Linie gar nicht Sie. Sie waren ja durchaus an manchen Entscheidungen auch beteiligt. Aber was ist schon an frauenpolitischem Interesse, ja an Demokratieverständnis von jemandem zu erwarten, der sich fragt – jetzt zitiere ich Herrn Kubicki nach einem Interview im „Flensburger Tageblatt" von der vorletzten Woche –, ob die Politiker „nichts Besseres zu tun hätten, als das Thema Abtreibung und Asylanten zu diskutieren"? – Wer so redet, meine Herren und Damen,

(Meinhard Füllner [CDU]: Hätten Sie lieber nicht zitieren sollen!)

dessen Einzug in den Landtag hängt an einem seidenen oder – ich würde eher sagen – an einem halbseidenen Faden.

(Beifall bei der SPD – Zuruf: Ist überflüssig!)

Von Wahlverwandtschaften, von den bewußten Wahlverwandtschaften jedenfalls, kann keine Rede sein.

(Zuruf von der CDU)

Meine Damen und Herren von der CDU,

(Unruhe)

Sie haben sich mit dem lila Faden jedenfalls noch regelmäßig untereinander in die Wolle gekriegt. Er paßt ja zu Vielen von Ihnen nicht in Ihr Strickmuster. Die Klage gegen die Kommunalverfassung jedenfalls hat die CDU zu verantworten. Aber ich bin sicher: Das Urteil in dieser Sache werden auch die Wählerinnen in Schleswig-Holstein sprechen.

(Beifall bei der SPD)

Nun zu dem Geld. – Wo sind die knapp 15 Millionen DM geblieben, die die Frauenministerin in den letzten

(Ute Erdsiek-Rave)

drei Jahren ausgab, oder – um es mit den „Kieler Nachrichten" zu formulieren – „wo lassen die Frauen das Geld?"

Das Haushaltsgeld der Ministerin ist gut angelegt. **Modellversuche** zur Weiterbildungsberatung, zur Verbreiterung des Berufswahlspektrums, zur Vernetzung des öffentlichen Nahverkehrs wurden auf den Weg gebracht. **Projekte** und **Initiativen** zur psychosozialen Beratung, zur Suchtberatung, insbesondere zur Beratung und Unterstützung von Gewaltopfern und von sexuellem Mißbrauch Betroffenen, wurden zum größten Teil zum erstenmal unterstützt, nach Richtlinien finanziert, und die Kreise und Kommunen wurden mit in die Pflicht genommen. Nun sagen Sie mir mal, Frau Hunecke, wie diese Art von Arbeit ehrenamtlich überhaupt zu leisten wäre? Woher sollen das Know-how und die Fachlichkeit und die Kompetenz dieser Frauen kommen?

(Beifall bei der SPD)

Die Kreativität, die Sachkunde und die Kompetenz dieser Gruppen ist in Schleswig-Holstein – Gott sei Dank – endlich nicht mehr wegzudenken und wegzureden. Ihre Arbeit hat ja nicht nur die politische Diskussion bis hinein in dieses Haus befruchtet und vorangebracht, sondern hat auch nachweislich in eine Vielzahl von öffentlichen Institutionen hineingewirkt, in Polizei und Justiz, in Jugendarbeit, in Jugendämter, und die Arbeit dort verändert. Diese Gruppen sind Teil des frauenpolitischen Netzes in Schleswig-Holstein geworden. Sie arbeiten mit Gleichstellungsstellen, mit Ämtern, mit Schulen zusammen.

Wer dies alles nicht sieht oder nicht sehen will und behauptet – ich zitiere jetzt auch den Bund der Steuerzahler – „Millionen an Steuergeldern versickerten in Selbsthilfeprojekten, die keiner staatlichen oder gesellschaftlichen Kontrolle unterliegen", der lügt nach Strich und Faden,

(Beifall bei der SPD)

und dies offenbar mit Vorsatz, weil diese lächerlichen Vorwürfe bei einer direkten Nachfrage ja hätten aufgeklärt und entkräftet werden können.

(Zuruf des Abgeordneten Wilhelm Marschner [SPD])

Wer diesen Vorwurf dann allerdings auch noch begierig aufgreift, ebenfalls nicht recherchiert, und mal eben das Frauenministerium mit der Jugendstiftung der Barschel-Ära vergleicht – so geschehen in einem Kommentar der „Kieler Nachrichten" –, der überzieht allerdings das Maß des Erträglichen.

(Beifall bei der SPD)

Nun zu Ihnen. – Sie haben sich hier hingestellt nach dem Motto: Wir haben zwar ein bißchen das Feuer gelegt – –! Sie haben ja selbst gesagt: Wir haben intern mal nachgefragt. – Was ist denn eigentlich eine **Kleine Anfrage**? Ist das eine interne Nachfrage, Frau Kollegin? – Die Kleine Anfrage ist ein öffentliches Instrument! Das sollten Sie doch wissen!

Damit haben Sie also das Feuer gelegt und beteiligen sich jetzt an den Rufen nach der Brandstiftung. Wissen Sie: Das nenne ich Doppelzüngigkeit.

(Beifall bei der SPD)

Ich hätte von Ihnen erwartet, daß Sie sich in dieser Situation dieser unqualifizierten, pauschalen Angriffe des Steuerzahlerbundes, dieser Männer-Lobby, die Herr Börnsen zitiert hat, einmal vor das Frauenministerium stellen und nicht diesen Eiertanz mit Ihrer Presseerklärung machen.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben sich mal wieder in dieser Kunst des Eiertanzes und der Doppelzüngigkeit geübt.

(Zuruf der Abgeordneten Gudrun Hunecke [CDU])

– Doch, doch! – Sie, Herr Sprenger, übrigens auch hatten drei Jahre Zeit,

(Zuruf von der CDU)

vielleicht einmal das Beratungszentrum in Lübeck, den Frauentreff in Kaltenkirchen, die Gruppe in Ekkernförde, die Mädchenhaus-Initiative „Lotta", um nur einige Beispiele zu nennen, kennenzulernen. Sie hätten ja daran mitarbeiten können, diese Fragen, die dort gestellt werden, die Probleme, die dort bearbeitet werden, aufzugreifen, und Sie hätten damit politisch arbeiten können.

Sie haben aber in diesen vier Jahren nicht eine einzige frauenpolitische Initiative ergriffen – ich habe noch einmal nachgeguckt –, keinen einzigen Bericht, keine einzige Große Anfrage zur spezifischen Situation von Frauen auf den Weg gebracht. Das war immer so nach dem Motto: Wer nichts tut, kann auch nichts falsch machen. – Sie heben immer nur den Finger und rufen „Familie", wenn wir von Frauenpolitik sprechen. Das vor allem war Ihr Beitrag in den letzten Jahren!

(Beifall bei der SPD)

Die CDU hat jetzt allerdings erkannt, daß Gewalt gegen Kinder, Gewalt gegen Frauen ein gesellschaftlich relevantes Thema ist. Wenn ich mir frühere Debatten im Landtag vor Augen führe – ich habe das noch einmal nachgelesen, als es um die Erhöhung der Frauenhausfinanzierung ging; und ich erinnere mich auch noch sehr gut an Debatten um die Frauenhausfinanzierung in diversen Kreistagen in Schleswig-Holstein –, dann muß ich allerdings der Vollständigkeit halber hinzufügen: Sie haben es sehr spät erkannt.

Immerhin soll ja jetzt wiedergutgemacht werden, und es soll richtig geklotzt werden. 250 000 DM wollen Sie für ein landesweites **Notruftelefon** in den Haushalt einstellen. Dieser Antrag ist typisch für Ihre Art von Frauenpolitik: konzeptionslos und opportunistisch.

(Ute Erdsiek-Rave)

Ich frage mich: Wer soll denn eigentlich hinter einem solchen landesweiten Notruftelefon sitzen? Wer soll denn da eigentlich die Beratungsarbeit machen? Sollen das etwa die ohnehin schon überlasteten und bei aller Landesförderung und kommunalen Förderung ja nach wie vor nicht abgesicherten Beratungsgruppen sein, in denen angeblich das Geld so versickert? Wer soll das eigentlich machen?

Nein, diese fadenscheinige Politik machen wir nicht mit. Wir schlagen vielmehr eine sehr viel sinnvollere und preisgünstigere Lösung vor, nämlich die Einführung einer einheitlichen Telefonnummer in Schleswig-Holstein, die von überall im Lande gebührenfrei angerufen werden kann, in der die Notrufgruppen, die es schon gibt, mit ihrer Telefonnummer angegeben werden. Das kostet wahrscheinlich nicht einmal ein Hundertstel von dem, was Sie hier vorgeschlagen haben. Wir werden eine solche Lösung, und zwar gemeinsam mit den in dieser Arbeit erfahrenen Gruppen, beraten. – Das ist unsere Art von Politik.

Nein, Sie haben den lila Faden nicht verloren, sondern Sie haben ihn noch gar nicht gefunden.

Die Frauenministerin hat in den vergangenen drei Jahren nicht nur Gesetze mitformuliert, Modellprojekte finanziert, Konzepte entwickelt für Mädchenarbeit, für die Verbesserung der Situation von Frauen auf dem Lande – übrigens immer mit den Verbänden und mit den Betroffenen –, sie hat nicht nur den öffentlichen Dienst zum Vorreiter der Gleichstellungsarbeit gemacht, sondern sie hat auch weit über die Grenzen dieses Landes hinaus als Motor für die Interessen der Frauen gewirkt.

In den fünf neuen Ländern wurde unser Modell der Kommunalverfassung, wurden insbesondere die Bestimmungen zu den **Gleichstellungsbeauftragten** übernommen und von der Bundesfrauenministerin ausdrücklich gelobt. Schleswig-Holsteins Stimme hat auch Gewicht in der Diskussion um die Weiterentwicklung der Frauenpolitik, in der Auseinandersetzung über die Quotierung und in der Auseinandersetzung um die Abtreibungsfrage.

Wie dies alles – was ich nur unvollständig beschrieben habe – mit so wenig Mitarbeiterinnen zu schaffen war, das bleibt deren Geheimnis. Es ist eigentlich nur denkbar vor dem Hintergrund eines sehr hohen Engagements und sicherlich auch von Selbstausbeutung. Wir halten diesen Zustand auf Dauer weder für verantwortbar, noch halten wir das für weiterhin leistbar.

Mit dem Stellenzuwachs im Frauenministerium tragen Regierung und Regierungsfraktion dieser Situation Rechnung. Arbeit ist noch genug zu tun. Wir werden die Fäden in der Hand behalten und noch kräftig daran weiterspinnen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Meyer.

Karl Otto Meyer [SSW]:

Herr Präsident! Meine Damen! Meine Herren! In den Bereich des Haushalts des Ministerpräsidenten fallen auch das Frauenministerium und der Bürgerbeauftragte für soziale Angelegenheiten und Landesbeauftragte für Behinderte. Eine Partei, die aus guten Gründen nicht im Landtag vertreten ist, fordert bekanntlich die Abschaffung beider Einrichtungen. Ich meine, mit dieser Forderung hat sich diese Partei sozial-beziehungsweise frauenpolitisch endgültig entblößt beziehungsweise steht allenfalls noch in der Badehose da.

(Heiterkeit)

Lassen wir sie dann auch am 5. April mit 4,99 % der Stimmen in der Badehose stehen!

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Spätestens ein Blick in die Haushaltspläne zeigt, daß wir es im Frauenministerium angesichts der zahlreichen Aufgaben mit einem vernünftigen Stellenplan zu tun haben. Dies gilt auch für das Zahlenverhältnis von Beamten und Angestellten zueinander, wobei ich dem Vorschlag des Finanzausschusses einer Umschichtung von Mitteln für Beamte hin zu den Angestellten natürlich zustimme.

Daß der Bürgerbeauftragte für seine wichtige Arbeit für die Schwächsten in unserem Lande die volle Anerkennung und Unterstützung des SSW findet, habe ich bereits mehrmals deutlich gemacht. Diese Unterstützung gilt auch für die vom Finanzausschuß vorgeschlagene bescheidene Mittelerhöhung um 93 000 DM. – Ich kann also dem Einzelplan 03 zustimmen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat die Frauenministerin, Frau Minister Böhrk.

Gisela Böhrk, Frauenministerin:

Herr Präsident! Meine Herren und Damen! Als am 31. Mai 1988 das Frauenministerium, das erste Frauenministerium der Bundesrepublik, mit vier Personen einschließlich der Ministerin seine Arbeit aufnahm, hatten wir uns ehrgeizige Ziele gesetzt, ohne dafür Vorbilder oder Beispiele zu haben. Wir wollten Frauenpolitik als Querschnittsaufgabe verankern, wir wollten deutliche Fortschritte machen hin zur tatsächlichen Gleichstellung, und wir wollten bundesweit beispielgebend sein.

Heute können wir sagen: Wir haben in Schleswig-Holstein mehr Mitwirkung und Einfluß der Frauen gesichert, als dies anderswo der Fall ist.

(Beifall bei der SPD)

Das Netz kommunaler **Gleichstellungsstellen** ist dichter geworden. Der öffentliche Dienst hat eine Vorbildfunktion übernommen. Rund 1600 Gleichstellungsbeauftragte arbeiten für mehr Chancengleichheit.

(Ministerin Gisela Böhrk)

Die Berufschancen der Frauen sind nachweislich verbessert worden. 40 % der Maßnahmen aus dem Programm „Arbeit für Schleswig-Holstein" kamen Frauen zugute. **Berufsrückkehrerinnen** können heute Weiterbildungsberatung in Anspruch nehmen. Acht solcher Stellen gibt es im Lande.

Bei der **Frauenförderung** in der **Privatwirtschaft**, in den schleswig-holsteinischen Betrieben, gibt es inzwischen erfreulich vielfältige Ansätze, durch die Frauen mehr Chancen erhalten, und zwar auch in kleinerer und mittleren Unternehmen.

Erstmals gibt es Projekte für Frauen, die auf dem Lande leben. Mädchenarbeit wurde ein innovativer Teil der Jugendarbeit. Es gibt ein Netz niedrigschwelliger Hilfsangebote für Frauen durch Beratungsstellen. Die **Gleichstellung** ist Aufgabe der Hochschulen, der Jugendpolitik und der Mitbestimmung geworden.

Ich sage durchaus mit Stolz und mit sehr viel Dank an alle Frauen und Männer, die in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft für das Ziel der Gleichstellung gerackert haben: Schleswig-Holstein hat auch in puncto **Frauenfreundlichkeit** einen guten Namen.

(Beifall bei der SPD)

Wir wollen die frauenfreundlichen Strukturen in den nächsten Jahren ausbauen:

Wir wollen die **psychosozialen Beratungsstellen** für Frauen absichern. Frau Hunecke, richtig ist, daß mit den zusätzlichen Mitteln im Haushalt keine neue Arbeit begonnen wird, aber es ist so, daß die bestehende Arbeit abgesichert wird.

Wir wollen durch ein Gleichstellungsgesetz für den öffentlichen Dienst die Frauenförderung verbindlich machen. Wir wollen neue Wege der kulturellen Frauenarbeit durch ein Frauenbildungshaus erproben. Wir wollen den Berufsrückkehrerinnen Ansprüche auf Beratung und Qualifizierung sichern. Ich hoffe, daß die Bundesfrauenministerin da mittut. Wir wollen das Netzwerk der Gleichstellungsbeauftragten stärken, und schließlich wollen wir Hilfen und Präventionsstrategien zum Thema sexuelle Gewalt und sexuelle Belästigung entwickeln. Das heißt: Wir wollen die Gleichstellungspolitik überall selbstverständlich machen.

Was wir erreicht haben, ist, wie ich finde, eine beachtliche Gemeinschaftsleistung vieler Frauen in Gruppen und Verbänden, in Kirchen, in Initiativen, in Politik, in Verwaltung und Wissenschaft sowie durchaus auch vieler Männer, die den Verfassungsauftrag der Gleichstellung und/oder die Regierungserklärung von Björn Engholm und/oder die Beschlüsse der SPD ernst nehmen.

Ich habe Frauenpolitik nicht von oben verordnet, sondern wir haben die Erfahrung, das Engagement, die Arbeit der Frauen vor Ort genutzt:

Politik für Frauen im ländlichen Bereich, zum Beispiel das Fahrprojekt Medelby, die Altenpflegeausbildung in Teilzeitform und auch die Bäuerinnenberatung sind auf Initiative von Frauen im ländlichen Bereich und ihrer Verbände entstanden.

Das Netz der acht Weiterbildungsberatungsstellen für Berufsrückkehrerinnen, die Qualifizierungsmaßnahmen, die sich angeschlossen haben, sind entstanden durch die Zusammenarbeit von Gleichstellungsbeauftragten, von Frauenverbänden und von Institutionen. Die 15 psychosozialen Beratungsstellen für Frauen sichern ein professionelles Beratungsangebot und setzen Selbsthilfegruppen in Gang, in denen sehr viel ehrenamtliche Arbeit geleistet wird. Auch diese Gruppen entstanden durch Initiativen vor Ort.

Frauenpolitik in Schleswig-Holstein ist Mitmachpolitik – und das soll so bleiben.

(Beifall bei der SPD)

Die Opposition in diesem Hause hat bei dieser **Mitmachpolitik** allerdings weitgehend durch Abwesenheit geglänzt. Wenn die Frauen im Lande über ihre Probleme, ihre Interessen, ihre Wünsche an Politik und Gesellschaft diskutiert haben, dann ist so gut wie niemals jemand von den Damen und Herren der Opposition anwesend gewesen.

Wir haben in den letzten drei Jahren sechs große öffentliche Veranstaltungen durchgeführt. Insgesamt haben 4000 Frauen und auch zahlreiche Männer, Verbände, Gruppen und Institutionen daran teilgenommen. Es ging um aktuelle Themen wie zum Beispiel „Gewalt gegen Frauen", „Frauenförderung in der Privatwirtschaft", „Mehr Chancen für Frauen". Nur ein einziges Mal wurde den Teilnehmerinnen, den Gästen dieser Veranstaltung die Ehre zuteil, in ihren Reihen auch ein Mitglied der CDU-Landtagsfraktion begrüßen zu dürfen.

Statt Anregungen und Kritik sind Lamentos und Mäkeleien an der Tagesordnung gewesen. Damit macht man – und frau schon gar nicht – keine ernstzunehmende Frauenpolitik in Schleswig-Holstein.

Dieses Gegeneinander – oder sollte ich sagen: die Rückständigkeit – der offiziellen CDU-Politik in diesem Lande ist auch daran festzumachen, daß in Bonn Frauenministerin Merkel für die Bundesregierung gesetzliche Grundlagen zur Verankerung der Gleichstellungsbeauftragten fordert und die Rechte der Gleichstellungsbeauftragten in den Kommunen gesetzlich festlegen will. In Nordrhein-Westfalen fordert die CDU-Landtagsfraktion unsere schleswig-holsteinische Regelung der Kommunalverfassung. In Schleswig-Holstein dagegen reichen CDU-Politiker Verfassungsklage ein.

Die Anträge der CDU-Fraktion zum Haushalt des Frauenministeriums sind auf die Wirkungslosigkeit des Frauenministeriums ausgerichtet. Von der CDU haben die Frauen in diesem Lande nichts zu erwarten, jedenfalls nichts Gutes.

(Beifall bei der SPD)

Die Frauenpolitik in Schleswig-Holstein ist solide finanziert und transparent. Wir haben für Mädchen-

(Ministerin Gisela Böhrk)

treffs, für Frauenveranstaltungen und für psychosoziale Beratungsstellen **Finanzierungsrichtlinien** entwickelt. Der Anteil der Mitfinanzierung der Kreise und Gemeinden konnte von Jahr zu Jahr gesteigert werden, von rund 150 000 DM im Jahr 1989 auf 840 000 DM im Jahr 1991.

Vielleicht lassen sich diejenigen, die ein bißchen länger im Landtag sind, und diejenigen, die etwas kürzer dabei sind, von mir einmal als Beispiel die Frauenpolitik anno 1987 hinsichtlich der Finanzierung vor Augen führen. Die damalige Parlamentarische Staatssekretärin, Frau Schuster, hat 1987 mit 300 000 DM zwei Mädchentreffs voll finanziert, ohne jegliche Eigenmittel der Träger, ohne kommunale Mittel, eine 100-%-Finanzierung des Landes!

1991 förderte das Frauenministerium mit 310 000 DM – also in etwa mit derselben Summe – sieben Mädchenprojekte, davon allein vier Mädchentreffs, und band damit kommunale Mittel für die Jugendarbeit in Höhe von 258 400 DM. Eine Kommentierung unseres Finanzverhaltens erübrigt sich wohl angesichts dieses Vergleichs.

(Beifall bei der SPD)

Zur **Personalausstattung** habe ich folgendes zu sagen. Das schleswig-holsteinische Frauenministerium ist eines der kleinsten in der Bundesrepublik. Das liegt natürlich auch daran, daß es keine Beispiele gab. Das vergleichbare Flächenland Rheinland-Pfalz zum Beispiel hat 41 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Die haben aus unseren Erfahrungen gelernt und gesehen, daß wir von Anfang an für die Fachaufgaben zuwenig Personal hatten.

Hinzu kam der Arbeitszuwachs. Auf der juristischen Ebene wurden und werden – das wissen Sie – Widerstände ausgetragen, Verfassungsklagen gegen Gleichstellungsbeauftragte aus dem Land Schleswig-Holstein, gegen den § 218 in Bayern – eine bayerischen Normenkontrollklage. Das nordrhein-westfälische Gleichstellungsgesetz wird ebenfalls beklagt. Die Wochenzeitschrift „Die Zeit" hat diese Verfassungsklagewelle kürzlich mit den Worten beschrieben:

„Das Imperium schlägt zurück"

Da ist Gegenwehr geboten, und das bedeutet Arbeit für das Frauenministerium.

1600 Gleichstellungsbeauftragte wollen informiert, beraten und fortgebildet werden. Das ist auch zusätzliche Arbeit für das Frauenministerium.

Die gegenwärtige Verfassungsdiskussion muß von uns beeinflußt werden – wiederum Arbeit!

Die Frauenförderung in der Privatwirtschaft läuft auch nicht von allein. Auch hier sehen wir uns wachsenden Anforderungen gegenüber.

Die große öffentliche Resonanz – über die Wichtigkeit des Themas gibt es gar keinen Streit – auf die Themen „Gewalt gegen Frauen" und „Sexueller Mißbrauch gegenüber Kindern" und die Bedeutung der Probleme erfordern eine konzeptionelle und koordinierende Zusatzarbeit.

Es gibt einen neuen Bundesratsausschuß „Frauen und Jugend", in dem ich stellvertretende Vorsitzende bin. Er ist von uns federführend zu bearbeiten. Das erledigt sich weder von allein noch nebenbei.

Das Fazit ist folgendes. Das Frauenministerium braucht die in Rede stehenden Stellen, um seine Aufgaben halbwegs bewältigen zu können.

Ich danke allen, die die Frauenpolitik in Schleswig-Holstein zu einem Erfolg gemacht haben. Ganz besonders aber danke ich – das sage ich mit Nachdruck – allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern meines Ministeriums, die fast ständig an oder über der Grenze ihrer physischen und psychischen Belastbarkeit für die gemeinsame Sache gearbeitet haben und einstehen.

(Beifall bei der SPD)

Frauenpolitik in Schleswig-Holstein orientiert sich an den drei neuen K's der Frauenbewegung. Die drei alten K's kennen Sie.

(Meinhard Füllner [CDU]: Kultur, Kunst, Kommunikation!)

– Nein, die drei K's der Frauen waren: Küche, Kirche, Kinder.

Die drei neuen K's heißen: Kreativität, Kompetenz und Kraft. Diese setzen wir gegen Stagnation und patriarchale Miefigkeit. Denn diese K's – das wissen wir ganz sicher – haben Zukunft.

(Bertold Sprenger [CDU]: Was haben Sie gegen Kinder?)

All denen, die die Männerbastionen – hören Sie gut zu! – zäh und verbissen verteidigen, widme ich zwei besondere K's, nämlich ein Zitat von Karl Kraus:

„Es reicht nicht, nichts im Kopf zu haben, man muß auch unfähig sein, es ausdrücken zu können."

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Weitere Wortmeldungen zum Einzelplan 03 liegen nicht vor.

Ich rufe den Einzelplan 04 auf, Innenminister.

Ich erteile Herrn Abgeordneten Paschen das Wort.

Herbert Paschen [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Minister, die Verantwortung für das Innenressort ist häufig verdammt keine leichte Aufgabe. Allerdings ist die Aufgabe, Innenminister in einer SPD-getragenen Regierung zu sein, besonders schwer.

(Rolf Selzer [SPD]: Sie müssen es ja wissen!)

(**Herbert Paschen**)

Denn zu dem Ressort gehören zum Beispiel als wesentliche Aufgabe die **innere** Sicherheit – wie übrigens auch die äußere Sicherheit. Das aber sind Fragen, denen sich die SPD eher mit Distanz und Skepsis widmet.

(Holger Astrup [SPD]: Wer hat Ihnen das aufgeschrieben?)

Die Bürger erwarten aber etwas ganz anderes. Sie erwarten, daß der Staat ein höchstmögliches Maß an Sicherheit gewährleistet. Dies fordert entsprechende gesetzliche Vorgaben und eine zweckmäßige Organisation der Polizei.

(Günter Neugebauer [SPD]: Wo haben Sie das gehört?)

– Daran sollten Sie einmal mitwirken, Herr Neugebauer.

Darüber werden wir bei anderer Gelegenheit miteinander zu diskutieren haben.

Dies erfordert eine gute Ausstattung der **Polizei**. Darüber ist heute zu reden.

Niemand verkennt, daß nicht in allen Bereichen Mehrausgaben möglich sind, daß nicht in weitem Umfang gespart werden muß. Entscheidend dabei ist aber, wo gespart wird, wo Ausgabenschwerpunkte gesetzt werden.

(Heinz-Werner Arens [SPD]: Das ist immer die entscheidende Frage!)

Jüngst hat eine Tageszeitung über den neuen Streifenwagen in einer Polizeidienststelle des Landes berichtet:

„Schlechte Chancen für die Polizei. Mit 55 PS auf Verfolgungsjagd."

– So lautete die Überschrift. Dann wird geschildert, daß der bisher als Streifenwagen übliche 100-PS-Mittelklassewagen als Folge der Sparpolitik durch ein kleineres Modell

(Holger Astrup [SPD]: Das ist falsch!)

mit der schwächsten Maschine und der sparsamsten Ausstattung ersetzt wurde.

(Holger Astrup [SPD]: Sie hätten mal recherchieren sollen, Herr Paschen!)

Nach dem Bericht ist die Folge nicht nur Leistungsunterlegenheit gegenüber den Rechtsbrechern in ihren starken Wagen, sondern es gibt auch keine Möglichkeit, ein Anhaltesignal auf dem Dach anzubringen und deshalb kommt es zu einer Rückkehr zur altväterlichen Kelle. Weiter gibt es keine Möglichkeit, vier Beamte plus Einsatzausrüstung zu transportieren, da sonst Überlastung droht.

Meine Damen und Herren, diese plastische Beschreibung schildert viel eindringlicher, als viele andere Worte es vermögen, wie es um die **Ausstattung** unserer **Polizei** steht. Sie erhält nicht das dem neuesten Stand entsprechende Gerät. Sie erhält nicht die technischen Einsatzmittel, die ihre Chancen gegenüber den technisch modern ausgerüsteten Rechtsbrechern verbessern würden. Sie wird damit sogar abgerüstet.

Das fängt bei der **Unterbringung** an. Wir wissen natürlich auch, daß nicht alle Objekte zur gleichen Zeit neu eingerichtet oder neu gebaut werden können. Wir erwarten aber, daß in jedem Jahr ein Stück der Aufgabe Schritt für Schritt bewältigt wird, und zwar mit etwas größeren Schritten als bisher vorgesehen.

Unsere Polizei muß mancherorts unter ausgesprochen erschwerten Bedingungen Dienst tun. Erschwerend für die Arbeit ist auch die unzulängliche **Ausstattung in der Kommunikation**. Moderne Fersprechanlagen, Fernsprech- und Telefaxgeräte sind ein dringendes Erfordernis zur Bewältigung der Aufgaben. Der „reitende Bote" für irgendwelche Polizeiberichte muß endlich aus dem Dienst verschwinden.

Ein weiteres Beispiel für die mangelhafte Ausrüstung: Autofahrer, die verdächtig sind, in Folge Alkoholgenusses nicht mehr fahrtüchtig zu sein, werden nach wie vor mit dem bekannten **Röhrchen** getestet, obwohl es inzwischen zuverlässigere Methoden gibt. Wenn dann, was wir ausdrücklich begrüßen, doch moderne Geräte wie ein modernes Analysegerät angeschafft werden, die Stellen für die Bedienungsmannschaft aber fehlen, wird es vollends unverständlich. Die Bürger werden sagen: Schilda läßt grüßen. – Ich denke an das Gerät beim Kriminalpolizeiamt.

Die Frage der ausreichenden **personellen Ausstattung** muß hier mit einem klaren Nein beantwortet werden. Schon die Auswertung einer Kleinen Anfrage brachte 1991 gegenüber 1987 ein Planstellenfehl von rund 160 Stellen – nur aufgrund der Arbeitszeitverkürzung und der Urlaubsverlängerung. Wenn man den Planstellenansatz heute besieht, stellt man fest, daß für 1992 gegenüber 1991 wieder 43 Stellen abgebaut werden. Es fehlen damit insgesamt 203 Stellen, und das ohne Berücksichtigung der angeblichen Wohltaten des Mitbestimmungsgesetzes und des Weiterbildungs- und Qualifizierungsgesetzes, der monatelangen Wiederbesetzungssperre und der erheblichen Aufgabenzuwächse in qualitativer, aber insbesondere in quantitativer Hinsicht.

Das Ergebnis ist – es muß natürlich so sein –, daß bei den gewünschten neuen Strukturen ein Loch gestopft und ein anderes damit aufgerissen wird. Dazu gehören zum Beispiel die Bekämpfung der Rauschgiftkriminalität, der Umweltkriminalität, des organisierten Verbrechens. Nach Auffassung der Verbände wären hierfür insgesamt 96 neue Planstellen erforderlich. Woher sollen die kommen, wenn es keine neuen Stellen gibt? Sie sollen aus Umsetzungen aus anderen Bereichen kommen, was natürlich angesichts der allgemein angespannten Personallage weitere Lücken reißen muß. Teilweise sind aber auch Mitarbeiter überhaupt noch nicht zur Verfügung gestellt worden. Wir haben deshalb in diesem letzten Bereich einen Planstellenzuwachs von 29 Stellen gefordert.

(Herbert Paschen)

Hinsichtlich der Strukturverbesserung brauchen wir zuerst eine Entfrachtung von nichtpolizeitypischen Aufgaben, zum Beispiel im Schreibdienst. Wir halten es nicht für vertretbar, 80 Planstellen für Polizeibeamte, die mit anderen Mitarbeitern besetzt sind, umzuwandeln und damit dem Polizeivollzugsdienst endgültig zu entziehen, nur um die aufgezählten Besonderheiten, insbesondere die Arbeitszeitverkürzung, auszugleichen. Wir haben daher vorgeschlagen, in vier Jahresraten neue Stellen für diese Mitarbeiter zu schaffen und so allmählich die Vollzugsbeamtenstellen für die eigentliche Verwendung frei zu machen und den Arbeitszeitverlust aufzufangen.

Ich könnte weitere Einzelheiten nennen. Sie belegen: Wir brauchen ein mittelfristiges Konzept für eine vernünftige personelle und sächliche Ausstattung. Dazu gehört die Frage der **zweigeteilten Laufbahn** in der Polizei. In der Mehrzahl der Länder ist Ziel eine zweigeteilte oder eine fast zweigeteilte Laufbahn in der Kriminalpolizei, ferner eine deutliche Anhebung des gehobenen Dienstes in der Schutzpolizei. Dies ist sozusagen die Ausgangslage.

Für uns hat die bekannte Funktionsbewertung durch eine unabhängige Studie in Nordrhein-Westfalen hohes Gewicht, nach der „nicht mehr genügend Masse für eine Laufbahn des mittleren Dienstes in der Schutzpolizei verbleibt". Das heißt im Kern: Die Besoldung der Gruppen des mittleren Dienstes ist auch in der Schutzpolizei weitgehend nicht funktionsgerecht. Diese Fehlstellung wird unser Handeln bestimmen, dies ist auch für uns ein ehrgeiziges Ziel.

Wir wissen, daß noch viele Detailfragen zu klären sind. Ich will nur einige nennen. Wie ist die Ausbildung zu gestalten? Mit welchen Einstellungsvoraussetzungen läßt sich die Einstellung qualifizierten Nachwuchses sicherstellen? Unter welchen Voraussetzungen können die vorhandenen Beamten Besoldungsgruppen des gehobenen Dienstes erreichen? Die letzte Regelung würde nicht zu einer zweigeteilten Polizei, sondern zu einer Zweiteilung der Polizei führen, was wir ablehnen.

Wie ist der Zeithorizont? – Wir wollen sofort nach der Landtagswahl in Gespräche mit den Verbänden eintreten. Soweit es die Polizei betrifft, haben wir entsprechende Anträge gestellt, doch leider sind wir damit in den Ausschüssen unterlegen.

In der letzten Landtagssitzung – ich komme damit zu einem anderen Thema – am 29. November 1991 haben wir gemeinsam eine Entschließung zum Vertragsentwurf über die Politische Union Europas verabschiedet. Kernpunkt ist die Forderung, das Subsidiaritätsinzip zu beachten. Was eine kleinere Gemeinschaft sinnvoll und zweckmäßig regeln oder wahrnehmen kann, soll nicht auf einer höheren Ebene angesiedelt werden. Auch unsere eigene grundgesetzliche Ordnung folgt diesem Grundsatz. Föderalismus und Garantie der **Selbstverwaltung der Gemeinden** sind wesentliche Elemente des Grundgesetzes.

Was wir in Europa, was wir in der Bundesrepublik für richtig halten, sollten wir auch im Lande beachten. Wir brauchen deutlich mehr Respekt vor der kommunalen Selbstverwaltung und vor den kommunalen Gestaltungsmöglichkeiten.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren von der SPD, mit Ihrer Politik legen Sie den Kommunen unnötig Ketten an. Da gibt es überflüssige Vorschriften für die innere Struktur der Gemeinden. Das hier heute schon zitierte bekannte Beispiel ist die **kommunale Gleichstellungsstelle**.

(Dr. Jürgen Hinz [SPD]: Zur Sache, Schätzchen!)

Wir unterstützen voll das Anliegen, die Gleichstellung und Gleichberechtigung von Frauen und Männern voranzubringen, aber wir fragen uns, ob dazu unseren Kommunen zwangsweise eine bestimmte Organisation vorgegeben werden muß. Wo bleibt da denn Ihre so breit vertretene Auffassung „Mehr Demokratie für die Kommunen!"? Da gibt es vor allem eine zunehmende finanzielle Ausblutung. Mein Kollege Füllner und unser Fraktionsvorsitzender haben das heute sehr deutlich gemacht. Sie haben dies eine Ausblutung der Kommunen genannt. Die Liste der neuen Lasten ist lang: Kürzung der Schlüsselmasse im kommunalen Finanzausgleich in Höhe von 100 Millionen DM im Jahr, Reduzierung der Mittel für die Städtebauförderung im Nachtragshaushalt um rund 4,5 Millionen DM mit der Begründung,

(Holger Astrup [SPD]: Nennen Sie doch einmal die absoluten Zahlen, Herr Kollege!)

dies sei wegen der Umschichtung von Bundesgeldern nötig. Diese Begründung ist mehr als zweifelhaft.

(Beifall bei der CDU – Widerspruch bei der SPD)

Wir haben die Kommunen mit wichtigen Zukunftsaufgaben alleingelassen.

Unsere Bevölkerung wird in vielen Altersbereichen nach der neuesten Prognose von 1990 erfreulicherweise stärker zunehmen, als es bis dahin angenommen wurde.

(Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Herr Abgeordneter Paschen, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Herbert Paschen [CDU]:

Entschuldigen Sie, meine Zeit ist zu knapp. Ich kann es nicht zulassen, Herr Astrup. –

Wir werden zum Beispiel mehr ältere Menschen im Lande haben. Das führt zu mehr Mitteln für den Bau kommunaler Altenheime – übrigens auch von Altenheimen der freien Wohlfahrtsverbände.

(Herbert Paschen)

Die Zahl der Kinder im vorschulpflichtigen Alter wird so stark zunehmen, daß wir eine große Kraftanstrengung benötigen, um die erforderlichen gesetzlichen Betreuungseinrichtungen für die hinzukommenden Kinder zu schaffen. Das jüngst hier im Hause verabschiedete Kindertagesstättengesetz bringt keine ausreichende Unterstützung für die Kommunen. Sie haben es vor allem abgelehnt, bei der Beteiligung des Landes an den Investitionskosten eine Mindesthöhe festzulegen. Sie haben es abgelehnt, den weitergehenden Haushaltsvorbehalt bei der Bereitstellung von Landesmitteln zu streichen.

Sie haben erhebliche Kürzungen im Bereich der Förderung von Anlagen zur Abfallvergasung und zur Kompostierung von Grünabfällen sowie von Investitionshilfen zur Stärkung des kommunalen Straßen- und Radwegebaus vorgenommen.

Allein die Bereiche Gleichstellungsbeauftragte und Mitbestimmungsgesetz bescheren den Kommunen eine zusätzliche Ausgabe von jährlich rund 10 Millionen DM. Auch mit der **inhaltlichen Gestaltung der Mitbestimmung** haben Sie den Kommunen mit unserer Verfassungsordnung überhaupt keinen Gefallen getan: Mitbestimmung der Mitarbeiter nicht nur in persönlichen Angelegenheiten, weiteres ist darüber hinaus nötig.

(Günter Fleskes [SPD]: Schneller, schneller!)

Die grundlegende Struktur, daß direkt oder mittelbar vom Volk gewählte Organe die öffentlichen Aufgaben erfüllen, darf aber nicht tangiert werden.

(Günter Neugebauer [SPD]: Pause!)

Wir bedauern, daß Sie ein weiteres Mal über die Grenze des verfassungsrechtlich Zweckmäßigen, vor allem aber des verfassungsrechtlich Zulässigen hinausgegangen sind. Ich möchte nicht der Verfassungsminister sein,

(Demonstrativer Beifall bei der SPD)

der ein zweites Mal nach der Niederlage im Ausländerwahlrecht bescheinigt bekommt, daß seine Gesetze die Verfassung brechen.

(Karl Otto Meyer [SSW]: Das war unser Gesetz!)

Daß das Ausländerwahlrecht verfassungswidrig ist, rechtlich unzulässig ist, war von Anfang an eindeutig, eindeutig wie selten vor Entscheidungen des Gerichts.

Meine Damen und Herren, am Ende unserer Regierungszeit gab es für die kommunalen Finanzen eine erfreuliche Bilanz. Das sollten Sie sich einmal ganz klar hinter die Ohren schreiben. Die **Pro-Kopf-Verschuldung** der Kommunen in Schleswig-Holstein war die geringste in allen Flächenländern der alten Bundesrepublik Deutschland.

(Beifall bei der CDU)

Dies war das Ergebnis einer kommunalfreundlichen Politik vor allem bei der Finanzausstattung der Kommunen. Oder wollen Sie ernsthaft behaupten, daß unsere Kommunen im Schnitt deutlich weniger Leistungen für ihre Bürger erbracht haben als die Kommunen in anderen Ländern, daß also die günstige Entwicklung der Verschuldung die Folge eines übermäßig restriktiven Kurses in den Kommunen ist?

Was ist daraus geworden, meine Damen und Herren? Fragen Sie einmal die Kreise, wie sich die Verschuldungsgrenze in den letzten Jahren stark nach oben bewegt hat, nämlich in den letzten vier Jahren von 8 Millionen bis auf teilweise über 50 Millionen DM.

(Widerspruch des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Das sollten Sie sich einmal ansehen. Wenn das Land nun den Kommunen neue Aufgaben aufbürdet, muß es nach der Verfassung für die erforderliche finanzielle Ausstattung sorgen.

(Manfred Sickmann [SPD]: Wie ist das mit dem Bund?)

– Fragen Sie nicht immer nach dem Bund, Herr Sickmann. Das sind Strukturmittel, die haben damit überhaupt nichts zu tun.

(Holger Astrup [SPD]: Und was ist das mit den 50 Millionen DM, Herr Kollege? – Weitere Zurufe von der SPD)

Der Flut der neuen Aufgaben, die Ausgaben und zusätzliches Personal erfordern, folgen nicht die nötigen Einnahmen.

(Lachen bei der SPD)

Es gibt eine lange Liste von Beispielen, die den Kommunen neue Aufgaben mit erheblichen finanziellen Folgen bescheren: Die Änderung des Landeswassergesetzes, das Landesnaturschutzgesetz, das Landesabfallgesetz,

(Zurufe von der SPD)

das Gleichstellungsgesetz, die Landesverordnung über die Durchführung der Milchverordnung, die Verordnung über die Bildung von Gutachterausschüssen, das Bildungsfreistellungsgesetz,

(Anhaltende Zurufe des Abgeordneten Holger Astrup [SPD])

das Kindertagesstättengesetz, das Landesnaturschutzgesetz und vieles mehr.

(Zurufe von der SPD)

Meine Damen und Herren, wir fordern dringend eine Umkehr von dieser Aufgabenverschiebung,

(Beifall des Abgeordneten Karl Eduard Claussen [CDU])

sonst können die Städte und Gemeinden sowie die Kreise ihrer Verantwortung gegenüber den Bürgern nicht mehr gerecht werden, weil die Kassen leer sind!

(Beifall bei der CDU)

(Herbert Paschen)

Die politische Verantwortung dafür trägt der Innenminister.

(Zuruf von der CDU: So ist es! – Beifall bei der CDU – Widerspruch bei der SPD)

Er hat während seiner Amtszeit eine kaum noch zu ertragende Finanzsituation der Kommunen zugelassen.

(Bertold Sprenger [CDU]: Er hat gar nichts mehr im Griff! – Uwe Gunnesson [SPD]: Nein, nicht schon wieder Gießkannenprinzip! – Weitere Zurufe von der SPD)

Wir wollen, daß die kommunalfreundliche Politik, wie wir sie praktiziert haben, wieder Alltag wird und können aus den von mir dargelegten Gründen auch dem Einzelplan 04 unsere Zustimmung nicht geben.

(Beifall bei der CDU – Günter Neugebauer [SPD]: Das war ja eine Zumutung!)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Selzer.

Rolf Selzer [SPD]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nun stehe ich hier mit fünf Minuten Redezeit und fünf Seiten Stichworten. Ich will einmal sehen, wie ich das bewältige. Man brauchte allein eine halbe Stunde, um den Unfug, den Herr Paschen hier erzählt hat, zu widerlegen.

(Uwe Gunnesson [SPD]: Genau! – Beifall bei der SPD)

Herr Paschen, damit Sie sich beruhigen: Der Innenminister und die SPD fühlen sich beide sehr wohl, und der glückliche Gesichtsausdruck des Ministers bestätigt dies. Sie brauchen sich da überhaupt keine Sorgen zu machen.

Und um das Bild von der 45-PS-Verfolgungsjagd zu gebrauchen: Ich hatte eben den Eindruck, Herr Paschen, Sie sitzen in einem solchen rostigen 45-PS-Wagen

(Holger Astrup [SPD]: Sehr richtig!)

und versuchen, die Luxuslimousine Bull einzuholen. Das wird Ihnen nie gelingen, Herr Paschen.

(Beifall bei der SPD)

Es müßte Ihnen eigentlich peinlich sein, Herr Paschen, das hier vorgetragen zu haben, was Sie vorgetragen haben, denn es ist die Liste der eigenen Versäumnisse, der Versäumnisse der CDU.

(Widerspruch bei der CDU – Bertold Sprenger [CDU]: Nach vier Jahren nicht mehr!)

Bezüglich der Versäumnisse bei der Polizei, auf die Sie hingewiesen haben, wird Herr Zahn noch etwas sagen. Und wenn Sie auf die Versäumnisse der Innenpolitik ganz generell hinweisen, fragt man sich, ob es überhaupt eine Regierung geben kann, die in so kurzer Zeit ein Land so herunterwirtschaften könnte, wie Sie das hier miesmacherisch anprangern. Das ist doch gar nicht möglich.

(Beifall des Abgeordneten Wilhelm Marschner [SPD] – Zuruf von der CDU: Doch!)

Ich hatte den Eindruck, Sie, Herr Paschen, sprachen von der Innenpolitik eines neuen Bundeslandes und nicht von Schleswig-Holstein.

Zuruf von der CDU: Oho!)

Meine Damen und Herren, Sie werden es einem Sozialdemokraten nicht verübeln, daß er auf die erste Legislaturperiode Engholms und des Innenministers Bull stolz ist, und ich darf hinzufügen, Herr Minister, er ist auch stolz auf Ihren Staatssekretär Ekkehard Wienholtz und auf Ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

(Beifall bei der SPD)

Ich nenne nun ein paar Schwerpunkte in der Innenpolitik: Die Reform der Kommunalverfassung war ein erster Schritt; ein zweiter Schritt wird bald folgen.

(Zuruf des Abgeordneten Meinhard Füllner [CDU])

Ich nenne das Mitbestimmungsgesetz. Dazu, meine Damen und Herren von der Opposition, sollten Sie sich einmal von Ihrem Fraktionsvorsitzenden den offenen Brief der DAG zeigen lassen, der heute eingegangen sein müßte.

(Zurufe von der CDU: Aha!)

Darin steht: „Akzeptieren Sie die politische Entscheidung für mehr Mitbestimmung und legen Sie keine Verfassungsbeschwerde ein!" Die DAG kündigt dann auf der Rückseite dieses offenen Briefes Protestaktionen an.

Mit Ihrer Haltung gefährden Sie den sozialen Frieden in diesem Lande.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, ich nenne das Verfassungsschutzgesetz, das Datenschutzgesetz und auch das kommunale Ausländerwahlrecht.

(Zuruf von der CDU: Ach ja?)

Hier hat doch kein Innenminister verloren oder der Landtag, hier hat eine Sache verloren, und hier gibt es die Aufforderung an uns alle, die Ungerechtigkeit zu beseitigen, Mitbürgerinnen und Mitbürgern, die mit uns arbeiten, das Wahlrecht zu verwehren.

(Beifall bei der SPD)

Das muß unsere Aufgabe sein.

Ich nenne weiter die Rundfunkgesetze, die, obwohl sie in der Staatskanzlei angesiedelt sind, im Innenbereich inhaltlich bearbeitet wurden. Ich nenne das Landes-

(Rolf Selzer)

verwaltungsgesetz, das jetzt in die Beratung gegangen ist.

Und wenn es nur diese paar Punkte gewesen wären, meine Damen und Herren, sollten wir bereits dann schon der Regierung ein dickes Dankeschön für die ersten Jahre ihrer Amtszeit sagen und dürfen nicht, wie Herr Paschen, in einer so schlimmen Art mißmacherisch Bilanz ziehen.

(Meinhard Füllner [SPD]: Am besten machen wir noch einen Diener!)

Am Beginn der Legislaturperiode stand die Abschaffung des Radikalenerlasses. In diesem Lande fahren nach wie vor die Lokomotivführer anständig und die Postboten stellen die Post nach wie vor zeitgerecht zu, obwohl der Radikalenerlaß weg ist. Ihrerseits wurde ja angekündigt, daß nun alle Menschen die Unterwanderungsstiefel anzögen und unseren Staat zu unterwandern versuchten.

Der Finanzausgleich ist natürlich umstritten. Er muß auch umstritten sein. Aber wir Sozialdemokraten bekennen uns dazu, daß von denen, die mehr haben, zugunsten der Schwächeren etwas genommen wird. So sind wir nun einmal als Sozialdemokraten.

(Peter Wellmann [SPD]: Genau!)

Meine Damen und Herren, ich möchte zum Verfassungsschutzgesetz noch sagen, daß hier der Geist eingetreten ist, den wir als schleswig-holsteinische Sozialdemokraten mit in unser Programm geschrieben haben. Mein Kollege Arens sieht auf die Uhr. Die fünf Minuten sind offenbar um.

(Lachen des Abgeordneten Peter Wellmann [SPD])

Ich kündige noch an, daß Frau Kollegin Alfken zum Wohnungsbau ebenfalls eine stolze Bilanz vorzeigen wird.

Meine Damen und Herren, die Innenpolitik dieses Landes ist aus den Schlagzeilen heraus; es ist eine gute Innenpolitik. Glück auf für die nächste Wahlperiode, Herr Minister!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Meyer.

Karl Otto Meyer [SSW]:

Herr Präsident! Meine Damen! Meine Herren! Im Bereich des Innenministeriums möchte ich einen Änderungsvorschlag der CDU-Fraktion unterstützen. Ich will also mit den erfreulichen Sachen anfangen. Es betrifft das Kapitel 0401, Titel 681 03, die Wiedereinführung der **Ehrungen für Alters- und Ehejubilare.**

(Beifall bei der CDU)

Ich bin nach wie vor der Meinung, daß wir im vergangenen Jahr mit der Einsparung dieses Haushaltspostens von 800 000 DM ein Einsparzeichen an der falschen Stelle gesetzt haben. Wie im vergangenen Jahr unterstütze ich deshalb den Änderungsantrag der CDU auf Wiedereinführung dieses Postens.

(Bertold Sprenger [CDU]: Sehr gut!)

Erneut unverständlich ist mir jedoch die Haltung der CDU-Fraktion zum Stellenplan des Verfassungsschutzes.

(Bertold Sprenger [CDU]: Das ist nun wieder nicht gut!)

Den – im vergangenen Jahr noch deutlicheren – Einsparungsvorschlägen zum Haushalt stehen Aussagen von Herrn Füllner entgegen, wonach der Verfassungsschutz durch die Stellenstreichungen für seine Aufgaben nicht mehr gerüstet sei. Eine solide Haushaltspolitik und seriöse Änderungsvorschläge ist das eine; die neuen veränderten Aufgaben des Verfassungsschutzes und seine Arbeitspraxis sind eine andere Sache, die man sicher noch gründlicher diskutieren sollte.

Ich will unseren Verfassungsschutz hier im Lande nicht kritisieren, aber ich sage doch eines ganz offen: Wenn ich bedenke, daß wir in der Bundesrepublik den **Verfassungsschutz** haben, den Bundesnachrichtendienst und den Militärischen Abschirmdienst – also drei Organisationen – und wenn ich überlege, wie wenig Wissen man über die Verhältnisse in den fünf neuen Bundesländern hatte und wie wenig man über die Verhältnisse in der Sowjetunion ahnte, dann weiß ich nicht, wieviel Mittel wir in diese drei Institutionen eigentlich investieren sollen.

(Günter Neugebauer [SPD]: Das frage ich mich auch!)

Und wenn wir dann auch noch bedenken, wie wenig die Bundesregierung ihre Organisationen unter Kontrolle hat – ich denke da an die Waffenlieferungen und ähnliches –, dann ist es recht bedenklich, und ich frage mich, ob man das hier nicht alles ein bißchen reduzieren könnte, um nicht zu sagen, ob man es nicht ganz abschaffen sollte.

(Beifall des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Aber das ist eine andere Sache, die in diesem Moment mit der Landespolitik nichts zu tun hat.

Der Polizeihaushalt bildet zu Recht einen Schwerpunkt im gesamten Etat. So, wie es vernünftig war, die Polizeireform erst einmal aufzuschieben, um nach gründlicher Erörterung mit den Betroffenen zu einer vernünftigen und allgemein akzeptierten Neuordnung zu gelangen, so angemessen scheint mir auch die geplante schrittweise Abschaffung der mittleren Laufbahn für Polizisten zu sein. So sollte nach dem bescheidenen Einstieg 1992 in den kommenden Jahren dafür gesorgt werden, daß wir tatsächlich in spätestens zehn Jahren die zweigeteilte Laufbahn aus gehobenem

(Karl Otto Meyer)

und höherem Dienst erreicht haben, die den umfangreichen und anspruchsvollen Aufgaben unserer Polizeibeamten gerecht wird.

Wenn ich sage, es war richtig, diese Frage zunächst einmal aufzuschieben, dann ist das nicht so zu werten – wie es die Opposition manchmal sagt –, daß vor einer Wahl schwierige Sachen zeitlich erst einmal verschoben werden. Man kann nämlich nicht auf der einen Seite sagen, die Regierung hat in dieser Legislaturperiode zu viele schwierige Gesetze eingebracht, und dann auf der anderen Seite sagen, sie hat so viel liegengelassen, weil sie sie vor einer Wahl nicht anpakken will. Beides geht nicht. Entweder sagt man das eine oder das andere.

Die Zielsetzung in bezug auf den Bereich der Polizei hat nichts mit dem Thema „Automatismus bei den Beförderungen im öffentlichen Dienst" zu tun – ein Punkt, der aber durchaus einmal kritisch betrachtet werden sollte.

Die Meldungen in den vergangenen Monaten über die zunehmende organisierte Kriminalität bei Umweltdelikten angesichts fehlender Entsorgungskapazität und lockender Gewinnspannen für die „internationale Müllmafia" sollten uns eigentlich den Blick dafür schärfen, daß diese Probleme und das weite Feld der Umwelt- und Wirtschaftskriminalität nicht nur verschärfte Gesetze, sondern vor allem auch mehr Kontrollen, härtes Durchgreifen und entsprechend ausgebildetes Fachpersonal bei der Landespolizei erfordern.

Wenn ich sage „mehr Kontrollen", dann will ich auch sagen, mehr Kontrollen an den Landesgrenzen. Wenn man die Grenzen abschaffen will, besteht auch die Gefahr – das muß man wissen – von mehr Wirtschaftskriminalität, Umweltkriminalität, Narkokriminalität usw.

Der SSW unterstützt deshalb die Bereitstellung zusätzlicher Mittel im Polizeibereich. Dabei ist neben der Ausstattung des Bauetats die verstärkte Einstellung junger Polizistinnen und Polizisten positiv zu vermerken.

Beim **Wohnungsbauprogramm** des Landes gibt es jetzt Ansätze für ein massives Förderungsprogramm, das notwendig ist und immer wieder gefordert wurde. Am 27. November teilte der Innenminister mit, daß für 1992 4000 Mietwohnungen und 700 Eigenheime mit etwa 400 Millionen DM gefördert werden sollen. Dabei soll die Mietobergrenze auf 7,80 DM festgelegt werden – gegen den Widerstand der Wohnungsunternehmen, die etwa 9 DM fordern.

14 Tage später – vorgestern – teilte das Innenministerium mit, daß nun deutlich mehr als 5000 Wohnungen gefördert werden sollen. Dabei ist es interessant, daß es bei den 4000 Mietwohnungen bleiben soll, daß aber der Anteil der Eigenheime von 700 auf 1100 steigen soll.

Interessant ist auch, daß jetzt für 2500 Wohnungen die Mietobergrenze bei 7,80 DM bleiben soll, während der Rest mit einer Bewilligungsmiete von etwa 10 DM an Familien mit mittlerem Einkommen vergeben werden soll.

Es hat sich also in den Förderrichtlinien etwas verschoben.

Wenn ich dies hier erwähne, dann geschieht es, um das mit der scharfen Kritik des Mieterbundes im Lande zu vergleichen, der nachweist, daß das Land Schleswig-Holstein bei den Mietobergrenzen und den Bewilligungsmieten im Ländervergleich viel zu hoch liegt.

Es ist auch erstaunlich, daß das Land Schleswig-Holstein als Flächenland mit nur wenigen Ballungsgebieten im Mietenvergleich so hoch liegt. In der gestrigen Debatte über den Raumordnungsbericht haben wir die Gründe für diese Entwicklung gehört. Diese Entwicklung ist bedingt durch die besonderen Verhältnisse im Hamburger Umland, wo eben auch das Bruttoeinkommen im Vergleich eine ganz andere Größenordnung hat.

Ob das tatsächlich die Ursache ist, wage ich zu bezweifeln. Viel eher leuchtet die Begründung des Mieterbundes ein, der von einem – ich zitiere – „Markt in Schleswig-Holstein spricht, der diese Mieten zuläßt".

Ich will gern die Anstrengungen des Landes unterstützen. Ich habe das bereits mehrfach geäußert.

Für das Städtebauprogramm der Gemeinden und des Landes machen sich jetzt die finanzpolitischen Entscheidungen des Bundes bemerkbar. Heute morgen konnte man von der Entscheidung Glückburgs lesen, das Programm der Stadtsanierung wegen der fehlenden Förderung des Bundes und des Landes erheblich zu reduzieren. Wir werden ohne Zweifel bald von ähnlichen Entscheidungen aus anderen Gemeinden im Lande hören.

Es ist im Bereich der Stadtsanierung und Dorferneuerung viel geschehen. Aber seien wir ehrlich: Es ist in diesem Bereich noch sehr viel zu tun.

(Beifall des Abgeordneten Hans-Klaus Solterbeck [CDU])

Ob und in welcher Form es jetzt weitergeht, kann man kaum abschätzen.

In diesem Zusammenhang möchte ich deutlich machen, daß bei einem eventuellen Verkauf der Landesanteile an der Landesbank mit Folgen für die Investitionsbank genau untersucht werden muß, wie der Bereich der Wohnungsbauförderung vor Ort gesichert werden kann.

In der Beschlußempfehlung des Finanzausschusses ist zum ersten Mal der Titel „Einnahmen aus der Fehlbelegungsabgabe" mit 1 Millionen DM aufgenommen worden. Es ist also davon auszugehen, daß die **Fehlbelegungsabgabe** im nächsten Jahr kommen wird. Sicherlich werden wir uns über die Richtlinien für die Fehlbelegungsabgabe auseinandersetzen. Wichtig ist aber, daß diese Mittel für den Wohnungsbau reinvestiert werden.

Abschließend möchte ich zum Einzelplan 04 noch ein ganz anderes Thema ansprechen, das zum Kapitel 61, Beseitigung und Vernichtung von Kriegsmunition, gehört. In Abständen werden wir von Nachrichten

(Karl Otto Meyer)

aufgeschreckt, die über die gefährlichen Munitionsrückstände in der Ostsee berichten. Dabei geht es nicht nur um die gefährlichen Senfgasbomben im Raum Bornholm, sondern immer wieder auch um Bomben und Munition mit Giftgasen, und zwar nach den neuesten Berichten auch im Raum Ærø, Flensburger Förde, Fehmarn. Diese Informationen dürfen wir nicht verharmlosen.

(Beifall des Abgeordneten Thomas Stritzl [CDU])

Wir sollten daher das neue Verhältnis zu der Sowjetunion nutzen – wir wissen natürlich nicht, wie sich das entwickeln wird; aber dann, wenn die Entwicklung positiv und friedlich verläuft –, um dieses Problem aufzudecken, Informationen aufzuarbeiten und Pläne zu entwickeln, wie wir mit der Aufgabe umgehen sollen. Das Land Schleswig-Holstein hat hier eine ganz besondere Verpflichtung. Ich werde in Zukunft gern immer wieder auf diese ungelöste Probleme aufmerksam machen – hier und auch nördlich der Grenze. Und ich bitte wirklich darum, daß wir nicht nur beruhigende Erklärungen bekommen, sondern realistische Informationen.

(Beifall des Abgeordneten Thomas Stritzl [CDU])

Wir müssen dann eventuell auch dem nachgehen, was unter anderem von sowjetischen Wissenschaftlern behauptet wird, daß im Raum Ærø/Flensburger Förde viele Dinge in der Ostsee liegen, die für uns noch gefährlich werden könnten.

(Beifall des Abgeordneten Rüdiger Möbusz [SPD])

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Zahn.

(Peter Aniol [CDU]: Noch drei Minuten! Sie müssen sehr schnell reden, Herr Kollege!)

Peter Zahn [SPD]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es muß möglich sein, auch in fünf Minuten die guten Leistungen unseres Innenministers und des Parlaments für die Landespolizei darzustellen.

Natürlich, die Streifenwagen-Diskusssion hört sich sehr gut an. Diese Diskussion scheint mir so wie die mit den Kormoranen zu sein; als hätten wir nichts Wichtigeres zu tun, als über die PS-Stärken von Streifenwagen zu sprechen. Sehr verehrter Herr Paschen, denken Sie einmal daran, daß auch bei Ihrem damaligen Innenminiser in höherem Maße Privatfahrzeuge bei Polizeieinzelstationen im Einsatz waren; die hatten ja auch ganz unterschiedliche PS-Stärken.

(Zuruf des Abgeordneten Fritz Latendorf [CDU])

– Lieber Herr Latendorf, die große Verbrechensbekämpfung ist nicht der tatsächliche Fall, der jeden Tag vorkommt und bei dem man ein ganz schnelles Fahrzeug braucht. Für die wichtigsten Fälle, die die Polizei zu bewältigen hat, sind solche Fahrzeuge auch vorhanden. Aber nicht jede Station in jedem Dorf muß so ausgestattet sein.

Ich glaube, die entscheidenderen Maßnahmen, die hier zu erwähnen sind, betreffen folgendes. Nie jemals zuvor gab es eine Polizeistärke von 8500 Beamten, Angestellten und Arbeitern in diesem Land. Das muß man einmal deutlich sagen.

Wir wissen trotzdem, daß wir wie in den anderen Bundesländern und auch beim Bund – über die Arbeitszeitverkürzung hinaus – natürlich nicht alles das haben erfüllen können, was die Gewerkschaften, was das Personal selbst gefordert hat. Das sind haushaltspolitische Grundsätze gewesen, denen wir folgen mußten.

(Meinhard Füllner [CDU]: Dann hätten Sie sich aber nicht so weit aus dem Fenster lehnen sollen!)

Das muß einmal deutlich gesagt werden.

Nur, gerade meine Damen und Herren von der CDU, wir haben das Angestelltenproblem, das Sie jetzt so hoch ansiedeln, auch versucht zu lösen. 35 Angestellte sind schon 1988 – gleich nach der Regierungsübernahme – zusätzlich eingestellt worden. Und dann frage ich Sie einmal: Was hat Sie eigentlich daran gehindert, die Wiederbesetzungssperre bei Angestellten, die Ihr früherer Innenminister, dessen Namen ich vergessen habe, im Jahre 1983 eingeführt hat, vorher aufzuheben? Dann wären wir doch gar nicht in die Misere gekommen, in der wir jetzt stecken.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abgeordneten Meinhard Füllner [CDU])

Wir haben mit den 35 Beamten einen ersten Schritt getan, aber mehr schaffen wir auch nicht. In Zukunft müssen wir vielleicht von Jahr zu Jahr wieder neue Schritte gehen. Ein weiterer Schritt war, 25 BGS-Beamte zusätzlich einzustellen, um die erste Rate bei den Umweltschutztrupps zu gewährleisten, damit sie in den Stellenplänen der Landespolizei auch erscheinen. Sie haben die Umweltschutztrupps eingeführt, ohne sie zu etatisieren. Daran sollte man doch auch wieder einmal erinnern dürfen.

(Zuruf des Abgeordneten Fritz Latendorf [CDU])

Die Dienstanfängerzahlen, sehr verehrter Kollege Latendorf, sind permanent gestiegen; von 1988 bis 1992 haben wir die Spanne von gut 100 auf 216 pro Jahr erhöht. Auch in diesem Haushalt werden es wieder Abiturienten sein, die für die Schutzpolizei und die Kriminalpolizei zur Verfügung stehen werden.

(Zuruf des Abgeordneten Meinhard Füllner [CDU])

216 – das wissen wir – ist genau die Zahl und ist die Steigerung, Herr Kollege Füllner, die wir brauchen, um die hohen Pensionierungszahlen Mitte der neunziger Jahre ausgleichen zu können. Das ist eine vernünftige Reaktion; das sollten Sie auch einmal lobend erwähnen und nicht kritisieren.

(Beifall bei der SPD)

(Peter Zahn)

Diese Landesregierung, dieser Innenminister, hat zum ersten Mal in diesem Land **Sonderkuren** für **Schichtdienstleistende** eingeführt. Zum zweiten Mal können 1992 95 Beamte aus dem Schichtdienst heraus in eine Sonderkur gehen. Wir sind eines der wenigen Länder, die diese soziale Tat in diesem Jahr geleistet haben; dazu müssen wir noch einmal unseren Dank äußern.

(Beifall bei der SPD)

Dieser Innenminister hat den **Rat für Verbrechensverhütung** eingeführt – nach einem skandivanischen Modell. Wir sind das einzige Bundesland – alte und neue Bundesländer zusammengerechnet –, das diese Möglichkeit, gesellschaftliche Diskussion zu einem Rat zusammenzufassen, nutzt, um Verbrechensverhütung im Vorfeld zu bearbeiten. Auch das ist eine wichtige Entscheidung.

(Beifall bei der SPD)

Der Innenminister und die SPD-Fraktion haben den Verwendungsaufstieg gewollt und durchgesetzt. Er war bereits in der Oppositionszeit von uns gefordert worden und an Ihnen gescheitert, meine Damen und Herren von der CDU; das wollen wir doch noch einmal festhalten.

(Beifall bei der SPD)

Wir können mittlerweile feststellen, daß über den **Verwendungsaufstieg** die zweigeteilte Laufbahn im Grunde genommen schon angefangen hat, sie ist begonnen worden. Der Anteil von 11,8 % des gehobenen Dienstes bei der Schutzpolizei wird 1992 bei rund 15,7 % liegen, und bei der Kriminalpolizei ist der Anteil von 49,2 % auf 57 % gestiegen. Das sind entscheidende Schritte; kleine Schritte, okay, aber das entspricht dem Haushalt und den finanziellen Möglichkeiten dieses Landes.

(Beifall bei der SPD)

Lassen Sie mich deshalb auch sagen, wie wichtig diese berufliche Perspektive – zweigeteilte Laufbahn, Stellenobergrenzenausschöpfung im mittleren und gehobenen Dienst – ist, und ferner, daß wir auch gerade im Sachhaushalt über die Erneuerung von Einsatzleitstellen, EDV-Systemen, Telefax 1,1 Millionen DM zusätzlich nur für Schreibmaschinen und Diktiergeräte, Bauinvestitionen, insbesondere für das Lehrsaal-Gebäude in Eutin, und so weiter in diesen Haushalt eingebracht haben. Maßnahmen, die wir in den bisherigen vier Jahren bisher noch nicht haben vornehmen können. Lassen Sie mich ein Letztes sagen: Auch mit diesem Innenminister sind Liberalität und ein neuer Geist bei der Landespolizei eingedrungen, und die Führungsstruktur hat sich wesentlich verbessert; auch wenn es einzelne schwarze Schafe gibt.

(Peter Aniol [CDU]: Na, na!)

Und, Herr Innenminister, Sie werden die volle Unterstützung der SPD-Fraktion haben, wenn das eine oder andere schwarze Schaf dann in Zukunft einmal auf einer anderen Weide weiden muß.

(Beifall bei der SPD)

Das **Polizeirecht** im Landesverwaltungsgesetz und das Polizeiorganisationsgesetz sind große Aufgaben für die Zukunft. Wir wünschen Ihnen, Herr Innenminister, die richtige glückliche Hand, und die SPD-Fraktion wird alles dazutun, damit Ihnen diese Reformwerke auch gelingen werden.

(Beifall bei der SPD – Meinhard Füllner [CDU]: Das ist ja beinahe wie bei einer Nobelpreisverleihung!)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Claussen.

Karl Eduard Claussen [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Obwohl es mich reizt, etwas zur Polizei zu sagen, will ich das ausnahmsweise einmal nicht tun. Ich wollte ein paar Bemerkungen zum Wohnungsbau machen. Es ist heute morgen ja schon klar geworden und auch gestern in der Debatte über den Raumordnungsbericht, daß das, was 1987 festgestellt worden ist, durchaus zeigt, daß der Wohnungsbestand in Schleswig-Holstein hervorragend war. Der Bericht, den der Herr Innenminister in der letzten oder vorletzten Sitzung hier vorgelegt hat, zeigt eindeutig, daß 1987 Schleswig-Holstein von den Flächenländern die höchste Wohnungsversorgung pro 1000 Einwohner hatte. Das zum ersten.

(Zuruf des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Zweitens zeigte die **Volkszählung** beziehungsweise auch dieser Bericht – und der Raumordnungsbericht hat es gestern wiederholt –, daß die Zunahme an Wohnungen in den Jahren 1967 bis 1987 in Schleswig-Holstein unter den Flächenländern an dritter Stelle lag. Das heißt, die Leistungen der alten Regierungen sind durchaus akzeptabel.

Drittens ist festzustellen, daß nach dem Volkszählungsergebnis 1987 über 20 000 Mietwohnungen im Lande leerstanden; und das ist eine ganze Menge. Daß sich seither die Situation total geändert hat, ist völlig unstreitig. Sie haben, Herr Innenminister, in Ihrem Bericht ja auch darüber unterrichtet und die Gründe dafür dargelegt. Deshalb will ich das nicht wiederholen. Ich habe jetzt voller Freude gesehen – aus der Pressemitteilung und aus den Nachträgen, die wir zum Haushalt bekommen haben –, daß Sie, Herr Innenminister, beabsichtigen, über 5000 Wohnungen im nächsten Jahr zu fördern. Das ist eine hervorragende Zahl. Wir können Ihnen nur wünschen, daß Sie dieses hohe Ziel tatsächlich erreichen. Wir werden Sie dabei auch unterstützen. Nur halte ich es für ein bißchen übertrieben, wenn Sie sagen, das ist die Kunst und die Tüchtigkeit der Landesregierung. Ohne die Bundesmittel wäre das nicht möglich gewesen.

(Beifall bei der CDU)

(Karl Eduard Claussen)

Und ich füge hinzu: Wir bilden uns ein, daß wir ein Stück daran mitgearbeitet haben, daß hier eine Veränderung in Bonn möglich wurde.

Und wenn Sie sagen, Herr Innenminister, davon seien 330 Millionen DM Landesmittel, kann ich nur sagen, das ist eine Rechnung, die wir nicht akzeptieren. Wenn wir in den Haushalt sehen, dann gibt es Zuführungen aus dem Haushalt an die Investitionsbank, die unter 2 % der gesamten Mittel liegen. Alles andere wird aus den Zweckrücklagen der Investitionsbank gezahlt. Und dies führt dann dazu, daß bei der Investitionsbank ab 1994 und mit besonderer Deutlichkeit ab 1995 kräftige Defizite gemacht werden, so daß die Investitionsbank sich schon heute darüber Gedanken machen muß, wie sie diese Defizite ab 1994, 1995 und folgende Jahre beseitigen will. Das heißt, hier wird zu Lasten der Zukunft geleistet. Dies kann man ja noch begründen, weil – und da sind wir einer Meinung – wir **jetzt** Wohnungen brauchen. Nur man soll nicht so tun, als wenn das die Leistung dieses Landeshaushaltes sei. Unsere Kritik bleibt natürlich.

Sie haben zwar ein bißchen das Verhältnis Mietwohnungen zu Eigentumswohnungen verbessert. Dieses Verhältnis stimmt aber nach unserer Meinung immer noch nicht. Außerdem haben Sie den **3. Förderungsweg** – wie ich gesehen habe – bisher immer noch nicht eingeführt. Wir halten das für falsch. Wenn das Ziel darin besteht, möglichst viele Wohnungen möglichst schnell zu bauen, dann soll man mit dem Geld, das man zur Verfügung hat, auch versuchen, diesen Effekt zu erreichen. Mit dem 3. Förderungsweg erreichen Sie den Neubau von doppelt soviel Wohnungen. Sie kaufen das damit ein, daß sie eine kürzere Bindungsfrist haben, aber Sie haben aktuell mehr Wohnungen, und genau das halten wir für richtiger.

Drittens halten wir es für falsch – ich habe das schon im vorigen Jahr gesagt –, daß Sie die Obergrenze für Neumieten jetzt wieder in der Weise deckeln, wie es nicht gerechtfertigt ist. Ich kann es einfach nicht verstehen, daß Mieter im sozialen Wohnungsbau, die in alten Sozialwohnungen wohnen, mehr Wohnungsmiete bezahlen als diejenigen, die in neue Sozialwohnungen einziehen.

Es kann nicht angehen, daß die Altmieter im Durchschnitt eine Miete von über 9, fast 10 DM zahlen, während die neuen Mieter mit einer Miete von unter 9 DM davonkommen. Damit – die Wohnungsbauunternehmen haben Ihnen das vorgerechnet – verzichten Sie auf ein Finanzierungsvolumen von 40 Millionen DM pro Jahr. Diese **Fehlsubvention** kommt einer zusätzlichen Förderung von jährlich 800 Wohnungen über den 3. Förderungsweg gleich. Ich bitte, hier noch einmal im Interesse der Vernunft Überlegungen anzustellen.

Wir freuen uns, daß Regierung und Regierungsfraktion jetzt die **Fehlbelegungsabgabe** in den Haushalt aufgenommen haben. Das zeigt, daß gelegentlich doch Alternativen der Opposition aufgegriffen werden, obwohl heute morgen behauptet wurde, Alternativen der Opposition gebe es nicht. Hier ist es eindeutig so: Wir haben das eingebracht, Regierung und Mehrheitsfraktion haben das jetzt übernommen.

(Beifall bei der CDU)

Herr Innenminister, es gibt ein paar Punkte, über die das Land und insbesondere Sie noch einmal nachdenken sollten. Mehr und mehr entwickelt sich die **Baulandknappheit** zum größten Hemmnis für den Mietwohnungsbau. Es wird wenig – um nicht zu sagen: gar nichts – getan, um die **Gemeinden** zu veranlassen, mehr Bauland für Mietwohnungen auszuweisen.

(Ursula Kähler [SPD]: Das stimmt doch gar nicht! – Günter Neugebauer [SPD]: Sie wissen doch gar nicht, wovon Sie reden!)

Wir müssen den Mut haben, Wohnungen auch auf der grünen Wiese auszuweisen. Ich appelliere eindringlich an die beiden verantwortlichen Herren – ich habe das wiederholt gesagt, ich habe das auch neulich im Gemeinsamen Planungsrat gesagt –: Wir müssen sehr genau darauf achten, daß die zum Haupthindernis für den Wohnungsbau werdende Baulandknappheit nicht so gravierend wird, daß man zwar Geld hat und fördern könnte, aber kein Bauland zur Verfügung hat. Das wäre ein höchst unbefriedigender Zustand.

Die Situation im Lande ist natürlich unterschiedlich. Es mag in Rendsburg anders sein als bei uns im Hamburger Umland. Bei uns gibt es kaum noch Bauland. Nach den Plänen des Innenministers ist aber einer der Schwerpunkte das Hamburger Umland.

(Zuruf von Minister Dr. Hans Peter Bull)

– Die Planungshoheit haben die Gemeinden, das ist richtig, Herr Innenminister. Nur, wenn die Gemeinden wollen, müssen sie, bevor sie den **Flächennutzungsplan** und den **Bebauungsplan** genehmigt bekommen, einen langen Weg durchlaufen. Dieser Weg geht unter anderem über die Landesplanungsbehörde und über das Landesamt für Naturschutz, und dort bleibt es meistens hängen. Deshalb muß innerhalb der Regierung einmal Klarheit darüber geschaffen werden, was eigentlich geht. Die **Baulandausweisung** bleibt also eine große Aufgabe, die von der Regierung ernster genommen werden sollte.

Zur Vereinfachung der **Landesbauordnung**! Ich bedauere sehr, daß sie zu den Gesetzen gehört, die jetzt nicht mehr aufgelegt werden sollen. Es gibt eine Fülle von Aufgaben, die wir anpacken müßten, um das ganze Verfahren und das Bauen zu erleichtern. Wir müssen mehr tun, um die Bürokratie hier zu vereinfachen.

Letzte Bemerkung hierzu! Wir alle wissen natürlich, daß die **Baukapazität** im Lande langsam an ihre Grenzen stößt. Auch das ist ein Punkt, den wir bedenken müssen. Es hat keinen Zweck, ständig mit öffentlichen Mitteln zu fördern. Dann fördert man unter Umständen nur die höheren Preise und nicht mehr Wohnungen. Diesen Punkt müssen wir bei aller Notwendigkeit, so schnell wie möglich Wohnungen zu bauen, bedenken. Eventuell muß mit der Förderung

(Karl Eduard Claussen)

eher bis zum nächsten Jahr gewartet werden, um Verzerrungen zu verhindern.

Meine Damen und Herren, wenn Sie unseren Vorschlägen, die wir immer wieder gemacht haben und die Sie unseren Anträgen entnehmen können, folgen, können Sie mit uns gemeinsam das Ziel erreichen, schneller mehr Wohnungen zu bauen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat die Frau Abgeordnete Alfken.

Marliese Alfken [SPD]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Claussen, ich freue mich, daß Sie dem Innenminister für die kommenden Jahre Ihre Unterstützung zugesagt haben, beweist das doch, daß Sie davon ausgehen, daß wir auch die nächste Regierung stellen und unsere erfolgreiche Politik fortsetzen können.

(Beifall bei der SPD)

Zur Wohnungspolitik!

(Zuruf des Abgeordneten Peter Aniol [CDU])

Ich denke, daß sie einen guten Namen in Schleswig-Holstein hat und eine stolze Leistung der Landesregierung ist. Man kann sie als eine Erfolgsstory für Schleswig-Holstein bezeichnen.

Dem **Wohnungsbau** Priorität zu geben, war die richtige Antwort auf die große Herausforderung, die wir 1988 vorgefunden haben. Die Bilanz zeigt: CDU 1985 bis 1988 1000 soziale Mietwohnungen, SPD 1989 bis 1992 über 10 000 soziale Mietwohnungen. Ich habe mir einmal die Liste der Bauleistungen in den letzten 20 Jahren angesehen. Man muß schon bis 1973 zurückgehen, um zu dem **Bauvolumen** zu kommen, das wir für 1992 planen. Ab 1973 ist es bei Ihnen rückwärts gegangen, bis hin zur Talsohle 1988 mit 171 Sozialwohnungen und insgesamt nur 1580 Wohnungen in Schleswig-Holstein.

Wenn Sie den **Raumordnungsbericht** zitieren, sollten Sie ihn vollständig zitieren, denn der Raumordnungsbericht weist für 1987 deutlich ein **Wohnungsdefizit in Kiel** aus. Es ist nicht so, daß wir überall die Vollversorgung, die Sie hier an die Wand gemalt haben, hatten. Was im übrigen das vorausschauende Planen anbelangt – Demographen und Statistiker haben bereits 1987 darauf hingewiesen, daß sich die Situation, wie wir sie übrigens auch bei den Schülern und Studenten inzwischen erlebt haben, innerhalb kurzer Zeit wesentlich verändern würde. Wir brauchen das jetzt nicht alles aufzuzählen, es war aber erkennbar, und früheres Handeln wäre sinnvoll gewesen.

Wir haben das Ruder herumgeworfen, dem **sozialen Wohnungsbau** Priorität gegeben und den Wohnungsbau insgesamt angekurbelt. Das Ergebnis unseres Wohnungsbauprogramms 1990 bis 1993 weist einschließlich der auch für das Jahr 1993 vorgesehenen zusätzlichen 1500 Wohnungen aus dem Ballungsraumprogramm und den Wohnungen aus der Zweckrücklage der IB per saldo fast 16 000 Wohnungen für Schleswig-Holstein aus. Das muß man dick unterstreichen.

(Beifall bei der SPD)

Das **Land** hat in großen Kraftakten mehr getan, als seine Pflichtfinanzierung aus der Komplementierung des Bundesprogramms erforderte. Die Zahlen weisen aus: 1991 betrug der Bundesanteil 25 %, der Landesanteil jedoch 64 %, hinzu kamen die 11 % des kommunalen Anteils aus dem Solidarpakt, der weiterhin Gültigkeit hat.

Im Jahre 1991 hat der Bund dem Land übrigens glatt 17 Millionen DM durch die Reduzierung von 2,2 Milliarden auf 1,76 Milliarden DM weggenommen. Das bedeutet für Schleswig-Holstein ein Minus von 180 Wohnungen. Man kann das auch vulgär ausdrükken: Der Bund hat Schleswig-Holstein in diesem Jahr 180 Wohnungen geklaut.

171 Mietwohnungen 1978, 4000 Mietwohnungen 1992 – eines besseren Beweises für eine erfolgreiche, mieterfreundliche Politik, Wohnungen zu bezahlbaren Mieten zu schaffen, bedarf es wohl nicht. Dies findet auch die Anerkennung des Mieterbundes. Dabei haben wir den **Eigenheimbau** nicht vernachlässigt. Über 1100 Vorhaben sind im Jahre 1992 in der Förderung geplant, aufgestockt um 75 Wohnungen wurde das **Programm zum Ausbau landwirtschaftlicher Gebäude**, wieder gefördert werden **Landarbeiterwohnungen**. Zusätzlich wollen wir 200 **Studentenwohnungen** fördern. Damit liegt die Zahl – sie wurde hier bereits einmal genannt – 1992 deutlich über 5000.

In Zahlen ausgedrückt heißt das: 330 Millionen DM kommen aus der Landeskasse, 195 Millionen DM vom Bund. Das unterstreicht nachdrücklich, daß das Land weiterhin mehr tut, soweit das angesichts der Finanzenge überhaupt in seinen finanziellen Möglichkeiten liegt.

Diese Zahlenrelation gilt übrigens auch für das **Sonderprogramm für Ballungsräume**. Das Land zeigt sich weitaus zahlungswilliger, wenn man die 39,48 Millionen DM an Bundesmitteln, die in sieben Jahresraten gezahlt werden, den 60 Millionen DM an Landesmitteln gegenüberstellt. Leider müssen wir heute feststellen, daß 13 Millionen DM weniger als ursprünglich angekündigt aus Bonn fließen.

Gegenüber den Mietwohnungen aus dem laufenden Programm 1992, die mit der Mietobergrenze von 7,80 DM angesetzt werden, müssen wir bei Wohnungen aus dem Ballungsraumsonderprogramm mit **Mieten** um die 10 DM rechnen. Herr Meyer, das ist nicht unsere freie Entscheidung, sondern das ist Bonner Direktive. Das sollte man einmal deutlich machen.

(Günter Neugebauer [SPD]: Wer soll das noch bezahlen?)

(Marliese Alfken)

Was das Ballungsraumprogramm anbelangt, so werden wir mit den schleswig-holsteinischen Wohnungsbaugesellschaften verhandeln müssen, möglichst lange **Bindungsfristen** zu vereinbaren, damit es eben nicht so wie im 3. Förderweg geht, den wir als falsch ablehnen, weil er zu teuer ist.

Es entsteht sonst eine „Ex- und Hopp"-Situation, Ex gleich: Aus nach zehn Jahren, und Hopp: Der Zuschußbetrag aus Steuergeldern ist weg und steht dem Wohnungsbau nicht mehr zur Verfügung. Alle aus den ab 1992 einsetzenden Zins- und Tilgungszahlungen für Aufwendungsdarlehen und aus der Fehlbelegungsabgabe eingehenden Mittel sind ausschließlich für die Wohnungsbauförderung einzusetzen und dienen damit zur Finanzierung 1992.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, interessant ist schon, daß in Bonn von dem Sprecher der CDU/CSU-Fraktion ein völlig neues Konzept gefordert wird. Herr Dr. Kansy will, daß das Wohnen deutlich teurer wird. Er fordert, daß dies nicht nur die Mieten heute preisgünstiger Wohnungen betreffen darf, sondern auch die Eigenheimbesitzer betreffen soll. Da wundere ich mich schon. Denn die CDU dieses Hauses wehrt sich doch gegen Überlegungen, Eigenheimer, die wegen gestiegener Einkommen nach 15 Jahren als fehlgefördert oder fehlbelegt anzusehen sind, bei Einführung einer **Fehlbelegungsabgabe** mit heranzuziehen. Hü hier, hott in Bonn! Da soll die CDU doch wirklich sagen, was sie will.

(Beifall bei der SPD)

Mit zwei gravierenden Fehlern der Bonner Wohnungspolitik will ich mich hier noch einmal auseinandersetzen. Noch immer werden Wohnungen aus dem Bestand gefördert. Das heißt, bei **Umwandlung von Mietwohnungen in Eigentumswohnungen** gibt es Fördermittel. Damit schafft man keine einzige zusätzliche Wohnung. Sinnvoll wäre es, dieses Programm sofort zumindest vorübergehend zu stoppen, bis wir eine andere Situation im Lande haben.

(Beifall bei der SPD)

Und ein Zweites – es ist in der Novemberdebatte schon einmal angeklungen –: Der neugestaltete **§ 10 e des Einkommensteuergesetzes** ist höchst unsozial und ungerecht.

(Beifall des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Bezieher von Einkommen zwischen 220 000 und 240 000 DM werden mit 114 900 DM gefördert, während Bezieher von Einkommen um die 60 000 DM, also die Normalbürger, um 51 000 DM benachteiligt werden. Dies ist eine völlig falsche, interessengerichtete Politik für eine bestimmte Klientel.

(Beifall bei der SPD)

Unsere Antwort darauf – und wir haben die Forderung schon erhoben – heißt: Abzug von der Steuerschuld. Das schafft Gerechtigkeit.

Sehr geehrte Damen und Herren, unter dem Stichwort Qualität im Quantitativen der schleswig-holsteinischen Wohnungspolitik will ich drei Bereiche hervorheben. Der erste Bereich ist die Berücksichtigung der sich abzeichnenden Veränderung im Altersaufbau mit der Zunahme der Zahl alter Menschen, älterer Menschen, und hier haben wir gesagt: Bis zu 40 % der Wohnungen im sozialen Wohnungsbau können altengerecht für **betreutes Wohnen** zur Verfügung gestellt werden. Wir werden diesen Weg weitergehen, um den zukünftigen Bedarf wirklich auch befriedigen zu können und etwas für die Menschen zu tun.

Das zweite: Der **Studentenwohnheimbau** lag nach langen Jahren CDU-Abstinenz völlig im argen. Er ist neu angekurbelt worden. In Kiel, Flensburg und Lübeck sind Studentenwohnheime im Bau. Eine weitere Aufstockung um 200 Studentenwohnungen nehmen wir mit dem jetzigen Haushalt vor.

Zum Hit wurden die von uns aufgelegten Programme **Ressourcensparendes Bauen** und **Niedrigenergiehaus**, die wir wegen der starken Nachfrage noch einmal deutlich um 2 Millionen DM aufstocken.

(Beifall bei der SPD)

Damit nimmt Schleswig-Holstein eine führende Rolle in der Bundesrepublik ein.

Dem Erhalt von Wohnungen dient das von der Landesregierung ausgesprochene **Zweckentfremdungsverbot**. Es darf einfach nicht mehr passieren, daß Mietwohnungen verlorengehen. Mit der Beratung der Fehlbelegungsabgabe, auf die ich jetzt nicht mehr näher eingehen werde, hat der Wirtschaftsausschuß begonnen. Per 1. Juli 1992 soll sie wirksam werden.

Herr Claussen, Sie haben auf Ihre **Anträge zum Wohnungsbau** in den letzten Jahren hingewiesen. Ich habe mir das noch einmal angeschaut. Dabei habe ich festgestellt, daß zu den Haushalten keine konkreten Anträge gestellt worden sind, die nicht lediglich Veränderungen von Bonner Zahlen bedeutet hätten. Das, was Sie dargestellt haben, vermisse ich eigentlich. Interessant ist schon, welchen Stellenwert Sie zum Beispiel dem Mietwohnungsbau geben. Wenn ich mir Ihr Wahlprogramm ansehe: „Mietwohnung" kommt nicht vor. Sie setzen nach wie vor ausschließlich auf Eigentum, und ich denke, dies heißt, die Sorgen vieler Menschen einfach nicht wahrnehmen wollen.

(Beifall bei der SPD)

Lassen Sie mich zu den diesjährigen Anträgen eine Bemerkung machen. Wir haben einen unterschiedlichen Ansatz, was die **Fehlbelegungsabgabe** angeht. Ich denke, wir sind mit unseren 2 Millionen DM realistischer unter Berücksichtigung der Tatsache, daß es sich nur um ein halbes Jahr handelt. Unser Programm 1990/93, das wir vorgelegt und kräftig aufgestockt haben, gibt Antwort auf die wohnungspolitische Herausforderung. Damit werden – ich habe es erwähnt – über 5000 Wohnungen gefördert. Es stellt einen Rekord für Schleswig-Holstein auf, und es ist eigentlich das Ausrufezeichen hinter unserer wohnungspoli-

(Marliese Alfken)

tischen Erfolgsstory – trotz knapper Finanzen, die wir heute hier im Haushalt absichern wollen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident: Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat Herr Innenminister Dr. Bull.

Dr. Hans Peter Bull, Innenminister:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es läge ja nahe, bei dieser Gelegenheit hier eine große innenpolitische Bilanz von dreieinhalb Jahren Tätigkeit abzuliefern. Die Stunde ist dafür nicht geeignet, und außerdem wäre da zuviel Selbstlob nötig. Das liegt mir nicht so.

(Beifall bei der SPD)

Ich überlasse es also dem Urteil anderer zu sagen, wie gut oder wie schlecht dieser Innenminister in der Zeit seiner Amtsführung die Arbeit hier geleistet hat, und hoffe, daß wir uns weiter über viele konkrete Fragen unterhalten können, die gegenwärtig zu lösen sind, ohne dabei den Blick für die großen Perspektiven, für das zu verlieren, was als visionäres Element zu jeder Politik gehört.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich muß ausdrücklich das zurückweisen, was Herr Paschen hier in einer vagen, unklaren Andeutung ausgesprochen hat, daß es nämlich kein reines Vergnügen sei, mit und bei der SPD Innenminister zu sein.

(Beifall bei der SPD)

Das Gegenteil ist der Fall. Denn diese Partei steht für Liberalität und Sicherheit in gleicher Weise, in klarer Abwägung der jeweils konkret sich stellenden Probleme.

(Beifall bei der SPD)

Wenn Sie sagen, verehrter Herr Paschen, wir hätten das **Verfassungsgericht** zu fürchten, könnte ich jetzt eine Gegenrechnung aufmachen und aufführen, was die CDU-Regierung schon alles vor dem Verfassungsgericht an Prozessen verloren hat. Da gibt es solche über die Kommunalverfassung und das kommunale Wahlrecht, die durchaus große Bedeutung für das Land und seine Rechtsordnung hatten. Ich lasse das einmal dahingestellt. Wir wollen hier jetzt nicht die alten Dinge allzu genau wieder aufgreifen.

Ich hätte auch Lust, bei dieser Gelegenheit über Dinge zu sprechen, die noch nicht angesprochen worden sind und die immer ein wenig im Schatten des öffentlichen Interesses stehen, zum Beispiel Fragen der **Ausbildungsreform** und Fragen der **Verwaltungsfachhochschule**, die sich in einer strukturellen und inhaltlichen Reform befindet, die einen großen Schritt nach vorn bedeuten wird, oder die **Reform der Katasterverwaltung**, die wir angepackt haben, oder den verstärkten Einsatz von Informationstechnik in der Verwaltung des Landes in Zusammenarbeit mit den Kommunen. Auch das sind wichtige Themen, und bis hin zur Statistik wäre manches zu sagen. Aber dazu reicht die Zeit heute nicht. Deshalb wende ich mich lieber den Schwerpunkten des Haushalts meines Ressorts zu.

Ich will einleitend feststellen: Dies ist ein sehr sparsamer Haushalt – die **Gesamtsteigerungsrate** liegt unter 1 % –, aber ein Haushalt, der die notwendigen Akzente setzt. Die Steigerungsraten in einzelnen Kapiteln oder in einzelnen Bereichen nämlich sind durchaus beachtlich, etwa beim Personalhaushalt der Polizei fast 9 % und beim Sachhaushalt der Polizei auch immerhin 3 %.

Sagen Sie also bitte nicht, wir wüßten nicht zu unterscheiden! Die Kunst der Politik besteht doch gerade darin, in Zeiten knapper Mittel die **Schwerpunkte** richtig zu setzen. Zweifellos gehört es nicht zu den Schwerpunkten, lieber Herr Paschen, sich über die Automarken „Golf" oder „Passat" zu unterhalten, ganz abgesehen davon, daß wir nicht auf die altertümliche Weise Verbrecher jagen, indem wir immer nur hinterherfahren; wir sperren auch mal Straßen und benutzen dazu eben die modernen Kommunikationsmittel, die Sie bei uns vermissen.

Ich muß meinem Freund Rolf Selzer entschieden widersprechen, wenn er behauptet, ich hätte oder sei eine Luxuslimousine. Das stimmt absolut nicht.

(Rolf Selzer [SPD]: Vom Äußeren, meine ich! – Zuruf von der CDU)

– Danke schön! – Gerade in der Ausstattung des Ministeriums selber befleißigen wir uns, wie alle Kenner wissen, der nötigen **Sparsamkeit** und Enthaltsamkeit, was Luxus jedweder Art angeht. Wir stecken die Mittel in die Sacharbeit, in die Polizei, in die Wohnungsbauförderung und so weiter.

(Beifall bei der SPD)

In diesem Zusammenhang ist natürlich auch einzuräumen – man soll ja Defizite auch zugeben –, daß wir bei den **Atem-Alkoholtestgeräten**, verehrter Herr Paschen, einen Fehlbestand von 137 Stück haben. Wir haben den Bedarf auch noch nicht für den Haushalt 1992 anmelden können, sondern werden ihn erst für 1993 anmelden. Ich bekenne, daß wir in diesem Punkt versagt haben,

(Herbert Paschen [CDU]: Sehen Sie, Herr Selzer, ich habe doch recht!)

total versagt haben in diesem zentralen Punkt unserer **Polizeipolitik**. Die Atem-Alkoholtestgeräte stehen nicht in ausreichender Zahl zur Verfügung. Es tut mir leid.

Wir haben trotzdem in der letzten Zeit eine ganze Reihe von Personen feststellen können, die mit Alkohol im Blut Auto gefahren sind und ihrer Strafe zugeführt worden sind. Gerade neulich – daran entsinnen Sie sich sicherlich – gab es eine große Aktion, bei der ja erfreulicherweise herausgekommen ist, daß nicht ganz so viele Sünder auf unseren Straßen sind, wie wir befürchtet hatten.

(Minister Dr. Hans Peter Bull)

Wir haben – um nun zu einem wirklich ernsten Problem zu kommen – ein rechnerisches Fehl an Stellen, wenn Sie einfach davon ausgehen, daß wir einen einmal vorhandenen Bestand an Arbeitszeit oder Arbeitsstunden auf Dauer festschreiben müssen. Aber so schlicht denken wir ja nicht. Es kommt darauf an, die vorhandenen Arbeitskräfte, die Menschen, die bei der Polizei arbeiten, richtig einzusetzen. Eben dazu haben wir in den letzten Jahren in der **internen Organisation** große Fortschritte gemacht, die man gar nicht nach außen verkünden kann, weil das immer Einzelschritte sind. Aber wir werden demnächst auch größere Schritte machen, nämlich bei der **Neufeststellung des Personalbedarfs**. Darüber werden wir dann öffentlich reden und schreiben, und wir werden diese Diskussion mit Ihnen fortsetzen.

Natürlich wäre es wünschenswert, mehr Polizeibeamte anstellen zu können. Das ist ja doch eine Binsenweisheit. Kein Mensch wird daran zweifeln. Es geht zur Zeit nicht. Wir werden sehen, wie sich das in Zukunft entwickelt

(Zuruf von der CDU: Schlecht!)

und was sich da machen läßt. Warten wir es ab! Wirken wir gemeinsam dafür, daß sich die Zukunft des Landes und insbesondere der Landesfinanzen, meine Damen und Herren von der Opposition, bessern! Tun Sie das Ihre dafür in Bonn!

(Beifall bei der SPD)

Für Ihre Unterstützung in Sachen **Polizei** danke ich Ihnen, aber ich hätte sie manchmal lieber etwas konkreter, etwas sachkundiger, etwas spezifischer erfahren. Herr Paschen, neulich waren Sie ja bei der Polizei in Norderstedt dabei. Kommen Sie doch öfter mit, kommen Sie doch mit zu den Polizeidienststellen oder zu den Kommunalverwaltungen, und lassen Sie uns die Dinge dann genau bereden!

(Unruhe bei der CDU)

Machen Sie sich bitte nicht zum unkritischen Lobbyisten für irgendwelche Verbände!

(Bertold Sprenger [CDU]: Das macht doch Herr Zahn für Sie!)

Das geht mit Sicherheit schief. Dann werden Sie sich nämlich heute in die eine Richtung und morgen in die andere bewegen, und dann werden Sie jegliches Profil, so Sie eines haben, verlieren.

Dies eben darf nicht sein. Sie sollten sich bitte eine eigene Meinung, ein eigenes Urteil bilden, mit kühlem Verstand und klarem Blick, und nicht die Dinge vernebeln, wie das natürlich manche aus eigenem Interesse heraus tun, die auch nie zufrieden sind. Wenn wir etwa Verbesserungen, wesentliche Verbesserungen für die **Stellenstruktur der Polizei** einführen, dann sollte das auch gewürdigt werden und nicht einfach als eine völlig zu vernachlässigende Sache unerwähnt bleiben.

Meine Damen und Herren, ein weiterer Schwerpunkt meiner Ausführungen heute muß natürlich die **Kommunalpolitik** sein. Sie haben die Legende von der unmäßigen, von der übermäßigen Belastung der Kommunen in die Welt gesetzt, meine Damen und Herren von der Opposition. Sie müssen sich entgegenhalten lassen, daß sich diese Landesregierung, was ihre Leistungen für die Kommunen angeht, nicht übertreffen läßt. Im Jahre 1987 haben die Kommunen im Land insgesamt 2,1 Milliarden DM vom Land bekommen. Im Jahre 1992 werden es 3,2 Milliarden DM sein, eine fünfzigprozentige Steigerung, eine Steigerung auch des Anteils, den die Kommunen aus dem Landeshaushalt bekommen. In den Jahren 1975 bis 1987 waren es um die 20 % bis 22 %, teilweise unter 20 % – nur 1980 waren es 23 % –; jetzt sind es 25,4 %. Jede vierte Mark der Nettoausgaben des Landes geht an die Kommunen. Ein weiterer Anstieg ist geplant.

Deshalb ist es abwegig zu sagen, daß die **Kommunen** in einer desolaten **Finanzlage** seien. Es gibt solche Fälle. Es sind Einzelfälle, aber sie sind nicht die Regel. Die Einkommensentwicklung der Kommunen muß genau beobachtet werden. Sie ist aber kein Grund dafür, nun das Land für alles und jedes in Anspruch zu nehmen, was von den Kommunen geleistet werden muß.

In diesem Zusammenhang, meine Damen und Herren, ist etwas einmal in allem Ernst festzustellen. Wenn davon gesprochen wird, daß **Aufgaben** auf die **Gemeinden** abgewälzt werden, dann muß man zumindest zweierlei unterscheiden:

Erstens! Zum ganz großen Teil sind es überhaupt nicht neue Aufgaben, sondern nur neue **Modalitäten der Aufgabenerfüllung**. Wenn wir etwa neue Regeln für den Umgang mit Informationen schaffen, dann ist das nicht eine neue Aufgabe, sondern eine uralte, eine ständige Aufgabe, die originäre Aufgabe der Verwaltung sogar; sie wird nur neu geregelt. Jedem Beamten und Angestellten der öffentlichen Verwaltung ist auch zuzumuten, neu zu lernen, sich neue Gesetze, neue Regeln anzueignen. Wenn wir das bei der Landesbauordnung oder beim Landeswassergesetz oder beim Naturschutzgesetz machen, so ist das keine neue Aufgabe. Das sind doch Legenden. Es ist eine völlige Verzerrung der tatsächlichen Vorgänge, wenn gesagt wird, daß hier neue Aufgaben abgewälzt würden.

Zweitens! Es gibt eine ganze Reihe von Aufgaben, die Sie ja immer wieder zu nennen belieben, die keine Aufgaben sind, die den Kommunen fremd sind oder fremd sein könnten. Vielmehr sind es Aufgaben, die ihrem Kern, ihrem Inhalt nach unbedingt und in erster Linie von den Kommunen erfüllt werden müssen. Es sind **Aufgaben** der Sorge für die **Einwohnerinnen und Einwohner** der Gemeinden. Jugendförderung, Kindertagesstätten, Betreuung von Betreuungsbedürftigen auf der einen Seite, aber auch Abfallwirtschaft auf der anderen Seite, was sind denn das anderes als örtlich zu erfüllende Aufgaben? Auch die **Gleichstellungsbeauftragte** zum Beispiel ist eine kommunale Aufgabe, eine **Selbstverwaltungsaufgabe**, die im Interesse der Frauen und damit natürlich auch der

(Minister Dr. Hans Peter Bull)

Männer und Kinder in der Gemeinde wahrzunehmen ist.

Damit ist gleich mit angesprochen, daß solche Aufgaben natürlich auch die Sorge für das eigene Personal der Kommunen umfassen. Die Gleichstellungsbeauftragten kümmern sich um das Personal der Gemeinden und Kreise und Ämter.

Darüber hinaus haben wir die **Mitbestimmung** natürlich als eine ureigene Aufgabe der Kommunen anzusehen, nicht als eine, die ihnen vom Land aufgepfropft worden ist.

Was ist denn das für eine Sichtweise von **kommunaler Selbstverwaltung**? Die Kommunen sind doch sonst mit Recht darauf bedacht, daß das Land ihnen nicht Aufgaben wegnimmt, sondern daß sie ihre volle Entfaltungsfreiheit haben.

Sie sollten sich eigentlich werbend um neue Aufgaben oder um eine neue Qualität von Aufgaben bemühen. Dies wäre sinnvoll, aber nicht die Gegenstrategie.

Das bezieht sich dann etwa auch auf die örtliche Kontrolle des ruhenden und von Teilen des fließenden Verkehrs. Das ist zu sehen als ein Element in dem Zusammenhang der örtlichen Planung, der Verkehrsplanung, aber auch der Stadtgestaltung, daß man dort auch für die entsprechenden Kontrollen, Überwachungen sorgt und dies nicht als eine lästige Aufgabe betrachtet, die von einer anderen Instanz abgewimmelt wird.

Oder nehmen wir die **Wohnungsbauförderung**. Da lese ich doch tatsächlich in Ihrer umfangreichen Dokumentation – wie Sie das so nennen –, daß die Wohnungsbauförderung nun eine neue Aufgabe sei, die den Gemeinden aufgedrückt werde. – Du liebe Güte! Das steht schon im II. Wohnungsbaugesetz – von wann war das? –, von 1955. Natürlich ist das eine uralte Aufgabe der Gemeinden. In der Vergangenheit ist nur eine Entlastung eingetreten, weil die Grundsteuer ausgesetzt wurde. Nun gibt es wieder Grundsteuern auch für Neubauten im sozialen Wohnungsbau.

Damit machen die Gemeinden einen Schnitt; sie verdienen sogar dabei.

(Vizepräsident Alfred Schulz übernimmt den Vorsitz)

Die 135 DM Pflichtquote, die wir beim sozialen Wohnungsbau erwarten, ist eine sehr gute Geldanlage für jede Gemeinde. Das ist im Vergleich zu dem, was andere **Länder** in der Wohnungsbauförderung von ihren **Gemeinden** erwarten, sehr wenig. In Großstädten im Süden und im Westen des Landes muß ein Mehrfaches davon eingesetzt werden. Ich möchte hinzufügen: Neue Gesetze bringen auch sonst Einsparungen mit sich, wenn man diese Gesetze wirklich richtig anwenden will.

Das **Mitbestimmungsgesetz** dient doch nicht der Verkomplizierung, sondern der Vereinfachung, der vertrauensvollen Zusammenarbeit.

(Beifall bei der SPD)

Es führt dazu, daß Konflikte besser bewältigt werden oder daß Konflikte gar nicht erst entstehen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Es ist ein rein formaler „statischer" Rechenvorgang, wenn man hier annimmt, daß dabei nur Kosten entstünden; vielmehr ist es so, daß Kosten gespart werden.

Genauso ist es bei der effektiven Tätigkeit der **Gleichstellungsbeauftragten**. Natürlich ist das eine Einsparungsmöglichkeit, weil Konflikte frühzeitig und schnell bereinigt werden können.

(Beifall des Abgeordneten Horst Hager [SPD])

Auch die Kostenobergrenzen im sozialen Wohnungsbau werden von Ihnen angegriffen, meine Damen und Herren von der Opposition. Das ist doch kaum glaubhaft. Diese Kostenobergrenzen dienen der Kostensenkung und nicht etwa dazu, die Gemeinden im Regen stehenzulassen.

Nehmen Sie also Abschied von Ihren Legenden und kommen Sie zu einer konkreten, nüchternen Betrachtung der Dinge! Sie werden dann sehen: Die Dinge laufen gut.

(Beifall des Abgeordneten Rolf Selzer [SPD])

Abschließend möchte ich nur noch einige Bemerkungen zur Wohnungs- und Städtebauförderung machen. – Wir alle haben mit großem Bedauern die Taktik des Bundes festgestellt, bei der **Städtebauförderung** rabiate Einschnitte vorzunehmen. Wenn Sie uns vorwerfen, wir hätten das alles kompensieren sollen, dann täuschen Sie sich einfach über die Möglichkeiten des Landes. Ich nehme Ihnen auch nicht ganz ab, daß Sie ernsthaft erwogen hätten, wir sollten alles das, was der Bund in Höhe von 42 % der Mittel kürzt, aus der Landeskasse wieder dazutun.

Aber eines muß auch klar sein – das möchte ich hier doch einmal ganz deutlich herausstellen –: Der Haushalt ist so aufgebaut, daß jede Mark, die wir vom Bund für die Städtebauförderung bekommen, mit einer weiteren Mark an Landesgeld ergänzt wird. Die Komplementierung findet im Verhältnis von 1 : 1 statt, wie es die Vorschrift ist. Daran halten wir uns. Das werden wir auch hier tun. Und wenn der Bund – wie es sich hoffentlich bald wieder abzeichnet – die Mittel wieder erhöht, dann werden wir die natürlich auch komplementieren. Wir werden Wege dafür finden.

Meine Damen und Herren, der Abgeordnete Meyer hat eine Bemerkung zu den **Eigentumsmaßnahmen** gemacht. Dazu ist eine kleine Korrektur anzubringen, die auf meine Seite zurückgeht. Bei unserer ersten Presseerklärung sind die 400 Eigentumsmaßnahmen der IB nicht besonders erwähnt worden. Diese waren auch damals schon drin. Wir sind insofern konsequent. Ich meine, es hat sich also keine Veränderung ergeben.

Das eigentlich Neue an der gegenwärtigen Situation ist, daß wir unter dem Diktat der Bundesbauministerin,

(Minister Dr. Hans Peter Bull)

sehr geehrter Herr Claussen, nun tatsächlich nicht umhin können, den 3. Förderungsweg einzuführen. Wir werden versuchen, das Beste daraus zu machen

(Karl Eduard Claussen [CDU]: Aber nur für das hier!)

– nur für das Sonderprogramm Ballungsgebiete –, indem wir eine sehr große Zahl von Wohnungen, nämlich 1500, schaffen werden, indem wir also mit geringeren Förderungsbeträgen für eine kürzere Bindungszeit in diesen Gebieten, die wir möglichst weit definieren wollen – das sage ich hier ganz offen –, zusätzlich Wohnungen schaffen.

Das Diktat des Bundes ist eigentlich unerträglich,

(Beifall bei der SPD)

weil sich natürlich erweisen wird, daß zwar in Teilen Übereinstimmung besteht mit den Zielvorstellungen der Bundesbauministerin – die ja im Hinblick auf die nächste Bundestagswahl speziell ihre Klientel, mittlere Einkommen, fördern will –, weil dort auch aus unserer Sicht ein Bedarf besteht; aber die Versuche von Bonn, alle Länder einzubinden, und zwar bis hin zu konkreten Mietpreisen für verschiedene Mietstufenklassen und so weiter, ist unerträglich.

Wir haben Mühe gehabt, dies abzuwenden, aber die vereinigte Front aller Wohnungsbauminister der Bundesrepublik hat es bewirkt, daß wir hier jedenfalls zu einer formal ordentlichen Form kommen.

Ich will das nicht vertiefen, sondern möchte nur betonen, Herr Claussen: Natürlich wird es keine Defizite bei der **Investitionsbank** geben. Sie kennen doch die **Liquiditätsrechnungen**. Die sind ganz klar, überzeugend und eindeutig. Wir werden die Schulden, die wir jetzt machen müssen, auf Heller und Pfennig zurückzahlen, und zwar in abgestuften Zeiträumen, wie Ihnen das im Finanzausschuß auch vorgetragen worden ist.

Die Bewilligungsmiete für die neuen Wohnungen ist nicht zu niedrig, sondern ist sozial angemessen. Sie muß so ausfallen. Wir können nicht gleich in phänomenaler Weise erhöhen.

(Beifall des Abgeordneten Rolf Selzer [SPD])

Lassen wir es dabei, daß wir die Diskussion dann vielleicht auf einer anderen Ebene fortsetzen.

Sie sagen auf der einen Seite: Noch einmal viele **Wohnungen** zu fördern, könnte an die **Grenze der Kapazität** stoßen, und Sie sagen auf der anderen Seite auch: 800 Wohnungen mehr hätte das gegeben. – Da ist eben wirklich die Grenze erreicht hinsichtlich der Frage, ob man das überhaupt machen sollte.

Die **Baulandknappheit** muß überwunden werden. Wir sind uns darüber einig, bei jeder Gelegenheit an die Gemeinden zu appellieren, entsprechend Bauland auszuweisen.

Die **Landesbauordnung** kommt in der nächsten Legislaturperiode in den Landtag. Sie ist so weit vorbereitet, daß in der nächsten Zeit ein Ressortentwurf veröffentlicht werden wird, der die Diskussion antreiben kann, der eine Grundlage sein wird für eine sehr interessante Diskussion über Fragen im Zusammenhang mit einer künftigen Bauordnung im Spannungsfeld zwischen Wirtschaftlichkeit, Ökologie, Behindertengerechtigkeit und Sozialverträglichkeit. Hier erwarte ich als Abschluß der Arbeit in dieser Legislaturperiode einen großen Anstoß für die Diskussion. – Die Kapazität dieses Landtags, die mit den nächsten Sitzungen an ihre Grenze gekommen ist, war der Grund dafür, jetzt keinen Gesetzentwurf mehr einzubringen.

Meine Damen und Herren, ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit. Ich nehme an, daß Ihr Interesse an der Innenpolitik fortdauern wird und daß wir uns noch lange gemeinsam über weitere Haushaltspläne unterhalten können.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Alfred Schulz:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Füllner.

(Wilhelm Marschner [SPD]: Oha!)

Meinhard Füllner [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe mich noch einmal zu Wort gemeldet, weil in den Beiträgen des Herrn Innenministers und der Kollegen Zahn und Selzer ein Bild gezeichnet worden ist, das der Wirklichkeit völlig widerspricht. Ich möchte das an wenigen Beispielen verdeutlichen.

Herr Zahn, Sie haben hier von einem neuen Geist in der Innen-und Rechtspolitik gesprochen.

(Holger Astrup [SPD]: Das ist richtig!)

Tatsache ist – Sie sind doch auch tagtäglich draußen im Lande –, daß unsere **Polizeibeamten** im Lande von Frust und **Unzufriedenheit** gekennzeichnet sind.

(Beifall bei der CDU – Holger Astrup [SPD]: Was? Frost?)

Kommen Sie in die Dienststellen der Polizei in unserem Lande!

Herr Innenminister, Sie haben – ich habe das vielen Presseerklärungen entnommen – die gleichen Eindrükke gewinnen können. Wenn ich die Zeitungsmeldungen richtig interpretiere, dann sind die Polizeibeamten überhaupt nicht zufrieden. Das fast joviale und freundliche Bild, das Herr Zahn hier gezeichnet hat – es fehlte eigentlich nur noch die Überreichung eines Blumenstraußes –,

(Rolf Selzer [SPD]: Das hat er vergessen!)

entspricht nicht den Tatsachen.

Herr Innenminister, ich will das kurz an vier Beispielen festmachen. Ich könnte viele andere hinzufügen. Sie, Herr Zahn, haben vor der Wahl als Wahlverspre-

(Meinhard Füllner)

chen zugesagt, die **Personalsituation**, die Personalstellensituation bei der Polizei zu verbessern.

(Peter Zahn [SPD]: Haben wir!)

Tatsache ist, daß wir eine Minusbilanz haben, daß unterm Strich, was die Aufgaben angeht, weniger Stunden herausgekommen sind.

(Ursula Kähler [SPD]: Was können wir dazu, wenn Sie nicht rechnen können!)

Ein zweites! Herr Innenminister, Sie haben den Entwurf eines **Polizeiorganisationsgesetzes** vorgelegt, das im Lande bei der Polizei, bei der Kriminalpolizei ebenso wie bei der Schutzpolizei, eine Unruhe hervorgerufen hat, die bisher ohne Beispiel gewesen ist.

(Holger Astrup [SPD]: Das ist schlicht falsch!)

Das war nicht darin begründet, daß man in dieser Frage unterschiedlicher Meinung sein kann und muß, sondern das war darin begründet, daß Sie dieses Gesetz in dilettantischer Weise vorbereitet und vorgelegt haben. Ich denke, dies ist der Beweis dafür, daß Sie in einem zweiten Punkt Vertrauen verloren haben.

(Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Alfred Schulz:

Herr Abgeordneter Füllner, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Meinhard Füllner [CDU]:

Nein, ich habe nur drei Minuten Zeit.

Ein dritter Punkt! Herr Innenminister, die **Bereitschaftspolizeiabteilung** ist ein weiteres Beispiel. Wenn Sie draußen im Lande sind, hören Sie überall – bei der BPA genauso wie bei den Polizeidienststellen – die Klage, daß unter Ihrer Verantwortung die Fähigkeit, besondere Einsätze durchzuführen, Verbandskraft in der Polizei zu haben, quasi gleich null ist. Sie ist fast ausgetrocknet.

Ein viertes Beispiel will ich nennen. Sie loben immer den **Rat für Verbrechensbekämpfung**.

(Holger Astrup [SPD]: Verhütung!)

Herr Innenminister, ich will gar nicht die Qualifikation derer bekritteln, die darin mitwirken. Das sind ja hochqualifizierte Leute.

(Beifall des Abgeordneten Holger Astrup [SPD])

Nur: Impulse sind von dieser Einrichtung nicht ausgegangen. Ich vermisse diese Wirkung auch in den Landtag, in den Innen- und Rechtsausschuß hinein. Dieser Rat hat bisher nichts Sichtbares gebracht.

(Zuruf der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

Ich will ein letztes zum Thema Polizei sagen. Meine Damen und Herren, wenn wir hier nicht zu einem Kurswechsel, zu einer anderen Einstellung des Dienstherrn gegenüber seinen Polizeibeamten, einem anderen Geist der Gestaltung der inneren Sicherheit im Lande Schleswig-Holstein kommen, werden wir große Schwierigkeiten haben, überhaupt Nachwuchs für die Polizei zu bekommen. Die **Attraktivität des Dienstes in der Polizei** im Lande hat ständig abgenommen. Ich denke, dies sollten wir ernst nehmen.

(Beifall bei der CDU)

Herr Innenminister, ich möchte ganz kurz – ich habe nur noch eine Minute –

(Holger Astrup [SPD]: Gott sei Dank!)

etwas zum Thema Kommunalminister sagen. Hier haben wir die gleiche Erscheinung wie bei ihrer Verantwortung für die Polizei: Frust und Unzufriedenheit im kommunalen Raum vom höchsten Grad!

(Beifall bei der CDU – Holger Astrup [SPD]: Das ist Blödsinn, Herr Kollege!)

Es ist ja nicht vom Himmel hergeholt, daß wir von der Ausplünderung der **Kommunen** reden. Herr Minister, ich sage: Es geht hier nicht um neue Formen der **Aufgabenerfüllung.**

(Ursula Kähler [SPD]: Sie holen das nicht vom Himmel, sondern aus dem tiefsten Schlamm!)

Natürlich gibt es immer neue Formen der Aufgabenerfüllung. Das meinen wir gar nicht. Mit dem Schlagwort „Ausplünderung der Kommunen"

(Manfred Sickmann [SPD]: Das ist ein leeres Schlagwort!)

meinen wir, daß unter Ihrer Verantwortung sozialdemokratische Politik auf Kosten der Kommunen umgesetzt wird. Das ist unser Ansatz.

(Beifall bei der CDU)

Ich denke, das läßt sich auch auf Punkt und Komma belegen.

(Holger Astrup [SPD]: Den Beweis sind Sie bis heute schuldig geblieben!)

Das gilt für das Bildungsfreistellungs- und Qualifizierungsgesetz genauso wie für das Mitbestimmungsgesetz, wobei ich hier gar nicht die Inhalte diskutieren will, sondern nur die neue Belastung für den kommunalen Raum.

Wir sind uns einig darin, daß die **kommunale Selbstverwaltung** natürlich in engem Zusammenhang mit ihrer **Finanzkraft** steht und daß die kommunale Selbstverwaltung überhaupt nur dann Sinn macht, wenn finanzielle Freiräume vorhanden sind.

(Holger Astrup [SPD]: Sie haben inzwischen mehr Geld gekriegt! Die Zahlen kennen Sie! – Dr. Klaus Klingner [SPD]: Erzählen Sie das Herrn Waigel!)

Ich wollte an diesen beiden Beispielen deutlich machen, daß dieses rosige Gebilde, das hier gezeichnet

(Meinhard Füllner)

worden ist, weiß Gott nicht der Wirklichkeit entspricht.

Herr Innenminister, wir bitten Sie auch, noch vor der Wahl deutlich zu machen, was Sie in der zweiten Phase „Änderung des kommunalen Verfassungsrechts" umsetzen wollen. Wir bitten Sie auch, ganz deutlich zu machen, wie Sie letztlich die Polizeiorganisation in ihren Grundstrukturen ändern wollen. Ich denke, das gehört vor einer Wahl auch zum Thema Klarheit und Wahrheit.

(Beifall bei der CDU – Ursula Kähler [SPD]: Haben Sie Ihren Rundumschlag gemacht, Herr Füllner?)

Vizepräsident Alfred Schulz:

Der Herr Innenminister hat das Wort.

Dr. Hans Peter Bull, Innenminister:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn es nur SPD-Politik auf Kosten der Kommunen ist und nicht auch die Politik anderer Demokraten, mehr Wohnungen zu bauen, mehr Mitbestimmung in den Kommunen durchzuführen, die Gleichstellung der Frauen voranzutreiben, wenn das und ähnliche Positionen nur SPD-Politik sind, ist es mir sehr recht.

(Beifall bei der SPD)

Ich habe eigentlich gedacht, daß mehr Kindertagesstätten, mehr Rechte für Personalvertretungen, mehr Chancen für Landfrauen auch Angelegenheiten der **Opposition** wären.

(Ursula Kähler [SPD]: Vor der Wahl!)

Das hatte ich mir eigentlich vorgestellt. Aber vielleicht habe ich mich da geirrt. Da habe ich mich sicher geirrt – nach Ihren Erklärungen von eben, Herr Füllner, ist das ein Irrtum, den ich bekennen muß.

Ich habe mich offenbar auch in Ihrem **Verständnis von Parlamentsarbeit** geirrt. Wir haben hier eine große Verfassungs-und Parlamentsreform gehabt. Dann höre ich mit Erstaunen, daß Sie vom Innenminister – also noch nicht einmal der ganzen Landesregierung, sondern nur einem Mitglied der Landesregierung – erwarten, er möge erst einmal im vorhinein sagen, was er denn wolle, wie das Gesetz aussehen solle, das erst in eine Beratung zu gehen hat, das erst eine breite gesellschaftliche Diskussion braucht. Amtsordnung, Magistratsverfassung sind Themen, die viele Menschen im Lande interessieren,

(Ute Erdsiek-Rave [SPD]: Merkwürdiges Demokratieverständnis!)

zu denen es viele Gesprächskreise sicherlich in Ihrer Partei genauso wie in meiner und in anderen, kleineren gibt, die sich mit dem Thema befassen und in denen man einen längeren Prozeß des Nachdenkens braucht. Sie sagen, der Innenminister solle einmal sagen, was er wolle, und erwarten, daß das dann Gesetz wird. Das ist ein wunderbares Bild für meine Person und meine Chancen, mich politisch durchzusetzen, aber eigentlich ein etwas trauriges Bild von Parlamentarismus.

(Beifall bei der SPD – Peter Wellmann [SPD]: Kasernenhofdemokratie!)

Das gilt genauso für das **Polizeiorganisationsgesetz.** Herr Füllner, Sie sagen, unser Entwurf gefalle Ihnen nicht und habe Unruhe ausgelöst. Er hat keine Unruhe bei der Schutzpolizei ausgelöst, sondern in der Tat bei der Kriminalpolizei. Weil das so ist, wollen wir ihn noch einmal diskutieren, wollen noch einmal einen Ländervergleich durchführen, wollen sorgfältiger vorgehen. Sie sagen, offenbar haue das in Ihren Entwurf doch durch. Das Wort „dilettantisch" möchte ich auf Ihren Entwurf eigentlich eher anwenden als auf meinen eigenen.

(Beifall des Abgeordneten Peter Wellmann [SPD])

Zum **Rat für Kriminalitätsverhütung!**

(Zuruf des Abgeordneten Holger Astrup [SPD])

Herr Füllner, der Rat ist vor gut einem Jahr ins Leben gerufen worden. Er arbeitet im stillen. Er entwickelt Initiativen. Er hat inzwischen auch große öffentliche Tagungen gemacht, die Sie vielleicht nicht wahrgenommen haben.

Ich verspreche Ihnen: Von ihm werden sehr weitgehende Impulse ausgehen. Einige sind an einigen Orten des Landes schon festzustellen, in Neumünster, in Henstedt-Ulzburg, in Lübeck und anderswo. Da geht etwas los – aber auch dies natürlich nicht gleich mit großem Tamtam am Anfang, sondern mit ruhiger Sacharbeit unter Einbeziehung vieler aus der Gesellschaft, aus der Wissenschaft, aus der Wirtschaft, aus der Politik.

Das ist der eigentliche Kurswechsel, den wir begonnen haben. Dabei wollen wir es bleiben lassen, auch wenn Sie, Herr Füllner, behaupten, die **Polizeibeamten** seien unzufrieden. Ich räume ein, daß es **Unzufriedenheit** gibt. Das traurige ist ja, daß es desto mehr Unzufriedenheit gibt, je mehr wir an sozialen Verbesserungen bringen. Das ist leider eine Erfahrungstatsache, die sich nicht allein auf die Polizei beschränkt. Es ist eigentlich überall so. Wenn man mit Reformen anfängt, wächst die Ungeduld, weil die Leute dann überhaupt erst merken, daß man reformieren kann, daß man es nicht bei den alten Verhältnissen belassen muß. Über diese Unzufriedenheit muß man eben sehr konkret reden. Das tue ich bei vielen Besuchen in vielen Polizeidienststellen, bei Stationen auf dem Lande, auf Revieren und Inspektionen. Wenn Sie das verfolgen, werden Sie sehen, daß ich den Beamten widerspreche, wenn Sie unvernünftige Forderungen stellen.

(Holger Astrup [SPD]: Nicht jedem alles versprechen! Sehr gut!)

Wir widersprechen, wenn wir etwas nicht leisten können oder es nicht für vernünftig halten. Das werden wir weiter so halten.

(Minister Dr. Hans Peter Bull)

Denken Sie einmal daran, daß die Polizei in Baden-Württemberg neuerdings zu großen Protestaktionen gegen die dortige Landesregierung aufruft. Mir kamen die Parolen einigermaßen bekannt vor.

(Peter Wellmann [SPD]: Haben die vielleicht miteinander telefoniert?)

Ich habe von unseren Polizeigewerkschaften inzwischen die Erklärung erhalten, daß unsere Maßnahmen in Ordnung seien und als Fortschritt begrüßt würden. In Baden-Württemberg ist man offenbar anderer Meinung. Wahrscheinlich ist es dort etwas schlechter als bei uns – ich will nicht sagen „viel schlechter", aber etwas schlechter –, obwohl man dort viel mehr Geld hat. Dort soll demnächst der Ministerpräsident persönlich attaktiert werden und so weiter und so fort. Woran mag das denn liegen?

Lassen Sie uns doch einmal gemeinsam darüber nachdenken, statt hier in unverantwortlicher Weise zu sagen, es gehe um die Sicherheit im Lande

(Holger Astrup [SPD]: Sehr gut!)

oder die öffentliche Ordnung oder die Erhaltung der guten Ordnung im Lande. Es ist unverantwortlich, wenn Sie dies jetzt herbeireden.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Alfred Schulz:

Weitere Wortmeldungen zum Einzelplan 04 liegen nicht vor.

Ich rufe den Einzelplan 05, Finanzministerin, auf. Gibt es im Vorwege zur finanzpolitischen Runde Wortmeldungen dazu?

(Dr. Joachim Lohmann [SPD]: Die Einzelpläne 05, 11 und 12 sollen gemeinsam behandelt werden!)

– Wir beziehen also den gesamten Einzelplan 05 in die Runde der finanzpolitischen Sprecher ein.

(Dr. Joachim Lohmann [SPD]: Ja!)

– Gut!

Ich rufe den Einzelplan 06 – Wirtschaftsminister – auf. Wird dazu das Wort gewünscht? – Herr Abgeordneter Sprenger, bitte.

Bertold Sprenger [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Gestatten Sie mir eine Vorbemerkung zum Einzelplan 06. Vor wenigen Wochen hat es auf Ihrem Parteitag in Harrislee eine Bemerkung Ihres Landesvorsitzenden gegeben. Er hat die kühne Behauptung aufgestellt, Sie hätten bei der Regierungsübernahme ein altes Haus übernommen. Ich lasse die Beiworte, die er obendrein genannt hat einmal weg.

(Ute Erdsiek-Rave [SPD]: Das war ein schönes Bild! – Holger Astrup [SPD]: Es war ein schwarzes Haus!)

Hierzu stelle ich mit Nachdruck fest: Das Haus des Wirtschaftsministers, das er von der CDU übernommen hat, war in einem guten Zustand. Der Zustand war so gut, daß Sie fast vier Jahre nicht zu tapezieren brauchten. Sie haben sogar die alten Gardinen hängen lassen. Eines haben Sie gemacht, Herr Wirtschaftsminister: Sie haben die Fassade neu gestrichen mit der Folge, daß nach fast vier Jahren die Farbe wieder abgeblättert ist. Die alte, solide Klinkerverblendung ist wieder da – natürlich schwarz verfugt –, und Neues haben Sie nicht auf den Weg gebracht.

(Ursula Kähler [SPD]: Dann muß da ja der Schwamm drin sein!)

Sie wollten in der **Wirtschaftspolitik** alles besser machen. Sie haben viel angekündigt, viel versprochen, aber wenig gehalten.

Sie haben dann in der Mitte der Wahlperiode zusammen mit der Finanzministerin viel auf Bonn geschimpft. Ich sage Ihnen: In den fast vier Jahren haben Sie das gute Haus des Wirtschaftsministers fast zu einer Notunterkunft verkommen lassen.

(Gelächter bei der SPD)

Selten hat sich ein Wirtschaftsminister so blamiert, wie Sie Herr, Dr. Froschmaier. Ich will das jetzt begründen. Sie schimpfen zusammen mit der Finanzministerin auf Bonn, daß von dort zu wenig Geld komme. Dann war die Steuerreform in der Diskussion, und Frau Simonis hat sich dazu hinreißen lassen, die neuen Länder mit ihrem ganzen schwierigen Aufbau zu kritisieren, daß das Geld nicht abfließe, daß da gebunkert werde. Das wir ihre Aussage.

Nun sage ich: Kehren Sie erst einmal vor Ihrer eigenen Tür. Es ist fast ein Skandal – dies wird auch noch in der Antwort auf eine Kleine Anfrage bestätigt –, daß diese Landesregierung im Jahre 1991 fast 10 Millionen DM an **Straßenbaumitteln** nach Bonn zurückgeben muß.

Nun habe ich heute morgen noch mit Bonn telefoniert,

(Gelächter und Beifall bei der SPD)

und ich will Ihnen folgendes sagen. Bonn hat gesagt: Wenn Schleswig-Holstein in der Lage gewesen wäre, baureife Projekte auszuweisen, hätte man mindestens noch einmal über die doppelte Summe reden können.

(Klaus Kribben [CDU]: So ist es!)

Soviel Geld stünde in Bonn zur Verfügung. Ich sage, Frau Ministerin, Herr Wirtschaftsminister: Dies fällt auf Sie zurück, wobei Sie, Frau Simonis, natürlich jubeln würden; denn Sie sind es ja gewesen, die sich zu einem frühen Zeitpunkt im Bundesrat gegen eine Erhöhung der Straßenbaumittel für die Länder ausgesprochen hat.

Nein, meine Damen und Herren, wir haben 26 Maßnahmen im vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplans, und Sie haben nicht eine baureife Maßnahme im Bundesstraßenbau, wo wir draußen im Lande den Bürgern sagen müssen – wir vertreten das

(Bertold Sprenger)

noch mit, weil wir die Finanzsituation des Landes kennen! –, der Radweg an der Bundesstraße könne mangels Masse nicht gebaut werden. Und Sie geben fast 10 Millionen DM zurück!

(Ursula Kähler [SPD]: Wenn Sie die Verwaltung mit soviel Kleinen Anfragen beschäftigen!)

Nein, meine Damen und Herren, der Wirtschaftsminister ist dem „Reiz der Langsamkeit" erlegen, ist am Schreibtisch eingeschlafen und hat die rechtzeitige **Planung** verpennt.

(Beifall bei der CDU – Hermann Benker [SPD]: Beleidigen Sie nur weiter die Verwaltung!)

Nun ist es ja nicht so, wie es auch heute morgen behauptet wurde, daß die Opposition nichts gesagt habe. Wir haben im Wirtschaftsausschuß in den Haushaltsberatungen laufend davor gewarnt, die **Stellen in den Straßenbauämtern** abzubauen – das haben wir mitgetragen –, gleichzeitig aber die Mittel für die Werkverträge nicht zu erhöhen. Dies haben Sie in den Wind geschlagen. Das erklären Sie draußen einmal dem Bürger!

(Ursula Kähler [SPD]: Lesen!)

Sie haben in fast vier Jahren – ich habe heute morgen die Antwort auf meine Kleine Anfrage erhalten – ganze drei Maßnahmen – im Landesstraßenbau zwei Maßnahmen, im Bundesverkehrswegeplan eine Maßnahme – planungsreif in der Schublade, aber Sie können sie nicht verwirklichen, Sie wollen erst im Jahre 1992/93 anfangen.

(Peter Wellmann [SPD]: Schrei doch nicht so laut!)

Da sind drei weitere Maßnahmen, die noch nicht planungsreif sind, und das war es denn auch schon. Sie haben in der Verkehrspolitik im Lande Schleswig-Holstein völlig versagt.

Herr Minister, alle Straßen, die Sie im Lande durch Durchschneiden der Bänder für den Verkehr freigegeben haben, waren in der Tat Maßnahmen, die die Handschrift der alten CDU-Landesregierung tragen. Das ist die Situation.

(Beifall bei der CDU – Horst Hager [SPD]: Helau, Helau! – Heiterkeit bei der SPD)

Sie haben die Mittel im Straßenbau, wofür das Land die Verantwortung trägt, bei der Haushaltsstelle 752 63 für 1992 auf 43 Millionen DM und in den Vorjahren sogar noch weiter heruntergefahren. Zu unserer Zeit, 1987, waren es 61 Millionen DM.

Ihre Leistungen im Straßenbau lagen im **Straßenrückbau** und im Aufstellen von Schildern zur **Geschwindigkeitsbegrenzung**. Lassen Sie mich das ganz deutlich sagen, Herr Wirtschaftsminister: Sie werden in die Geschichte des Landes als Verkehrsminister des Straßenrückbaus und des Schilder- und Schilda-Ministers eingehen; anders kann man das nicht definieren.

Leider ist Herr Börnsen nicht hier; ich möchte eine Klarstellung zur **vierten Elbtunnelröhre** in die Debatte einführen. Ich sage das, damit alles seine Richtigkeit hat und um einer Legendenbildung vorzubeugen. Diese Landesregierung ist es gewesen, die mit Hamburg eine Absprache getroffen hat, erst Fuhlsbüttel und dann den Elbtunnel auszubauen. Wir haben unsere Argumente schon einmal in einer Debatte ausgetauscht. Dann hat sich das Land Schleswig-Holstein bereit erklärt, für eine innerstädtische Maßnahme Hamburgs 31 Millionen DM dazuzugeben. Der damalige Bundesverkehrsminister hat diese Landesregierung und die Freie und Hansestadt Hamburg darauf hingewiesen, daß nur eine Maßnahme laufen könne, entweder das eine oder das andere; sie haben sich nicht für den Elbtunnel entschieden. Ich will das hier nur anfügen, damit das auch seine Richtigkeit hat.

(Manfred Sickmann [SPD]: Jetzt kommen die Strandkörbe!)

– Wissen Sie, Herr Sickmann, auf Ihre Zwischenrufe habe ich nur gewartet. Lassen Sie mich dies hier einmal sagen. Herr Sickmann, wenn das deutsche Sprichwort richtig ist, daß Benehmen Glücksache ist, dann sind Sie mit Ihren dauernden Zwischenrufen von einer permanenten Pechsträhne verfolgt.

(Beifall bei der CDU)

Ich fordere daher die **Landesregierung** auf, in der **Verkehrspolitik** endlich Klarheit zu schaffen, die Elbquerung zu fordern, ohne Wenn und Aber, Klarheit zu schaffen über die Anbindung der Ostsee-Autobahn – das haben wir gestern besprochen –, die trockene Querung über den Fehmarn-Belt und eine klare Entscheidung über einen Investor auf Fehmarn zu treffen. Sie wissen, wovon ich rede. Auch wenn die Dänen noch nicht zugestimmt haben, kann man wenigstens die Planung auf den Weg bringen.

(Holger Astrup [SPD]: Ist das diese Schiffsgeschichte, von der Sie reden?)

Hier steht ein Investor, der die modernste Fähre in Europa bauen will, und er will fast 500 Millionen DM in einem strukturschwachen Gebiet investieren.

Wir fordern von Ihnen: Überdenken Sie die Sache mit **Kaltenkirchen** noch einmal. Wenn Sie die Entscheidung heute fällen, kann vielleicht in 20 Jahren gebaut werden. Nur wenn wir diese Maßnahmen auf den Weg bringen, werden wir europafähig und werden dann auch dem Anspruch gerecht, die Drehscheibe des Nordens zu sein.

Nun hat der Ministerpräsident kluge Worte gesagt. Er hat einmal gesagt: „Wenn wir arm sind, müssen wir pfiffig und clever sein." Herr Wirtschaftsminister, im Einzelplan 06 finde ich diese pfiffigen und cleveren Entscheidungen aber überhaupt nicht. Sie sind Mangelware.

(Horst Hager [SPD]: Sie müssen einfach lesen! – Peter Wellmann [SPD]: Das scheint ein intellektuelles Problem zu sein!)

(Bertold Sprenger)

– Nun sagen Sie mit Recht zu den **Konjunkturdaten** – dazu hat auch schon der Vorsitzende meiner Fraktion etwas gesagt –, dies sei schon hervorragend. In der Tat ist es richtig. Wir haben eine andere Auffassung wie Sie. Ich will nur folgendes dazu sagen.

(Uwe Amthor [SPD]: Ja was denn nun?)

Wenn Sie sich mit den **Unternehmen** im Lande, auch an der Westküste einmal darüber unterhalten, wie die **Auftragslage** aussieht,

(Peter Wellmann [SPD]: Bestens, mein Lieber! Bestens!)

so erhalten Sie die Antwort, daß die Auftragslage durchweg befriedigend ist, zufriedenstellend bis gut. – Herr Kollege Wellmann, zu Ihnen komme ich gleich.

(Heiterkeit – Peter Wellmann [SPD]: Überheb dich nicht! – Heiterkeit)

Wenn Sie dann aber nachfragen, stellen Sie fest, daß auch die mittelständischen Betriebe an der Westküste zu 40 % ihre Aufträge aus dem Hamburger Bereich holen und viele Betriebe aus meinem Wahlkreis Aufträge aus Mecklenburg-Vorpommern haben. Das heißt, wenn wir diesen Aufwind wirklich sichern wollen, dann ist es für mich unverständlich,

(Peter Wellmann [SPD]: Der hat keine Ahnung!)

daß Sie die Mittel für Erschließungsmaßnahmen von Gewerbegebieten fast halbiert haben. Die Gemeinden sind nicht in der Lage, dies aufzuholen. Zu der Finanzsituation der Gemeinden haben meine Kollegen ja schon etwas gesagt.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, alle neuen Wege in der Wirtschaftspolitik sind gescheitert. MiTI ist kläglich auf der Strecke geblieben.

(Horst Hager [SPD]: Was?)

Nur die Teile, die im alten Mittelstandsstrukturprogramm enthalten waren, sind gelaufen, alles andere nicht. Wir brauchen eine Förderung des Mittelstandes, die umfassend greift und nicht mehr verspricht, als sie halten kann. Einen Mißbrauch, was Sie eigentlich mit MiTI erreichen wollen, werden Sie nie ganz ausschließen können, meine Damen und Herren!

(Horst Hager [SPD]: Das läuft ohne Mißbrauch!)

Es wäre gut gewesen, wenn Sie unserem Rat gefolgt wären, und das Mittelstandsstrukturprogramm überarbeitet hätten. Damit hätten wir eine wirklich gute Förderung gemacht.

Nun gestatten Sie mir noch ein paar Bemerkungen zur Strukturhilfe. Die Bundesstrukturhilfe für Schleswig-Holstein war eine Chance für unser Land, die Struktur nachhaltig und dauerhaft zu verbessern. Diese Chance ist vertan; denn es hat oftmals der Mut gefehlt große Maßnahmen anzufangen. Wir haben nur eine Maßnahme, nämlich die Elektrifizierung erreicht. Das gestehe ich zu. Alles andere, was es an Anträgen und Maßnahmen gab, war wenig sinnvoll. Ich verkenne nicht, Herr Astrup, daß sich jede Gemeinde darüber freut, Sondermittel zu bekommen – das ist überhaupt nicht mein Thema –, aber wenn wir diese Mittel schon haben, sollte man sie besser einsetzen. Ulmenpflanzungen in Wyk auf Föhr, die Renaturierung von Fließgewässern oder Mooren, das alles sind sicherlich auch Maßnahmen, aber sie helfen der Struktur Schleswig-Holsteins wenig.

(Widerspruch bei der SPD – Ursula Kähler [SPD]: Der hat überhaupt keine Ahnung! Spielen Sie doch lieber Schiffeversenken!)

Nun noch ein Punkt, meine Damen und Herren. Wir haben seit 1989 aus der Bundesstrukturhilfe etwa 750 Millionen DM erhalten. Dazu folgende Anmerkung, Frau Ministerin! Wenn es zutrifft – ich habe keine gegenteilige Erklärung gehört –, dann sind von diesen 750 Millionen DM bis heute kassenwirksam – nicht belegt, Frau Ministerin! – vom Konto des Landes Schleswig-Holstein nur 180 Millionen DM abgeflossen.

(Zuruf von der CDU: Hört, hört!)

Das ist eine Summe, die unter der Jahresrate von 252 Millionen liegt.

Frau Ministerin, Sie werfen anderen vor, daß sie Geld bunkerten. Hier aber sind die Mittel bei weitem nicht ausgegeben. Daß sie mit 505 Millionen DM belegt sind, das heißt von Bonn abgefordert sind, ändert doch nichts an der Tatsache, daß erst 180 Millionen DM abgeflossen sind. Dies fällt auf Sie zurück.

Nun komme ich zu Ihnen, Herr Wellmann!

(Peter Wellmann [SPD]: Na, dann mal los!)

Sie haben in der Debatte des Schleswig-Holsteinischen Landtags bemerkswerte Zahlen zum Bericht des Landesrechnungshofes genannt. Ich will diese Zahlen nicht kritisieren.

(Peter Wellmann [SPD]: Das können Sie auch gar nicht!)

Sie sind sicherlich in Ordnung, meine Damen und Herren, und darum ging es auch überhaupt nicht.

(Peter Wellmann [SPD]: Um was denn?)

Darum ging es überhaupt nicht! Während Sie hier nach Ihrer Rede das Rednerpult verlassen haben, hat es bereits andere Meldungen von der Westküste gegeben.

(Peter Wellmann [SPD]: Welche denn? Bitte keine Märchenstunde! – Weitere Zurufe von der SPD: Welche?)

Lassen wir das! Mir geht es um folgendes. Wenn Sie in eine Region viel Geld geben, zum Beispiel auf den Mittelrücken oder in den Landesteil Schleswig oder an die Westküste, dann steigen die Strukturdaten natürlich an. Die Frage ist nur, ob die dort eingesetzten

(Bertold Sprenger)

Mittel wirklich nachhaltig die Struktur in den beiden Landesteilen verbessern.

(Peter Wellmann [SPD]: Ja!)

Das ist die Frage, und da haben wir und der Landesrechnungshof erhebliche Zweifel.

(Peter Wellmann [SPD]: Der Landesrechnungshof hat da überhaupt keine Zweifel!)

Wenn ich dann lese, welche Maßnahmen hier gefördert wurden – Sie haben die Antwort auf die Kleine Anfrage ja sicherlich schon bekommen –, und da steht dann: „Kauf von Grundstücken mit Ruine" oder „Verlegung des Bauhofes" oder „Schaffung von Stellplätzen am Bürgerhaus", dann sind das sicherlich interessante Maßnahmen,

(Peter Wellmann [SPD]: Du hast wirklich keine Ahnung! Wirklich nicht!)

und sie werden von den Gemeinden auch begrüßt, aber die Frage ist, ob damit wirklich nachhaltig diese Regionen gestärkt werden. Das können Sie nur machen, wenn Sie eine Dauersubvention wollen. Dann können Sie das so halten.

(Peter Wellmann [SPD]: Das brauchen wir wirklich nicht!)

Wir in den anderen Landesteilen kommen zunehmend in Argumentationsschwierigkeiten,

(Peter Wellmann [SPD]: Das glaube ich gern! – Beifall und Heiterkeit bei der SPD – Manfred Sickmann [SPD]: Das gehört doch alles schon zum Zonenrandgebiet!)

weil wir ja auf diese Mittel verzichten müssen. Wir geben Ihnen zu unseren Lasten für die beiden Landesteile Extramittel. Ich habe nicht ohne Grund diese Kleine Anfrage gestellt: Wir geben derzeit in diese Landesteile von allen Förderungsmittel, die das Land, der Bund und die EG geben, doppelt soviel Mittel wie anderswo hin.

(Holger Astrup [SPD]: Wieso Sie? – Peter Wellmann [SPD]: Sehr vernünftig!)

Damit wird es in unseren Räumen in Ostholstein – ich denke jetzt nicht an das Hamburger Randgebiet – immer schwieriger, das den Bürgern klar zu machen.

(Anhaltende Zurufe des Abgeordneten Peter Wellmann [SPD])

Ich fordere daher die Landesregierung auf, für die letzten drei Monate der Legislaturperiode die Verkehrsanmeldungen und die wichtigsten Strukturmaßnahmen auf den Weg zu bringen.

(Beifall des Abgeordneten Thomas Stritzl [CDU])

Sie erleichtern uns damit die Arbeit nach der Regierungsübernahme am 5. April.

(Peter Wellmann [SPD]: Das ist nun wirklich die Krönung des Ganzen! – Heiterkeit bei der SPD)

Ich kann Ihnen zusagen: Den Reiz der Langsamkeit wird es dann nicht mehr geben.

(Beifall bei der CDU)

Schleswig-Holstein wird europafähig und das Drehkreuz des Nordens werden.

(Manfred Sickmann [SPD]: Oder im Chaos versinken!)

Eines ist auch klar – das lassen Sie mich abschließend sagen –: Für den Flughafen, den wir in Kaltenkirchen bauen wollen, brauchen wir keine Subventionen mehr für Flugscheine, wie Sie sie in Holtenau zahlen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Alfred Schulz:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Vollert.

Jens Vollert [SPD]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Sprenger, Sie sagten, dieser Wirtschaftsminister hätte nichts Neues gebracht. Ich weiß nicht, wo Sie gelebt haben, sicherlich nicht in Schleswig-Holstein.

(Zurufe von der CDU – Heiterkeit bei der SPD)

Die CDU hat schon heute morgen ein hohes Maß an Realitätsferne bewiesen, wie das auch schon in den vorhergehenden Legislaturperioden der Fall war. Über viele Legislaturperioden lag Schleswig-Holstein wirtschaftlich ganz am Boden. Das können Sie an den wirtschaftlichen Daten ablesen oder auch an den Wachstumsraten. Damals haben Sie das hochgeredet. Jetzt steht Schleswig-Holstein ganz oben, bei den Wachstumsraten beispielsweise zusammen mit Berlin, Hamburg und Bayern an der Spitze, und da reden Sie Schleswig-Holstein runter. Kommen Sie sich dabei nicht selbst lächerlich vor?

(Beifall bei der SPD)

Apropos „reden"! Sie haben über Legislaturperioden hinweg über vieles geredet, aber Sie haben es weder geschafft, eine Technische Fakultät einzurichten noch die Weiter- und Ausbildung im technischen Bereich zu verbessern, und Sie haben auch nicht die Technologiestiftung eingerichtet und auch nicht dafür gesorgt, daß das Siliciuminstitut nach Itzehoe kommt.

(Manfred Sickmann [SPD]: Sehr richtig!)

Es war die sozialdemokratische Landesregierung und es war dieser Wirtschaftsminister, die das erreichten.

(Beifall bei der SPD – Widerspruch bei der CDU)

Es ist gut, daß wir die Unterstützung eines CDU-Abgeordneten dabei gehabt haben; das erkennen wir auch an. Aber dafür gesorgt hat insbesondere die Landesregierung. Damit ist ein kräftiger Investitionsschub für Schleswig-Holstein entstanden.

(Anhaltender Widerspruch bei der CDU)

(Jens Vollert)

Sie haben doch nur wenig für die ökologische Erneuerung getan.

(Wilhelm Marschner [SPD]: Gar nichts!)

Wir haben gerade die von Ihnen eben genannten Strukturhilfemittel genutzt und 800 Millionen DM für die ökologische Erneuerung Schleswig-Holsteins investiert. Damit haben wir die sanften Standortfaktoren gestärkt, und zwar nicht nur für den Fremdenverkehr, sondern auch für Unternehmen, die sich hier in Schleswig-Holstein ansiedeln wollen.

Die Landesregierung hat darüber hinaus mit dem Programm „Arbeit für Schleswig-Holstein" gerade den Sockel der Arbeitslosigkeit abgeräumt. Das ist das Entscheidende und es war die Voraussetzung dafür, daß Schleswig-Holstein heute an der Spitze der norddeutschen Länder mit hoher Beschäftigung steht.

Die sozialdemokratische Landesregierung hat in einem großen Kraftakt die Wirtschaftsförderung umgeschichtet. Sie haben mit der Gießkanne gefördert. Natürlich wird man da die Mittel schnell los. Wir haben konsequent versucht, das **regionale Wohlstandsgefälle** zu verringern, die Beschäftigungsunterschiede zwischen Nord und Süd Schleswig-Holsteins zu verringern, Strukturförderung zu betreiben sowie Beschäftigungsqualifikation und Technologieförderung. Der Erfolg gibt uns recht.

Herr Wellmann hatte vor einiger Zeit hier in der Landtagsdebatte die Zahlen für Nordfriesland, Dithmarschen und für das nördliche Schleswig-Holstein vorgetragen. Diese Zahlen sind so überzeugend, daß jeder, der daran zweifelt, daß diese Programme – insbesondere die Regionalprogramme – und die Schwerpunktsetzung Wirkung gezeigt haben, weltfremd erscheint.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Lassen Sie mich nun zum Einzelplan 06 kommen. Ich denke, daß die Neuorientierung im Einzelplan 06 und die Schwerpunktsetzung mit maßvollen Steigerungsraten und einer sehr hohen Solidität der Haushaltsführung erreicht wurden. Das ist gerade dem Wirtschaftsminister hoch anzurechnen. Er hat nicht additiv, sondern alternativ gehandelt.

Wir haben durch die Hilfe auch von CDU-Bundestagsabgeordneten – das will ich gerne zugestehen –

(Heinz-Werner Arens [SPD]: Das war das schlechte Gewissen!)

den Einstieg in die **Elektrifizierung** der Bundesbahnhauptstrecke Hamburg-Padborg erreicht. Das ist ein großer Durchbruch. Die Eigenleistung des Landes ist für uns dabei ein einschneidender, ja, ein ungewöhnlicher Vorgang.

(Heinz-Werner Arens [SPD]: Und ungerecht!)

Den Einsatz für diese Maßnahme in Bonn wissen wir zu schätzen, auch den Ihrer Abgeordneten. Allerdings den preistreibenden Einsatz insbesondere Ihres Fraktionsvorsitzenden und wirtschaftspolitischen Sprechers, Herrn Kribben, wissen wir weniger zu schätzen. Als der Betrag von 150 Millionen DM feststand, gab es insbesondere auch von CDU-Bundestagsabgeordneten Kommentare, diesen Betrag noch höherzuschrauben. So kann man doch mit den knappen Finanzen Schleswig-Holsteins weiß Gott nicht umgehen!

(Beifall bei der SPD – Heinz-Werner Arens [SPD]: Das muß einmal gesagt werden!)

Lassen Sie mich dazu einige Anmerkungen machen. Erstens: Ich denke, die Engpaßbeseitigung auf dem Streckenabschnitt Eidelstedt – Elmshorn muß Teil dieser Maßnahme werden. Erst dann treten wirklich die Kapazitätseffekte der Elektrifizierungsmaßnahme ein.

Zweitens – das ist mindestens ebenso wichtig –: Das, was in den vergangenen Wochen von der Deutschen Bundesbahn und vom Bundesverkehrsminister über die Zielvorstellung beim Ausbau der Elektrifizierung der **Vogelfluglinie** und der **Strecke Lübeck-Rostock** gesagt wurde, alarmiert uns. Ich betone deswegen: Weder eine Vertagung dieser Maßnahmen auf das nächste Jahrtausend noch eine eingleisige Schrumpfstrecke auf dieser wichtigen Ostsee-Magistrale ist für uns akzeptabel. Wir erwarten hier zur Durchsetzung der Landesinteressen eine ähnliche konzertierte Aktion aller Parteien in Bonn, wie sie schon im Rahmen der Elektrifizierung der Bundesbahnhauptstrecke Hamburg-Padborg so erfolgreich war. Hier müssen Sie sich einsetzen, Herr Sprenger!

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abgeordneten Horst Hager [SPD])

Wenn Sie das tun, können Sie sich Verdienste erwerben.

Drittens: Mit der Einstellung von Haushaltsmitteln und mit der Ausweisung von Verpflichtungsermächtigungen für eine feste Fehmarnbelt-Querung und für eine feste **Elbquerung** westlich von Hamburg haben wir auch Signale für eine langfristige strukturpolitische Perspektive gesetzt.

(Klaus Kribben [CDU]: Wo haben Sie Mittel für die Elbquerung westlich von Hamburg eingesetzt?)

– Die haben wir bei den Sachverständigen eingesetzt, Herr Kribben.

(Klaus Kribben [CDU]: Die würde ich gern einmal sehen!)

– Die sollen Sie auch gern sehen. Lesen Sie sich einmal unsere Haushaltsanträge durch.

(Klaus Kribben [CDU]: Das Gutachten in Höhe von 95 000 DM hat der Bund bezahlt!)

– Es geht nicht um „hat", es geht um die 250 000 DM, die jetzt an dieser Stelle zusätzlich im Haushalt stehen. – Ich glaube, wir beide sprechen jetzt über Verschiedenes.

(Jens Vollert)

Lassen Sie mich aber trotzdem eine Anmerkung hierzu machen. Der akute Verkehrskollaps droht weder an der Unterelbe noch am Fehmarnbelt. Der akute Verkehrskollaps droht im **Elbtunnel** in Hamburg. Es ist doch eine geradezu abenteuerliche Verkehrspolitik, auf die bereits durchgeplante und sofort mögliche Beseitigung dieses Engpasses

(Peter Aniol [CDU]: Hören Sie doch mit dem Quatsch auf!)

zugunsten – Sie haben doch gesagt, wenn Sie die Alternativen bekämen, würden Sie darauf verzichten; das habe ich doch richtig verstanden – einer Alternative, die selbst bei zügiger Umsetzung die Mehrzahl der Abgeordneten hier im Saal entweder als Pensionäre oder als Greise oder überhaupt nicht mehr erleben würden – selbst bei zügiger Umsetzung! – zu verzichten.

(Hermann Benker [SPD]: Das ist eher ein Zeichen für die Überalterung des Parlaments!)

Meine Damen und Herren, ich versichere Ihnen, wenn die schleswig-holsteinischen Unternehmen sehen, was Sie ihnen hiermit einbrocken, dann werden sie Sie steinigen.

(Bertold Sprenger [SPD]: Sie haben doch zugestimmt! Sie haben doch den Deal mit 31 Millionen DM gemacht! – Weitere Zurufe von der CDU)

– Nein, wir haben gesagt, wir wollen das untersuchen, aber als eine langfristige Perspektive. Erste Priorität hat für uns die Beseitigung des **Engpasses in Hamburg**. Das ist doch selbstverständlich. Da gibt es doch überhaupt kein Vertun.

(Beifall bei der SPD – Widerspruch bei der CDU)

Sie können doch den Verkehr in Hamburg nicht nur deshalb zusammenbrechen lassen, weil Sie in zwanzig Jahren vielleicht eine feste Elbquerung westlich von Hamburg bekommen; vor Ablauf von 15 Jahren ist das doch nicht zu realisieren.

(Der Abgeordnete Herbert Paschen [CDU] meldet sich zu einer Zwischenfrage – Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Alfred Schulz:

Herr Abgeordneter Vollert, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Paschen?

Jens Vollert [SPD]:

Ja, bitte.

Herbert Paschen [CDU]: Herr Kollege Vollert, gehe ich recht in der Annahme, daß Sie und die Landesregierung im vorigen Jahr zugunsten der Flughafenanbindung auf die Mittel für die vierte Röhre verzichtet haben?

– Nein, wir haben darauf nie verzichtet. Wir haben gesagt, beides ist wichtig.

(Lachen bei der CDU)

Wenn Sie jetzt sagen, sogar eine Elbquerung westlich von Hamburg ließe sich finanzieren, dann müssen Sie doch eingestehen, daß Sie die etwa ein Fünftel davon kostende vierte Elbtunnelröhre eh finanzieren können. Im Grunde genommen ist diese Argumentation mehr als verquer, Herr Paschen.

(Beifall bei der SPD – Lachen des Abgeordneten Klaus Kribben [CDU])

Viertens: Wir haben schon im Jahre 1991 einen Leertitel für die **Standortkonversion** in den Haushalt eingestellt. Dieser Leertitel ist auch 1992 noch ein Leertitel. Meine Damen und Herren, das ist ein Skandal! Wie geht man eigentlich mit den Interessen der Länder um?

(Beifall bei der SPD)

Ich betone hier: Wir erwarten von der Bundesregierung, daß sie endlich ihrer Verpflichtung gegenüber den Ländern nachkommt, sowohl die Abrüstung zu realisieren als auch für ihre Folgewirkungen aufzukommen. Dies ist eine Verpflichtung des Bundes.

(Beifall des Abgeordneten Heinz-Werner Arens [SPD] – Peter Aniol [CDU]: Nicht nur des Bundes, Herr Kollege!)

– Nein, wir haben ja gesagt, wir wollen dazu gern unseren Beitrag leisten. Aber wir können die – sagen wir einmal – zwei, drei Milliarden DM, die in Schleswig-Holstein wegfallen, nicht völlig ersetzen. Hier muß der Bund zahlen.

(Zurufe von der CDU)

Lassen Sie mich nun zu einigen Haushaltsanträgen der CDU-Fraktion Stellung nehmen. In der Tat gibt es **Rückflüsse** von Bundesmitteln für den Bundesfernstraßenbau in den Jahren 1990 und 1991. Zu den Gründen will ich gern noch etwas sagen. Sie versuchen, dies durch eine erhebliche Verstärkung der Verpflichtungsermächtigungen für **Werkverträge** zu bewerkstelligen. Wir versuchen, dies durch eine gegenseitige Deckungsfähigkeit der Titel 531 01 und 752 63 zu erreichen. Damit gewinnen wir 5 Millionen DM mehr für Werkverträge, und darüber hinaus haben wir eine zusätzliche Verpflichtungsermächtigung für das Jahr 1993 in Höhe von 2 Millionen DM beantragt, so daß also ein zusätzlicher Spielraum von 7 Millionen DM entsteht.

Lassen Sie mich dazu zwei Anmerkungen machen. Erstens: die Rückflüsse sind durch kurzfristige Zuflüsse entstanden, mit denen das Land nicht rechnen konnte. Es ist ganz selbstverständlich: Wenn uns kurzfristig Mittel zufließen, dann besteht das Risiko, daß nicht die gesamten Mittel verbraucht werden können. Das waren etwa 30 Millionen DM, Herr Wirtschaftsminister, in diesem Jahr.

Zweitens: Es ist überhaupt nicht sicher, daß die jetzt unserer Ansicht nach wichtigen höheren Ansätze für Werkverträge auch verbraucht werden können; denn das Problem sind nicht nur die Rückflüsse, sondern

(Jens Vollert)

auch die erheblichen Engpässe bei den Planungskapzitäten. Wir werden auch auf dem Markt kaum Planungskapazität finden. Wir werden sehen müssen, ob dieses Signal tatsächlich funkt.

Ich möchte jetzt noch auf zwei andere Dinge zu sprechen kommen.

(Heinz-Werner Arens [SPD]: Du machst jetzt einen Schlußstrich!)

– Ja, nur noch zwei Dinge!

Meine Damen und Herren, ich frage mich, warum Sie im gleichen Atemzug das Milliarden-Projekt **Kaltenkirchen** fordern, aber den vergleichsweise geringen Landeszuschuß zur Aufrechterhaltung des Flugbetriebes in Holtenau fast ganz streichen wollen. Das ist doch ein Stück aus dem Tollhaus. Sie wollen hier den Flugbetrieb in Schleswig-Holstein töten, um in 20 Jahren einen Flughafen in Kaltenkirchen zu haben. Das nimmt Ihnen doch wirklich niemand ab.

Und ich frage mich auch, wieso Sie bei Ihrer Forderung nach sparsamer Haushaltsführung, wieso Sie bei Befürwortung des Gewaltaktes der Streichung der Strukturhilfemittel durch die Bundestagsfraktionen hier einen Vorschlag zum Einzelplan 06 vorlegen, der um 5,2 Millionen DM höher ausfällt als der Einzelplan 06, der hier mit dem Haushaltsentwurf vorgelegt worden ist. Eigentlich müßten Sie 71 Millionen DM sparen wollen; denn das ist genau die Höhe der Strukturhilfemittel, die hier im Einzelplan 06 drin sind.

(Beifall des Abgeordneten Heinz-Werner Arens [SPD])

Meine Damen und Herren, so gewinnen Sie Ihre abhanden gekommene Vertrauenswürdigkeit nicht wieder zurück. Wenn Schleswig-Holstein heute einen guten Namen hat, dann liegt das an der Solidität dieser Landesregierung und nicht an Ihren Haushaltsanträgen.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der CDU: Amen!).

Vizepräsident Alfred Schulz:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Meyer.

Karl Otto Meyer [SSW]:

Herr Präsident! Meine Damen! Meine Herren! Es ist hier in der letzten Zeit in diesem Hause mehrfach über die gute wirtschaftliche Lage des Landes gesprochen worden, auch über den weiteren Anstieg des Wirtschaftswachstums, der dazu geführt hat, daß sich das Land Schleswig-Holstein im Ländervergleich endgültig in der Spitzengruppe festgesetzt hat, und über die gute Konjunktur, die in vielen Bereichen noch vorherrscht, obwohl es schon die ersten Zeichen einer Abflachung gibt. Eine Folge dieser guten Konjunktursituation ist, daß die Steuereinnahmen immer wieder nach oben fortgeschrieben werden müssen und wir uns hier im Hause darüber auseinandersetzen, wie diese Mehreinnahmen richtig eingesetzt werden können.

Zu der augenblicklichen positiven Stimmung gehört natürlich auch der Anstieg der Investitionsbereitschaft und der Wille, sich hier im Lande anzusiedeln. Beeindruckend ist ja auch, daß in den früheren Krisenregionen Westküste und Landesteil Schleswig durch besondere Programme eine deutliche Besserung zu spüren ist, wenn man die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt als Indikator nimmt.

(Beifall bei der SPD)

Insgesamt darf man also feststellen, daß die Förderungs- und Strukturprogramme vor dem Hintergrund einer sehr **guten Konjunkturlage** gegriffen haben. Ob die Ursache hierfür die Mittelzuweisungen aus Bonn sind oder ob das Land durch eigene Anstrengungen die Grundlage geschaffen hat, ist für mich zweitrangig. Wichtig ist die Tatsache, daß es vorangegangen ist.

Wir sollten uns aber auch nicht blenden lassen. Um in der wachsenden Konkurrenz mithalten zu können, um ständig die erhöhten Anforderungen umsetzen zu können, müssen wir immer wieder neue Anstrengungen unternehmen. Ich habe daher die Gründung einer Investitionsbank, die die finanziellen Kräfte im Wirtschafts- und Wohnungsbau bündeln soll, unterstützt, und ich habe die Notwendigkeit der Technologiestiftung anerkannt.

Die ständige Stärkung unserer mittelständischen Wirtschaft ist ebenfalls eine vordringliche Aufgabe. Ich habe deshalb Verständnis dafür, wenn die CDU-Fraktion in ihren Änderungsvorschlägen zu Kapitel 0602 den Titel 694 04, Zur Errichtung eines Härtefonds für kleine und mittelständische Unternehmen bei der Investitionsbank, um 300 000 DM auf 600 000 DM aufstocken will, weil der Ansatz nicht ausreichend sein wird, wenn man die früheren entsprechenden Summen betrachtet.

Unterstützen will ich ausdrücklich den Beschluß des Finanzausschusses zur Einrichtung eines Titel „Zuweisung des Bundes im Rahmen eines Sonderprogramms Rüstungs- und Standortkonversion". Zwar gibt es noch keinen Haushaltsansatz dafür, aber über die Dringlichkeit und Notwendigkeit, den Standorten zu helfen, die vom **Truppenabbau** besonders betroffen werden, gibt es sicherlich keinen Zweifel.

(Beifall bei der SPD)

Zweifel darf es auch nicht darüber geben, daß der Bund hier besonders verpflichtet ist. Wir sollten uns gemeinsam auch weiterhin für ein solches Sonderprogramm einsetzen.

Volle Unterstützung findet bei mir auch die in der Beschlußempfehlung des Ausschusses aufgeführte Ansatzerhöhung bei dem Titel über die Erhöhung der **Wettbewerbshilfen** für schleswig-holsteinische Werften um 3 Millionen DM. Uns sind die Anstrengungen des FDP-Wirtschaftsministers Möllemann be-

(Karl Otto Meyer)

kannt, diese Wettbewerbshilfe ersatzlos auslaufen zu lassen. Nur können wir uns als Küsten- und Schiffbauland mit einer solchen Entscheidung natürlich nicht abfinden. Die Wettbewerbsverzerrungen in der Schiffbauindustrie sind immer noch gewaltig, auch innerhalb der europäischen Länder. Ein einseitiger Abbau darf deshalb nicht stattfinden.

Wir haben den Strukturwandel in der Schiffbauindustrie in den norddeutschen Küstenländern bereits vollzogen. Ein weiterer Abbau hieße, an die Substanz zu gehen. Es ist mir auch bekannt, daß unsere Werften diese Wettbewerbshilfe noch dringend benötigen, um auf dem noch schwierigen Schiffbaumarkt bestehen zu können. Wenn also Abbau von Hilfen beziehungsweise von Subventionen in der Schiffbauindustrie, dann bitte so, daß unsere eigenen Werften eine Chance haben, und nicht so, daß andere Länder billige Vorteile erhalten.

In den Haushaltsentwurf 1992 sind für die **Elektrifizierung** der Bundesbahnhauptstrecken im Lande 60 Millionen DM eingestellt worden. Dies ist der erste Schritt zur Verwirklichung einer Maßnahme, für die wir alle uns eingesetzt haben. Ich will hier nicht auf die Entstehungsgeschichte eingehen, sondern mehr auf die Folgen. Dazu gehört, daß das **Bahnbetriebswerk in Flensburg** durch den Wegfall der Diesellokomotiven nach dem Willen der Deutschen Bundesbahn aufgelöst werden soll. Natürlich sind die dort Beschäftigten empört über diese Entscheidung, obwohl sie die Notwendigkeit der Elektrifizierung einsehen können. Die Beschäftigten dort haben zusammen mit den örtlichen Gewerkschaften einen Entwicklungsplan mit vernünftigen Vorschlägen für ein Weiterbestehen des Werks mit anderen Aufgaben aufgestellt. Auch ist davon gesprochen worden, die Westküstenbahnlinie wieder aufleben zu lassen.

Insgesamt geht es um das Fortbestehen des Bahnbetriebswerks mit über 150 Beschäftigten. Es ist nicht einzusehen, daß die Deutsche Bundesbahn ihre Verantwortung in der Fläche einfach vernachlässigt. Ich bitte darum, daß wir den nach meiner Meinung überzeugenden Entwicklungsplan ernsthaft prüfen und uns gemeinsam für diesen Plan bei der Bundesbahn in Frankfurt einsetzen.

(Beifall des Abgeordneten Holger Astrup [SPD])

Ich möchte abschließend noch etwas über die **wirtschaftliche Zusammenarbeit** in der **Grenzregion** sagen. Es ist bekannt, daß es neben den traditionell guten Verbindungen zwischen dem Amt Sönderjylland und dem Land Schleswig-Holstein bereits konkrete Formen der Zusammmenarbeit gibt. Ich denke dabei an ITAI in Niebüll und Tønder und an die sich rasch entwickelnde Zusammenarbeit der PH und der Fachhochschule in Flensburg sowie der Handelsschule in Sønderborg in der Wirtschaftsausbildung. Ich hoffe, daß wir diese Pläne weiterverfolgen und realisieren können. Ich bin ein bißchen traurig darüber, daß in dem Bericht der Denkfabrik hierüber nichts steht. Ich will es einmal klar sagen. Sie wissen, manchmal bin ich hier etwas skeptisch. Ich habe nun gesucht und gesucht und nichts gefunden. Jetzt wollen wir aber von der Denkfabrik nicht immer nur Gedanken hören und lesen, sondern auch einmal Fabriken sehen.

(Beifall bei der CDU)

Vor dem Hintergrund des kommenden europäischen Binnenmarktes sollte man Anstrengungen unternehmen, eine **„Entwicklungsregion Grenzland"** mit den Städten nördlich und südlich der Grenze – aufbauend auf den vorhandenen Bausteinen – zu schaffen. Eine solche Region sollte in der ganzen Breite zwischen Flensburg und Niebüll einerseits und Sønderborg und Tønder andererseits entstehen. Es sollte hier zu einem Netzwerk der Zusammenarbeit kommen, wobei gerade die Stärken und Potentiale dieser Region zum Tragen kommen sollten. Wir könnten hier in einer interessanten Region ein neues Entwicklungsgebiet als Gegengewicht zum Hamburger Umland aufbauen, zur Region Lübeck und Kiel sowie zur Technologieregion Rendsburg-Neumünster-Itzehoe.

Ich werde in der Zukunft auf jeden Fall immer wieder auf diese Idee zurückkommen. Wir sollten hier weiterarbeiten, auch grenzüberschreitende Beschlüsse fassen und nicht immer nur auf die EG warten, meine Damen und Herren!

(Beifall des Abgeordneten Wilhelm Marschner [SPD] – Peter Aniol [CDU]: Jetzt ist Feierabend!)

Vizepräsident Alfred Schulz:

Das Wort hat der Herr Minister für Wirtschaft, Technik und Verkehr.

(Widerspruch)

– Nein? – Nun, meine Damen und Herren, wir können natürlich die Tagung auch jetzt schon unterbrechen. Ich ging allerdings davon aus, daß wir die Behandlung des Einzelplans 06 heute beenden wollten.

(Fritz Latendorf [CDU]: Warum werden eigentlich immer Zeitangaben gemacht, die dann doch nicht eingehalten werden!)

– Wir sind einigermaßen in der Zeit, meine Damen und Herren! – Wenn aber die allgemeine Unlust so groß ist, dann unterbreche ich die Tagung jetzt.

(Dr. Dietrich Wiebe [SPD]: Die Opposition hat keinen Bock! – Zuruf von der SPD: Weitermachen! – Heinz-Werner Arens [SPD]: Abschließen!)

– Darf ich die Zustimmung des Hauses feststellen, daß wir jetzt noch den Herrn Minister hören? –

(Fritz Latendorf [CDU]: Das Haus ist gar nicht beschlußfähig! – Unruhe)

– Herr Minister Froschmaier, bitte!

Dr. Franz Froschmaier, Minister für Wirtschaft, Technik und Verkehr:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Gegen das, was aus den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Sprenger sprach, kämpfen selbst Götter vergebens, denke ich. Damit sei aber zu diesem Beitrag auch genug gesagt.

Im übrigen werde ich versuchen, Ihnen im wesentlichen Stichworte vorzutragen; die Mehrheitsfraktion und der SSW verstehen es, und die Opposition will ohnehin nichts verstehen.

Die Landesregierung hat mit dem Umbau der Wirtschaftsförderung – insbesondere den neuen Programmen – und den Regionalprogrammen die **Wirtschaftsförderung** so umgestaltet, daß trotz mancher Anfangsschwächen ein struktureller Wandel in Schleswig-Holstein begonnen hat.

(Beifall bei der SPD)

Das kann man an den Zahlen ohne weiteres ablesen, wenn man sie denn zu lesen beabsichtigt: Einrichtung der Investitionsbank, Investitionsbeauftragter im Wirtschaftsministerium – das bedeutet nicht nur eine Verkürzung der Antragswege, es bedeutet auch eine Intensivierung und qualitative Verbesserung der Beratung.

Die Ergebnisse sind heute mehrfach vorgetragen worden. Ich bin für mein ganzes Haus, für meine Beamten, die weiß Gott nicht mehrheitlich der Sozialdemokratie angehören – das sei im Vorbeigehen gesagt –, stolz auf diese Ergebnisse.

(Beifall bei der SPD)

Mehr als 800 000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, die deutliche Herabsetzung der Arbeitslosenquote und so weiter – die Zahlen sind heute alle genannt worden; ich will das nicht wiederholen –, das alles sind Arbeitsergebnisse, die sich sehen lassen können. Ich möchte an dieser Stelle meinen Mitarbeitern Dank aussprechen.

(Beifall bei der SPD)

Ich nenne weiter die Entscheidung für die Gründung der Technologiestiftung, die Einrichtung der Transfer GmbH, die Schaffung einer Technischen Fakultät, das Forschungsinstitut in Itzehoe ISiT, das wir zur Häfte mitfinanzieren, die Einrichtung einer Technologieberatungsstelle für Arbeitnehmer, die sehr viel dazu beiträgt und beigetragen hat, daß moderne Technologie in den Betrieben ohne interne Schwierigkeiten angewendet werden kann, das Konzept und der Ausbau des sogenannten Technologiedreiecks.

Herr Abgeordneter Meyer, was Sie zur nördlichen Grenzregion sagen, ist wohl gesagt und wird weiterhin verfolgt. Das ist ein Beispiel, das sich an die K.E.R.N.-Region mit anderen Voraussetzungen durchaus anschließen kann; wir wollen das ausbauen. Damit haben wir die **Technologiepolitik** in Schleswig-Holstein – wie ich leider feststellen muß: erstmals – auf eine brauchbare Grundlage gestellt.

(Beifall bei der SPD)

Diese Grundlage spielt eine wesentliche Rolle bei dem, was man Werftstandortpolitik nennen könnte. Ich habe öfters gesagt, daß ich keine Werftenpolitik mache. Es geht um die Standorte der Werften und um die Arbeitskräfte, die Menschen, die an den Werftstandorten arbeiten wollen.

(Beifall bei der SPD)

Da werden wir den strukturellen Wandel in den Werftstandorten nicht nur mit der Technologiestiftung begleiten. Wir haben – auch das ist schon erwähnt worden – das im Falle der FSG in Flensburg gemeinsam durchgezogen. Wir werden in der Meerestechnik und der Meereswirtschaft in Brüssel als Vertreter der norddeutschen Küstenländer in dem Diskussionsforum, das Vizepräsident Bangemann einrichtet, weiterhin in der Richtung arbeiten.

Mit der Gründung der Außenwirtschaftsförderungsgesellschaft durch das Land und die Handelskammern im Dezember wird auch im Außenhandelsbereich eine neue wirtschaftsnahe Dienstleistung angeboten. Darüber hinaus hat die Landesregierung mit dem Außenwirtschaftsbeauftragten ebenso wie dem neugestalteten Hanse-Office in Brüssel deutliche Akzente gesetzt, die das Arbeiten der Wirtschaft im Export und im Import erleichtern. Hinzu kommt – Herr Meyer, ich danke Ihnen für das, was Sie gesagt haben; es ist für mich ganz wichtig und hocherfreulich, daß es erfolgreich war – die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit Sønderjylland. Wir haben einige wirklich hochinteressante grenzüberschreitende Projekte gemeinsam hinbekommen. Auch das ist ein Pfad, den wir mit großer Sorgfalt und mit Aussicht auf Erfolg weiter beschreiten sollten.

Ich erinnere an das mit dem **Fremdenverkehrsverband** abgestimmte Fremdenverkehrskonzept, den „sanften Tourismus" in Schleswig-Holstein. Ich erinnere an die Image-Werbung, die gemeinsam mit der schleswig-holsteinischen Wirtschaft aufgebaut wurde und wird. Ich erinnere daran, daß es gelungen ist, das Schleswig-Holstein-Festival organisatorisch in eine Konsolidierungsphase zu führen, die dem Intendanten den nötigen künstlerischen Spielraum läßt. Ich sage das als Wirtschaftsminister, weil das Festival für das Land enorme wirtschaftliche Bedeutung hat.

Freilich: Die Wirtschaftspolitik der Regierung steht heute vor der Aufgabe, mit rückläufigen Fördermitteln weiterhin eine intelligente Strukturpolitik für das Land zu gestalten. Sie muß so geführt werden, daß erstens die Wettbewerbsfähigkeit der bestehenden Betriebe durch Innovationen bei Produkten und Produktionsverfahren gestärkt wird, zweitens die aufgrund einer ökologisch relativ guten Gesamtsituation im Lande gegebenen Möglichkeiten genutzt werden, um eine ökologische Modernisierung der Wirtschaft zu einem positiven Faktor für die Wirtschaft und zum Wettbe-

(Minister Dr. Franz Froschmaier)

werbsvorsprung für die Unternehmen zu machen, daß sich drittens neue Betriebe des warenproduzierenden Gewerbes und der Dienstleistung in Schleswig-Holstein ansiedeln.

Wir haben bei der Verfolgung dieser Zielsetzung begonnen, die Schwergewichte der Förderaktivitäten im Rahmen der Wirtschaftspolitik zu verlagern, nämlich eine Rückführung der direkten betrieblichen Subventionen zugunsten eines Ausbaus der wirtschaftsnahen Dienstleistungen. Beispiele wie die Technologiestiftung habe ich genannt. Das bedeutet aber nicht, daß wir die direkte betriebliche Förderung insgesamt für verzichtbar hielten. Direkte betriebliche Förderung wird auch in Zukunft eine Rolle spielen, wenn es darum geht, regionale Entwicklungsunterschiede auszugleichen. In den Regionalprogrammen für die Westküste und den Landesteil Schleswig werden wir die betriebliche Förderung eher verstärken.

(Beifall von Abgeordneten der SPD)

Im Zusammenhang mit den Auswirkungen des **Truppenabbaus** auf die regionale und lokale Wirtschaftsstruktur und damit auf den Arbeitsmarkt werden wir nach Möglichkeiten suchen, auch durch direkte betriebliche Förderung in den betroffenen Regionen neue Arbeitsplätze zu schaffen. Diese betriebliche Förderung halte ich schließlich dort für vertretbar, wo Modernisierungsprozesse unterstützt werden. Also eine Verstärkung der betrieblichen Technologieförderung. Soviel zur Wirtschaftsseite!

Nun zum Verkehr! Schleswig-Holstein hat als erstes Bundesland ein integriertes **Verkehrskonzept** in zwei Teilen im Jahre 1990 vorgelegt. Der ÖPNV im Lande ist unbestritten modellhaft in der Bundesrepublik.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU)

– Ich spreche vom ÖPNV im Lande; nun hören Sie doch einmal zu. Das geht bei Ihnen offensichtlich nicht; was Sie nicht hören wollen, hören Sie bekanntlich nicht. – Die Verkehrskooperationen werden wir weiterhin mit dem bisherigen Erfolg bis zum Ende des Zieles führen: ein Fahrschein, ein Fahrplan, ein Tarif im Lande für Straße und Schiene im ÖPNV.

Die Elektrifizierung mit dem Abzweiger nach Kiel ist bereits besprochen worden.

Der Fuhlsbütteler Flughafen wird an Schiene und Straße angebunden. Wir arbeiten daran, ein Güterverkehrszentrum in Neumünster gemeinsam mit Post und Bundesbahn zu errichten. Es wurde ein Verkehrssicherheitskonzept vorgelegt.

Auch im Verkehrsbereich verstärken wir bei allen Sparzwängen, die es beispielsweise nötig machten, die Mittel für den Landesstraßenbau zurückzunehmen, die Investitionen in wirtschaftsnahe Infrastruktur. Als Beispiel nenne ich die Mittel für den Ausbau des Hafens Glückstadt.

Nun ist des öfteren die 10-Millionen-Frage aufgetaucht. Das ist ein hübsches Beispiel, wie argumentiert wird. Ich möchte dazu einige Worte sagen. Entsprechend dem Bedarfsplan für die **Bundesfernstraßen** werden den Ländern jährlich entsprechend dem Baufortschritt ihrer Projekte Gelder zugewiesen. Schleswig-Holstein hat zum Beispiel immer dann mehr Geld erhalten, wenn hier gerade Autobahnen gebaut wurden. Im Laufe eines jeden Haushaltsjahres wird in enger Abstimmung zwischen Bund und Ländern der Mittelabfluß kontrolliert. Gibt es Verzögerungen, zum Beispiel aus bautechnischen Gründen, werden die Mittel anderen Ländern kurzfristig zugeführt. Dieses System funktioniert etwa wie eine Börse.

Wir hatten in Schleswig-Holstein aufgrund der deutschen Einigung, die einige Mittel für die Ostländer vorsieht, für das Jahr 1991 246 Millionen DM angekündigt. In der Zeit zwischen Mai und Juli wurden Schleswig-Holstein aus der Börse zusätzlich 30 Millionen DM zugewiesen, weil der Mittelabfluß in anderen Ländern nicht wie erwartet stattfand. Von diesen 30 Millionen DM – das ist wahr – konnten wir allerdings nur 20 Millionen verbauen. Es ist nicht so, daß die Bundesgelder bundesweit verfallen. Sie werden – wie gesagt – anderen Ländern zugeführt, und aus den fünf neuen Ländern kommen immer mehr ungenutzte Gelder zurück.

Allerdings, ich wüßte schon, wofür wir in Norddeutschland dieses Geld nutzen könnten, nämlich bei der **vierten Elbtunnelröhre,** wenn Herr Krause endlich zustimmen würde.

(Beifall bei der SPD)

Die norddeutschen Länder haben deswegen gemeinsam vom Bund gefordert, daß die Finanzierungsmodelle für die vierte Elbtunnelröhre endlich vorgelegt werden.

Der Mehrheitsfraktion bin ich dafür dankbar, daß sie einen Weg gefunden hat, die erwähnten Kürzungen im Bereich des Landesstraßenbaus teilweise wieder rückgängig zu machen. Ich würde mir wünschen, daß die Opposition eine vergleichsweise konstruktive Haltung an den Tag legte. Diese entwertet aber ihre Initiative zur Verstärkung des Landesstraßenbaus mit dem für mich total unverständlichen Antrag, die Mittel für die Aufrechterhaltung der Regionalfluglinien von Kiel nach Köln/Bonn und nach Berlin zu streichen. Ich bin ja zuversichtlich, meine Damen und Herren von der Opposition, daß die Wirtschaftsverbände und betroffenen Unternehmer Ihnen einmal deutlich machen werden, was sie von einem solchen Antrag halten. Nach Angaben der Lufthansa ist ja erst bei einer durchschnittlichen Auslastung von 65 Prozent ein betriebswirtschaftlich vertretbares Ergebnis zu erreichen. Das heißt, obwohl es richtig ist, daß die Fahrgast-/Fluggastzahlen deutlich zunehmen, werden wir weiter eine Förderung notwendig haben, wenn wir denn die Linien für die Wirtschaft halten wollen. Eine Beibehaltung dieses Angebots ist schon deshalb notwendig, weil der Bau einer Flughafenbahn nach Fuhlsbüttel, der Bau eines Autobahnzubringers, die Elektrifizierung und das Fortbestehen des Nadelöhrs Elbtunnel zur Zeit zu Zeitverzögerungen führen, für die die

(Minister Dr. Franz Froschmaier)

schleswig-holsteinische Wirtschaft nicht geradestehen kann und soll. Und für die nächsten sechs bis acht Jahre gibt es schlichtweg für den Wirtschaftsraum Kiel in seiner größeren Umgebung verkehrspolitisch keine überzeugende Alternative zum **Regionalflugverkehr**.

Und, meine Damen und Herren von der CDU, vielleicht haben Sie Kommunikationsprobleme. In den heutigen „KN" hat sich Herr Hennig folgendermaßen geäußert, nämlich entsetzt, wie hier drin steht: „Für uns ist eine Landeshauptstadt ohne Flughafen nicht vorstellbar." – So Herr Hennig.

(Lachen und lebhafter Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, ich habe heute morgen, weil es mich wirklich dringend interessiert, versucht, Herrn Kribben bei der Frage der Elbquerung sehr genau zuzuhören. Ich kann nur sagen, Herr Kribben, was Sie hier befürworten, ist – ich will nicht sagen, Schaumschlägerei – eine Als-ob-Politik. Sie tun nämlich so, als seien die vierte Elbröhre und die Querung westlich Hamburgs in einem irgendwie vergleichbaren Planungsstand. Nur dann würde Ihre Aussage Sinn machen: Wenn von beiden nur eines finanziert werden könne, dann müsse das die Elbquerung westlich Hamburgs sein. Aber da dem nicht so ist – es tut mir leid –, macht für mich Ihre Aussage in der Tat keinen Sinn.

(Beifall bei der SPD)

Das waren nur ein paar Beispiele, die ich hier anführen wollte. Ich glaube, wir sind in den letzten dreieinhalb Jahren im Interesse dieses Landes bei der Wirtschaftsstruktur und bei der Verkehrsstruktur ein gut Stück vorangekommen. Ich lasse vieles andere, was hier zu nennen wäre, aus Zeitgründen weg. Das soll und das darf für uns aber kein Anlaß sein, in den Anstrengungen nachzulassen. Die regionalen Unterschiede sind immer noch zu groß. Die Industriedichte ist zu gering. Der Binnenmarkt und die Öffnung nach Osteuropa schaffen zusätzliche Herausforderungen. Wir können sie bestehen. Aber die Anstrengung darf nicht nachlassen. Das heißt, wir müssen weiterhin daran arbeiten, die Strukturen in diesem Lande in Wirtschaft und Verkehr – im Grunde gehört das ja zusammen – so auszubauen, daß Schleswig-Holstein immer weniger konjunkturanfällig wird. Denn natürlich kann niemand garantieren – Herr Kribben, ich weiß das wohl –, daß die gute Konjunktur so weiterläuft, die im übrigen nicht in Bonn gemacht wird, sondern die mit weltweiten Gründen zusammenhängt.

Aber – und damit will ich enden –, meine Damen und Herren von der Opposition, bei diesem Versuch, die Strukturen in Schleswig-Holstein zu konsolidieren und auszubauen, finde ich bei aller Erwartung, die ich naiverweise noch immer an eine Opposition richte, die heute hier und wahrscheinlich schon unter dem Schatten des Wahlkampfes auch im Lande zunehmend gehörten sogenannten Argumente der CDU sind deutlich neben der Wirklichkeit angesiedelt.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der SPD: Heiße Luft!)

Ich möchte hier noch einmal unterstreichen, Herr Kribben, auch mit Bezug auf Ihre Ausführungen – ich habe sie mir, wie gesagt, sehr genau angehört –: Behauptungen sind keine Beweise, und Chuzpe allein verhindert nicht, in dem Abgrund zwischen Realität und Rhetorik zu verschwinden.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Alfred Schulz:

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen zum Einzelplan 06 liegen nicht vor. Wir haben eine Viertelstunde überzogen. Aber ich glaube, das kommt uns morgen zugute.

Ich unterbreche die Tagung und wünsche Ihnen einen schönen Abend.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß: 18.17 Uhr

Ausgegeben am 2. Januar 1992

Die Plenarprotokolle sind fortlaufend und einzeln beim Verlag Schmidt & Klaunig, Ringstraße 19, 2300 Kiel 1, Fernruf 04 31 / 6 20 95/96, zu beziehen.